

Genehmigt: 15.01.2026

Protokoll 19

Stadtratssitzung

Donnerstag, 06.11.2025, 17.05 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:05 bis 19:00 Uhr	3
2024.SR.0254	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0304	4
2 Protokoll Stadtrat 15 vom 11.09.2025; Genehmigung	
2025.SR.0305	5
3 Protokoll Stadtrat 16 vom 18.09.2025; Genehmigung	
2025.BSS.0032	5
4 Zweijähriger Leistungsvertrag 2026 - 2027 mit dem Mütterzentrum Bern West (MüZe); Verpflichtungskredit	
2025.BSS.0045	8
5 Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Not- schlafstelle für FINTA*: Leistungsvertrag 2025 mit der Stiftung Heilsarmee; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts	
2025.BSS.0045	15
5 Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Not- schlafstelle für FINTA*: Leistungsvertrag 2025 mit der Stiftung Heilsarmee; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts	
2025.BSS.0031	15
6 Zweijährige Leistungsverträge 2026-2027 im Bereich Wohn- und Ob- dachlosenhilfe: Verpflichtungskredite	
Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.	29
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr	30
2025.SR.0040	31
7 Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus; Ab- lehnung	
2024.TVS.0052	35
8 Gesamtsanierung Seftausteg; Nachkredit	
2025.SR.0329	39
9 Farbsack-Abfuhr: Verzicht auf die Einführung und Beendigung des Pilot- versuchs	
2025.SR.0330	50
10 Containerpflicht: Angepasstes Konzept und Kredit; Genehmigung	
2024.SR.0344	54

11	Postulat Matthias Humbel/Michael Ruefer (GFL)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Velostrasse Schösslistrasse unterbruchsfrei gestalten; Annahme	
2024.SR.0343		56
12	Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten?; Annahme/Prüfungsbericht	
2024.SR.0342		60
13	Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz; Annahme	
Verschoben und eingereicht.....		61
Schluss der Sitzung: 22.21 Uhr.....		63

Anwesenheit in der Sitzung von 17:05 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Nadine Aebischer
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger

Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen

Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Mirjam Arn
Michael Burkard

Carola Christen
Georg Häsler
Stephan Ischi
Nora Krummen

Salome Mathys
Esther Meier

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, ihr könnt mich hören. Auch wenn es ein wenig improvisiert ist, aber ich starte die heutige Sitzung mit einem Handmikrofon. Ich weiss nicht, ob euer Redner*innenpult funktioniert oder nicht. Das werden wir aber bald herausfinden. Ich begrüsse euch zur heutigen Sitzung des Stadtrats. In meinen Unterlagen steht, ich soll bei der Begrüssung lächeln. Ich habe keine Ahnung, ob ich das gemacht habe.

Ich gebe euch die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt haben sich Mirjam Arn, Grünes Bündnis, Michael Burkard, GFL, Salome Mathys, GLP, Carola Christen, GFL, und Esther Meier vom Grünen Bündnis. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Timur Akçasayar, SP, und Georg Häsler von der FDP. Und etwas später kommt Valentina Achermann von der SP.

Dann ist es schon fast eine Seltenheit, dass ich heute keine Rücktritte bekannt geben muss. Wir haben aber zwei alte Bekannte, die zurück im Parlament sind. Zum einen begrüsse ich ganz herzlich Christoph Leuppi von der GFL. Jene, die letzte Legislatur dabei waren, kennen ihn bereits. Alle anderen werden ihn bald kennenlernen. Und dann begrüsse ich zurück im Rat Mehmet Özdemir. Ihr wisst, er ist in die Geschichtsbücher dieser Stadt eingegangen als das erste Stadtratsmitglied, das sich hat stellvertreten lassen. Und Mehmet ist heute wieder zurück bei uns.

Dann gibt es etwas zu feiern. Ihr könnt nach der Stadtratssitzung auf Dominique Hodel anstossen, die vor einigen Minuten erfahren hat, dass sie ihre Abschlussprüfungen bestanden hat. Herzliche Gratulation.

Applaus im Saal.

Und die, die noch etwas länger bleiben, können um Mitternacht Valentina Achermann zum Geburtstag gratulieren.

Der Rest der Mitteilungen ist wie immer: Vergesst nicht zu badgen – bei beiden Sitzungen. Und das Einreichen der Vorstösse ist ebenfalls wie immer: Die dringlichen Vorstösse bis 21 Uhr, alle übrigen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Und ihr wisst es, denn ich habe es schon oft gesagt: Ihr dürft sehr gerne auch früher einreichen. Ihr müsst nicht bis eine Minute vor Schluss warten.

2025.SR.0304

2 Protokoll Stadtrat 15 vom 11.09.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3.

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 2 und 3, die wir gemeinsam behandeln. Es sind die Protokollgenehmigungen der Stadtratssitzungen vom 11. und 18. September. Bei uns sind keine Änderungsanträge eingegangen. Darf ich davon ausgehen, dass diese Protokolle unbestritten sind oder hat jemand etwas zu bestreiten? – Das ist nicht der Fall. Dann gelten diese zwei Protokolle als genehmigt und ich danke den Verfasser*innen.

Stillschweigende Genehmigung

2025.SR.0305

3 Protokoll Stadtrat 16 vom 18.09.2025; Genehmigung

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3: siehe Traktandum 2.
Stillschweigende Genehmigung*

2025.BSS.0032

4 Zweijähriger Leistungsvertrag 2026 - 2027 mit dem Mütterzentrum Bern West (MüZe); Verpflichtungskredit

Präsident: Somit sind wir bei Traktandum Nummer 4. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um den zweijährigen Leistungsvertrag für die Jahre 2026 bis 2027 mit dem Mütterzentrum Bern-West (MüZe) beziehungsweise den Verpflichtungskredit zu diesem Leistungsvertrag. Für die vorberatende Kommission SBK hat das Wort Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Die SBK hat den Leistungsvertrag mit dem Mütterzentrum Bern-West (MüZe) für die Jahre 2026 und 2027 beraten. Das MüZe ist seit 30 Jahren eine feste und unverzichtbare Grösse im Westen der Stadt Bern. Mit grossem Engagement und Herzblut setzt sich das Zentrum für Frauen, insbesondere Mütter und ihre Kinder im Vorschulalter ein. Es bietet einen offenen, warmherzigen Treffpunkt mit Cafeteria, professionelle Kinderbetreuung, niederschwellige Bildungs- und Integrationsangebote sowie vielseitige Aktivitäten für Mütter und Kinder. Zum breiten Angebot gehören Sprachförderung, das Sprachsofa, Gesprächsrunden zu Erziehungsthemen, Unterstützung beim Wiedereinstieg ins Berufsleben, Bewegungs- und Freizeitaktivitäten, spezielle Treffen für Alleinerziehende und Migrantinnen sowie die Plattform Primano zur Frühförderung im Quartier.

Diese Vielfalt an Angeboten ermöglicht es den Frauen, soziale Kontakte zu knüpfen und Unterstützung in Alltagssituationen zu erhalten. Mit rund 16'500 Besuchen im Jahr 2024 zeigt sich die hohe Nachfrage und Relevanz dieses niederschweligen, integrativen Angebots. Besonders gewürdigt wurde in der Kommission, dass das MüZe mit sehr begrenzten Mitteln eine beeindruckend grosse Wirkung erzielt, sowohl für die Kinder, die früh gefördert werden, als auch für die Mütter, die in ihrer sozialen, sprachlichen und beruflichen Integration unterstützt werden. Viele Erfolgsgeschichten zeigen auch, wie aus Besucherinnen engagierte Mitarbeiterinnen und oder Multiplikatorinnen für das Quartier werden.

Der neue Leistungsvertrag sieht für die Jahre 2026 und 2027 eine Abgeltung von insgesamt 818'772 Franken vor, jeweils 409'386 Franken pro Jahr. Die geringe Erhöhung von rund 6'300 Franken gegenüber den Vorjahren entspricht dem Teuerungsausgleich. Inhaltlich bleibt der Vertrag stabil und sichert die erfolgreiche Arbeit des MüZe langfristig. Die Kommission ist überzeugt, dass das MüZe mit seiner professionellen und auch ressourceneffizienten Arbeit einen ausserordentlich wichtigen Beitrag zur Integration, Gleichstellung und Frühförderung leistet. Es schafft Begegnungen, stärkt Familien und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt Tag für Tag.

Die Kommission beantragt dem Stadtrat einstimmig, den Verpflichtungskredit und den Leistungsvertrag mit dem Mütterzentrum Bern-West für die Jahre 2026 und 2027 anzunehmen, und dankt den Mitarbeiterinnen des Mütterzentrums ausdrücklich für ihre Arbeit.

Präsident: Es geht immer noch nicht mit dem Mikrofon. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Es ist von der vorberatenden Kommission eine verkürzte Debatte gewünscht. Will überhaupt jemand ein Votum halten? Man muss nicht, man darf auch verzichten. – Dann kannst du nach vorne kommen: Anna Leissing für die Fraktion GB/JA!.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wir verlängern heute den zweijährigen Leistungsvertrag mit dem Mütterzentrum, liebevoll MüZe genannt. Und die Verlängerung ist, wie wir auch gesehen haben, voraussichtlich unbestritten. Ich werde mich kurzfassen. Es war uns aber dennoch ein Anliegen, die wichtige Arbeit des MüZe heute zu würdigen. Das MüZe ist ein lebendiger Treffpunkt für Frauen und ihre Kinder mit einem vielfältigen Angebot für Spass und Begegnung mit und unter Kindern. Es wird gemeinsam gesungen, geturnt, gebastelt, gespielt, was das Zeug hält. Das MüZe ist aber auch eine Beratungs- und Anlaufstelle und nimmt eine zentrale Funktion in der Frauenförderung, der sozialen Integration, der Frühförderung für Kinder und der Erziehung ein. Es gibt ein Sprachsofa, um spielerisch Deutsch zu lernen, wöchentlich Gespräche über Erziehung, Arbeit und Beruf oder Angebote für die Mütter, um sich zwischendurch auch mal eine genussvolle Pause zu gönnen. Alle diese Angebote finden ohne Anmeldung und mit Kinderbetreuung statt. Nicht überraschend ist das MüZe sehr gut besucht. Die Nachfrage ist hoch. Für die GB/JA!-Fraktion ist daher klar: Es ist genau diese Art von niederschweligen, sozialen und spielerischen Angeboten, die es in der Stadt Bern braucht. Und wir danken dem MüZe für die grossartige Arbeit. Wir werden dem Leistungsvertrag selbstverständlich zustimmen und wir freuen uns, im Westen von Bern weiterhin auf das MüZe zählen zu können.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli. Weitere Fraktionen, die sprechen wollen, müssen nach vorne kommen und das bei mir anmelden.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Also, das Mütterzentrum Bümpliz ist eine sensationelle Sache. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Es ist sehr umfangreich, ist aber auch sehr gut organisiert. Es ist – um nicht lange zu reden – ein Ort, der eben, vorhin ist gesagt worden, er sei für spezielle Mütter. Das stimmt nicht. Es ist für alle offen. Es ist für die ausländische Bevölkerung offen, es ist für die inländische Bevölkerung offen. Man kann hingehen und sich dort beraten lassen, sich orientieren. Und das Ziel dieser Leute dort ist ja nicht in erster Linie, einfach Hilfe zu geben, also im materiellen Sinn. Sondern das Ziel ist, diesen Leuten dabei zu helfen, wie sie sich selber helfen können, wo sie hingehen müssen – sie kommen teilweise aus ganz komplexen Familiensystemen –, wo sie sich orientieren können. Man hilft ihnen, selbstständig ihre Notwendigkeiten oder die Anliegen, die sie haben, lösen zu können. Und das finde ich eine sehr gute Sache, dass man dort nicht einfach nur gibt, nur hinstellt. Man kann nicht hingehen und sagen: So jetzt helft mir. Vielmehr wird gesagt, wie man das macht. Es ist eine Anleitung zur Selbsthilfe. Und das finde ich eine sehr gute Sache und daher finde ich auch das Ganze sehr unterstützungswürdig.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen den Leistungsvertrag des Mütterzentrums Bern-West. Aus unserer Sicht hat sich das niederschwellige Angebot bewährt. Es ist ein spezifisches Angebot für eine klar umrissene Zielgruppe. Es geht um Frühförderung sowie soziale Integration, Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Zielgruppe sind sozial und wirtschaftlich benachteiligte Familien.

Das Angebot finden wir gut. Trotzdem haben wir drei Erwartungen: Erstens sollte es eine Wirksamkeitsmessung geben, also eine Überprüfung, ob die gesetzten Ziele auch erreicht werden. Und falls die Vorgaben nicht erreicht werden, erwarten wir eine frühzeitige Korrektur. Zweitens: Es braucht eine längerfristige Finanzplanung und insbesondere einen Ausbau der Drittmittel und anderen Finanzierungsquellen, damit der Betrieb auch längerfristig gesichert werden kann. 3. Den Ausbau und die Stärkung von Kooperationen und Partnerschaften mit Fachgruppen, Privaten, Kirchen sowie Vereinen oder Stiftungen mit ähnlichem Zweck. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend miteinander, liebe Stadträt*innen, vielen Dank für die positive Aufnahme dieses Geschäfts. Das Mütterzentrum ist eine Beratungs- und Anlaufstelle für Frauen und deren Kinder mit Fragen rund um Themen im Bereich der Frauenförderung, Frühförderung der Kinder, Erziehung und Integration. Es leistet einen sehr wichtigen und wertvollen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zur Chancengerechtigkeit in der Bildung der Kinder im Westen unserer Stadt.

Das niederschwellige Angebot unterstützt insbesondere Mütter mit Migrationsgeschichte und aus sozioökonomisch benachteiligten Familien in ihrer sozialen und beruflichen Integration. Es stärkt die Mütter in verschiedenen Lebensbereichen und unterstützt sie in ihren Erziehungsaufgaben und in der Prävention. Und gleichzeitig ermöglicht es ihnen, die Mutterschaft und die Berufstätigkeit besser zu vereinbaren. Das Betreuungs-, Spiel- und Lernangebot richtet sich an Kinder im Vorschulalter. Mit verschiedenen Massnahmen zur Frühförderung von Kindern trägt das MüZe somit zu fairen Bildungschancen für alle bei. Frühförderung in den ersten Lebensjahren kann helfen, Lücken zu schliessen, damit die Kinder beim Eintritt in den Kindergarten nach Möglichkeit gleiche Bedingungen und damit auch gleiche Chancen für ihre schulischen und später für ihre beruflichen Laufbahnen haben.

Der Ansatz, sich in einem ersten Schritt bei der Integration auf Frauen und ihre Kinder zu konzentrieren, hat sich sehr bewährt. Viele Frauen dürften das Angebot nicht besuchen, wenn auch Männer im MüZe anwesend wären. Jedoch sind immer wieder die Väter das Thema. Und auch hier gibt es mittlerweile Angebote für Väter oder Beratungen für die ganze Familie. Das ist auch Bestandteil des Konzepts des MüZe. Es handelt sich hier jedoch um spezifische Anlässe und Angebote, die ausserhalb der üblichen Öffnungszeiten stattfinden.

Abgesehen vom Teuerungsausgleich auf den Lohnkosten bleibt die Abgeltungssumme seitens der Stadt gleich wie im Vorjahr. Der Teuerungsausgleich wird hier wie beim städtischen Personal gewährt.

Ich will mich auch noch ganz herzlich beim Vorstand und allen Mitarbeiterinnen für ihr Engagement und für die gute Zusammenarbeit bedanken und bei euch für die breite Unterstützung dieses Leistungsvertrags.

Präsident: Wir sind zurück mit normalen Mikrofonen. Aber ich fürchte, wir sind noch nicht zurück mit der Abstimmungsanlage. Jetzt ist es so: Wir haben ein Sachgeschäft ohne fakultatives Referendum. Das heisst, wir dürfen gemäss Ratsreglement mit Handheben abstimmen. Ist dieses Geschäft überhaupt bestritten? Das ist nicht der Fall, dann ist es sowieso einstimmig genehmigt. Merci vielmals.

2025.BSS.0045

5 Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Notschlafstelle für FINTA*: Leistungsvertrag 2025 mit der Stiftung Heilsarmee; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts

Präsident: Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 5. Das ist ein Sachgeschäft – auch hier ohne Referendum. Es geht um die Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Notschlafstelle für Finta, den Leistungsvertrag 2025 mit der Heilsarmee und somit den Nachkredit zum Globalkredit 2025. Ich erteile das Wort für die vorbereitende Kommission SBK, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Kommission: In diesem Geschäft geht es um einen Nachkredit zum Globalkredit 2025 vom Sozialamt für die Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Notschlafstelle für Finta-Personen im Jahr 2025. Es geht um einen Betrag von insgesamt 938'469 Franken. Dieser Nachkredit wurde uns bereits in der Diskussion zum Nachkredit für den Leistungsvertrag mit dem Verein Rêves sûrs angekündigt.

Ich sage ganz kurz etwas zum Hintergrund der Finta-Notschlafstelle. Aufgrund der stark gestiegenen Obdachlosigkeit in der Stadt Bern hat der Gemeinderat die Strategie "Obdach 2024-2027" ausgearbeitet mit insgesamt acht Massnahmen, um auf die steigende Obdachlosigkeit zu reagieren und Angebotslücken zu schliessen. Die Massnahme 4 dieser Strategie sieht die Schaffung einer geschlechtsspezifischen Notschlafstelle für Finta-Personen vor. Die Abkürzung Finta steht für Frauen, inter-, nonbinäre, trans- und agender Personen. Die Massnahme selbst geht zurück auf eine Motion, die eine solche Notschlafstelle für Finta-Personen fordert und im März 2023 vom Stadtrat als Richtlinie erheblich erklärt wurde. Für die Finta-Notschlafstelle wurde erfreulicherweise eine geeignete Liegenschaft an der Kursaalstrasse 6 gefunden. Und sie konnte im Juni mit dem Betrieb starten. Da die Eigentümerschaft die Liegenschaft mittelfristig verkaufen will, findet der aktuelle Betrieb der Notschlafstelle im Rahmen einer Zwischennutzung statt, die bis Ende April 2026 befristet ist. Aus diesem Grund sucht der Gemeinderat weiterhin nach einer geeigneten Liegenschaft für den längerfristigen Betrieb der Finta-Notschlafstelle.

Abgesehen von einer geschlechtsspezifischen Notschlafstelle soll auch eine zusätzliche allgemeine Notschlafstelle geschaffen werden. Der Bedarf ist erwiesenermassen sehr hoch. Laut Pinto (Prävention, Intervention, Toleranz) mussten letzten Winter 45 bis 60 Personen unfreiwillig draussen übernachten, weil es in den Notschlafstellen keinen Platz mehr gab. Für den Betrieb der allgemeinen Notschlafstelle konnte allerdings noch kein geeigneter Standort gefunden werden. Damit das Angebot nach Finden eines Standorts so rasch wie möglich in Betrieb genommen werden kann, ist es trotzdem bereits im vorliegenden Leistungsvertrag eingeschlossen. Dieser Leistungsvertrag ist bis Ende Jahr befristet. Die Angebote sollen aber dann in den allgemeinen Leistungsvertrag der Heilsarmee aufgenommen werden, über den wir beim nächsten Traktandum entscheiden werden. Die Finanzierung läuft grundsätzlich über den Kanton, der jeweils über eine vierjährige Ermächtigung mit einem entsprechenden Maximalbeitrag im Bereich Wohnen/Obdach verfügt. Die laufende Ermächtigung des Kantons wurde auf Ge- such der Stadt angepasst und die Kosten der beiden Angebote können somit vollum- gänglich dem Lastenausgleich zugeführt werden. Die Gemeinden tragen im Bereich Obdach/Wohnen keinen Selbstbehalt. Das heisst, für die Stadt entstehen keine zusätz- lichen Kosten.

In der Kommission sorgte dann insbesondere die Wahl der Stiftung Heilsarmee als Betreiberin der beiden Notschlafstellen für Diskussion; unter anderem, weil die Heilsarmee auch immer wieder aufgrund queerfeindlicher Haltungen und Praxen aufgefallen und öffentlich kritisiert worden ist. Von Seiten der Verwaltung wurde uns versichert, dass ihnen diese Thematik bewusst ist und sie diesbezüglich mit der Heilsarmee im Gespräch sind. Grundsätzlich habe die Stadt aber bis jetzt gute Erfahrungen mit der Heilsarmee gemacht. Und gerade bei solchen Projekten, die schnell umgesetzt werden müssten, sei es sinnvoll, auf grosse Player zu setzen. Aus Sicht der Kommission bleibt es aber sicher wichtig, weiter ein kritisches Auge darauf zu haben. Die Zwischennutzung an der Kursaalstrasse 6 ist nach Angaben der Verwaltung gut angelaufen. Das Angebot wird rege nachgefragt und die Auslastung der 18 Plätze liegt bisher bei durchschnittlich 90%.

Die Kommission empfiehlt euch entsprechend die Annahme des Nachkredits. Aus Sicht der SBK ist es sehr erfreulich, dass es hier vorwärtsgeht, insbesondere bezüglich der Finta-Notschlafstelle, die sowohl als Vorstoss überwiesen wurde, als auch Teil der Strategie "Obdach" des Gemeinderats ist. Es ist wirklich sehr erfreulich, dass diese Motion jetzt umgesetzt wird und mit dem Betrieb gestartet werden konnte.

Präsident: Du willst das Fraktionsvotum anhängen? Das ist in Ordnung. Ihr könnt euch anmelden für weitere Fraktionsvoten.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Aus Sicht der GB-JA!-Fraktion sind die Umsetzung sowohl der Finta- wie auch der allgemeinen Notschlafstelle zwei wichtige Massnahmen, um auf die steigende Obdachlosigkeit zu reagieren. Die Situation bezüglich Angebote im Obdachlosenbereich ist aktuell sehr prekär. Die Schaffung einer zusätzlichen Notschlafstelle ist dringend notwendig. Und ich hoffe, dass sich möglichst bald geeignete Liegenschaften für den längerfristigen Betrieb dieser beiden Angebote finden. Dass immerhin die Finta-Notschlafstelle nun bereits in Betrieb genommen werden konnte, ist aus unserer Sicht sehr erfreulich, insbesondere, weil damit auch ein vom Stadtrat überwiesener Vorstoss umgesetzt wird.

Gerade die hohe Auslastung von 90% zeigt, wie dringend notwendig dieses Angebot auch ist. Es zeigt sich, dass mit diesem Angebot auch Menschen erreicht werden, die bislang nicht sichtbar waren. Zudem ist auch die Datenlage bezüglich Obdachlosigkeit von Finta-Personen in der Schweiz aktuell noch sehr dünn. Hier kann die Stadt mit der neuen Finta-Notschlafstelle auch einen wichtigen Beitrag leisten.

Grundsätzlich bleibt die Gesamtsituation aber nach wie vor prekär. Notschlafstellen sind wichtig, um Menschen in akuten Notsituationen zumindest ein Bett zur Verfügung zu stellen. Aber die steigende Obdachlosigkeit ist auch eine Folge des kantonalen Sozialabbaus. Sozialabbau hat halt immer Konsequenzen. Und darum bleibt es wichtig, die Ursachen anzugehen und uns nicht allein auf die Symptombekämpfung zu fokussieren.

Präsident: Merci. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SP-JUSO, Helin Genis.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Heute geht es um einen Nachkredit für einen Leistungsvertrag für die Schaffung von zusätzlichen Notschlafstellen, insbesondere für Finta-Personen. Ich möchte vorweg betonen, dass dieses Geschäft von grosser Bedeutung ist für unsere Stadt. Solche Angebote muss die Stadt Bern fördern. Es ist unsere Verantwortung, allen Menschen in prekären Lebenslagen Schutz zu bieten. Die Finta-

Notschlafstelle bietet einen geschützten Raum für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind. Ziel ist es, einen sicheren Rückzugsort zu ermöglichen, Grundbedürfnisse abzudecken und bei Bedarf mit professioneller Hilfe eine nachhaltige Anschlusslösung zu entwickeln.

Dieses Angebot ist nicht nur sinnvoll. Es ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung gegenüber den Menschen, die besonders verletzlich sind. Vier Monate nach dem Start des Pilotprojekts zeigt sich eben klar: Die Nachfrage nach Notschlafstellen für Finta-Personen ist höher als das Angebot. Diese Plätze sind praktisch durchgehend ausgebucht, was unterstreicht, wie dringend und wichtig dieses Angebot ist. Wohnungs- und obdachlose Finta-Personen gehören zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Studien zeigen, dass sie häufiger psychische, physische und sexualisierte Gewalt erfahren. In gemischtgeschlechtlichen Notschlafstellen fühlen sie sich oft unsicher und meiden diese. Mit der Finta-Notschlafstelle übernimmt die Stadt Verantwortung. Sie bietet Menschen Schutz, Sicherheit und eine geschützte Übernachtungsmöglichkeit. Seit Juni hat die Notschlafstelle bereits den Betrieb aufgenommen. Obwohl das Haus renovationsbedürftig ist, zeigt sich eben doch bereits nach wenigen Monaten, dass Leben einge-zogen ist. Die Auslastung liegt bei rund 90%. Die Nachfrage bleibt immer noch – bis heute – hoch. Die Leiterin der Notschlafstelle berichtet, dass sie regelmässig Menschen abweisen müssen: ein klarer Beweis, dass dieses Angebot gebraucht wird. Die Stadt arbeitet parallel an einer Anschlusslösung für die Zeit nach April 2026. Es ist zentral, dass diese Nachfolgelösung genügend Kapazität bietet, gut gelegen ist und Schutz sowie Privatsphäre gewährleistet. Nur so kann die Stadt Bern das Angebot langfristig sichern und ihrer Verantwortung gerecht werden.

Liebe Kolleg*innen, mit diesem Nachkredit für einen Leistungsvertrag ermöglichen wir nicht nur ein kurzfristiges Übernachtungsangebot, sondern ein dringend benötigtes, geschlechtsspezifisches Schutzangebot in unserer Stadt. Die SP-JUSO-Fraktion empfiehlt deshalb klar die Annahme des Kredits. Ich danke allen Mitarbeitenden und Partnerorganisationen für ihr Engagement und ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschen in unserer Stadt.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Es freut uns sehr, dass die Finta-Notschlafstelle seit diesem Sommer geöffnet hat – sechs Jahre, nachdem unsere damalige Fraktion eine Motion eingereicht hat, die das gefordert hat. Seit der Eröffnung hat sich gezeigt, dass die Finta-Notschlafstelle einem Bedürfnis entspricht und die Notschlafstelle oft ausgelastet ist. Darum wünschen wir uns, dass die Anzahl der Plätze erhöht wird, wenn die Notschlafstelle nächstes Jahr an einen neuen Ort zügeln muss.

Wir danken allen, die ermöglicht haben, dass es in Bern nun dieses wichtige und – für einige – überlebensnotwendige Angebot gibt und wir werden den Kredit selbstverständlich annehmen. Wir haben jedoch Kritik an der Vergabe des Projekts. Die Fraktion AL-PdA-TIF erachtet es nicht als ideal, dass einmal mehr die Heilsarmee den Auftrag bekommen hat, diese Notschlafstelle zu führen, ohne dass es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hat oder dass andere Interessierte dazu eingeladen worden sind. Es scheint, dass im BSS von Anfang an klar war, dass die Heilsarmee die Finta-Notschlafstelle führen wird. Natürlich hat die Heilsarmee viel Erfahrung in dem Bereich und kann ein solches Projekt rasch aufgleisen. Wir stellen aber in Frage, dass eine evangelikal ausgerichtete Stiftung wirklich die geeignete Partnerin für diese Aufgabe ist. Aus den Verlautbarungen der Heilsarmee entsteht bei uns der Eindruck, dass sie einen entmündigenden Blick auf Obdachlosigkeit hat und nicht die Lebensrealitäten der betroffenen

Finta-Personen ins Zentrum stellt, sondern eigene Werte wie Abstinenzorientierung. Den Menschen, die das Angebot der Finta-Notschlafstellen nutzen und den Lebensmittelpunkt Gasse haben, wird unterstellt, dass das so ist, weil sie nicht mit Gott versöhnt sind. Es ist nicht so, dass wir christliche Sozialarbeit in jedem Fall als paternalistisch und missionierend anschauen, es kann durchaus die Begegnung im Sinne eines urdiakonischen Auftrags bedeuten und Menschen können so angenommen werden, wie sie sind. Wir haben aber unsere Zweifel daran, dass das bei der Heilsarmee zutrifft. Die Fraktion AL-PdA-TIF sieht es auch kritisch, dass immer mehr Aufträge im sozialen Bereich an die Heilsarmee abgegeben werden und sie in der Stadt Bern schon fast eine Monopolstellung innehat. Andere Player mit weniger Startkapital haben so keine Chance, sich in dem Bereich zu betätigen oder zu etablieren. So entsteht eine ungesunde Abhängigkeit auf beiden Seiten.

Wir wünschen uns darum, dass der Leistungsvertrag für die Finta-Notschlafstelle ab dem Jahr 2028 neu ausgeschrieben und nicht einfach automatisch verlängert wird, damit auch andere Akteur*innen die Möglichkeit bekommen, sich zu bewerben, und im sozialen Bereich eine Vielfalt gelebt wird, die nicht evangelikalisch dominiert wird.

Präsident: Merci. Als nächstes kommt Bettina Jans-Troxler. – Kurz eine kleine Information: Die Technik ist grundsätzlich wieder da. Wir werden vor der Abstimmung nochmals 70 Sekunden Pause machen müssen, weil euch das System lustigen Sitzplätzen zugeteilt hat. Bettina Jans-Troxler ist jetzt in der SP-JUSO, Ueli Jaisli bei den Grünen, Béatrice Wertli in der EDU und Oliver Berger bei der GLP. – Somit für die Fraktion GLP-EVP, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion bejaht grundsätzlich den Kredit für die Finta-Notschlafstelle und die zusätzliche allgemeine Notschlafstelle. Es ist beunruhigend, dass immer mehr Menschen auf solche Angebote angewiesen sind. Dass Plätze manchmal von Menschen belegt werden, für die andere Angebote vorgesehen sind, wird Corina Liebi beim nächsten Traktandum ausführlich ansprechen.

Wir sollten einerseits dafür sorgen, dass die Angebote denen zugutekommen, für die sie gedacht sind, andererseits als Gesellschaft aber auch gut im Auge behalten, dass wir nicht nur Symptombehandlung betreiben, sondern auch den Wurzeln nachgehen, weshalb immer mehr Menschen durch die Maschen fallen.

Dass es nun neben zusätzlichen allgemeinen Notschlafplätzen dieses spezifische Angebot für Frauen und Menschen, die zu den Finta zählen, nötig ist, ist für alle, die einmal das Passantenheim oder den Sleeper besucht haben, wohl nicht erklärungsbedürftig. Falls ihr noch nie reingeschaut habt, seid ihr von den Betreibern herzlich eingeladen, mal einen Besuch zu machen. Man könnte sich fragen, wo jetzt diese bedürftigen Finta plötzlich herkommen. Es ist aber eine Tatsache, dass diese Menschen oft erst sichtbar werden, wenn es ein entsprechendes Angebot gibt. Und Anfeindungen gegen Frauen und gerade auch queere Personen sind in den bestehenden Angeboten häufig. An einer der letzten Stadtratssitzungen bei der Begegnung mit der Stiftung Heilsarmee hatte ich die Gelegenheit, mit der Leiterin der neuen Finta-Notschlafstelle zu sprechen. Noch eine Zwischenbemerkung: David, ich habe mich gefragt, warum du nicht dort warst und die Menschen direkt gefragt hast bezüglich deiner Zweifel. Ich habe mit ihr eben über diese Notschlafstelle gesprochen. Das Haus sei seit Ende Juni praktisch konstant komplett belegt. Das sind zum Beispiel Frauen, die aus ungesunden Beziehungen ausbrechen und deshalb plötzlich ohne Wohnung dastehen, oder Frauen, die wegen psychischen Erkrankungen oder begleitenden Haustieren im Frauenhaus keine

Aufnahme finden. Ich habe die Leiterin und den Verantwortlichen der Wohnangebote auch gefragt, ob denn diese Einzelzimmer im schönen Altbau, die in den Zeitungen bei der Eröffnung abgebildet wurden, nicht etwas zu luxuriös seien für eine Notschlafstelle. Das hat damals diesen Eindruck gemacht. Sie meinten, ein minimales Mass an Privatsphäre würde sicher dabei helfen, Schritte in ein geordnetes Leben machen zu können. Zum Vergleich: Das Passantenheim ist tagsüber geschlossen und übernachtet wird in Viererzimmern. Zudem wurde deutlich, dass das Haus hinter dem Kursaal in schlechtem baulichem Zustand und jetzt in der kalten Jahreszeit zum Beispiel schlecht heizbar ist und deshalb wohl nicht annähernd so komfortabel, wie es auf dem Bild den Eindruck machte.

Die zusätzliche allgemeine Notschlafstelle wurde in den letzten Jahren jeweils im Winter im Tiefenau mit sehr viel persönlichem Einsatz von Pinto eingerichtet. Pinto-Leiter Silvio Flückiger hat uns mal erzählt, wie er mit seinem Team in ihrer Freizeit Occasionsmobiliar gesammelt hat. Nun soll dieses Angebot dauerhaft entstehen. Vielleicht wurde unterdessen auch eine passende Liegenschaft gefunden. Darüber kann uns Ursina Anderegg vielleicht noch updaten. Wir sind enorm dankbar, dass hier der Kanton nicht wie in anderen Bereichen zaudert, sondern ohne Fragen alle Angebote im Bereich der Obdachlosenhilfe über den Lastenausgleich finanziert.

Und vielen Dank auch der Heilsarmee, die diese Notschlafstelle vorfinanziert hat, damit sie bereits eröffnen konnte und wir nun bereits erste Erfahrungswerte haben. Es gab übrigens keine anderen Organisationen, die sich als Partner gemeldet haben. Das wäre durchaus möglich gewesen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich teile übrigens das Votum mit Alex Feuz. Ich mache den ersten Teil. Die Realisierung dieser Einrichtung ist schon längst überfällig. Und vor allem ist jetzt positiv, dass man einen ersten Schritt macht. Wie gesagt oder wie wir schon gehört haben: Die Nachfrage ist nach wie vor grösser als das Angebot. Damit ist die Nachfrage noch lange nicht abgedeckt, aber es ist sicher ein erster Schritt. Es ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Und es steht uns als Hauptstadt auch an, so etwas zu realisieren. Ich weiss selber von Leuten, die so ein bisschen in dieser Situation sind, die sich aber nicht trauen, sich irgendwie bemerkbar zu machen, die dann einfach leiden, weil es zum Beispiel gerade keine frauenspezifischen Notschlafstellen gibt. Jetzt mit dieser Einrichtung haben wir da etwas realisiert in dieser Richtung. Es ist natürlich nicht nur für Frauen. Aber wie es aussieht, wird es im Moment mehrheitlich von Frauen genutzt. Es ist für alle offen, die notleidend sind. Und ich finde das eine sehr gute Sache – übrigens auch unsere Fraktion.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann mich Ueli Jaisli anschliessen. Der Grund, wieso ich nach vorne gekommen bin: Ihr könnt euch erinnern, wir hatten ja vor nicht allzu langer Zeit eine Abendveranstaltung der Heilsarmee, wo ich hingegangen bin. Dort haben wir von der Fraktion auch entschieden, dass wir dieser Vorlage zustimmen. Aber ich habe dann eben genau die Frage gestellt: Habt ihr als evangelikale Heilsarmee nicht allenfalls Vorurteile? Nicht, dass die Leute Hemmungen haben, mit euch zusammenzuarbeiten. Und da bin ich sehr froh, denn sie haben die Frage beantwortet und gesagt, das sei nicht so. Und ich hätte es eben wirklich sehr begrüsst, wenn auch die Leute von der Alternativen Liste dabei gewesen wären, dann hätten sie von diesen

Leuten 1 zu 1 gehört, dass das Angebot gerne wahrgenommen wird und es auch nicht irgendwie missionierend ist. Darum bin ich rasch nach vorne gekommen. Ich werde also Ja stimmen. Merci.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Sinnvoll, notwendig, bezahl- und finanzierbar – die Mitte-Fraktion unterstützt diesen Nachkredit. Sinnvoll, notwendig und sozial deswegen, weil die Obdachlosigkeit und somit auch der Bedarf gestiegen ist. Finanzierung: Bezahlbar, weil die Finanzierung durch den kantonalen Lastenausgleich gesichert ist und keine zusätzliche Belastung für die Stadt entsteht.

Ebenso begrüßen wir es, dass mit diesem Antrag und mit diesem Geschäft auch eine transparente Mittelverwendung gesichert ist, dass wir hier also eine Übersicht haben, wofür und wie das Geld verwendet wird. Bisher hat die Heilsarmee noch keinen Franken dafür gesehen, dass sie diesen dringlichen Bedarf mit ihrem Angebot abdeckt. Und das ist mitunter auch der Grund, warum es eine grosse Organisation braucht, nämlich damit sie im Vorschuss und im Voraus bereits eine Leistung erbringen kann, ohne dass diese gleich finanziell abgegolten worden ist.

Ich fand die Veranstaltung der Heilsarmee genau deswegen auch sinnvoll, weil wir diese Fragen dort stellen konnten. Und ich lade Sie ein und auch andere, die Zweifel haben am Angebot der Heilsarmee, direkt den Kontakt zu suchen. Ich hatte den Eindruck, dass sich ihr Engagement im sozialen, im Obdachlosen- und im Frauenbereich hier auf die Leistung und auf das Angebot konzentriert und auf keine evangelikale Mission.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP, nicht GLP, haben uns nach einer längeren Diskussion für Stimmfreigabe entschieden. Es gibt Stimmen, die finden, es brauche zusätzliche Notschlafstellen für vulnerable und gefährdete Personen, um einen Safe Space zu bieten, wo sie sich stabilisieren und neu organisieren können. Gerade diese seien schneller von Ausgrenzung und sozialem Abstieg betroffen. Darum sei ein separates Angebot nötig. Der Bedarf für zusätzliche Plätze sei daher gegeben und man stehe dem Geschäft positiv gegenüber.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Stimmen bei uns, die finden, man müsse nicht für Finta-Personen ein spezifisches Angebot schaffen, weil man dort den Bedarf noch nicht nachgewiesen hat, oder die bestehenden Angebote sogar reichen, weil diese auch genug sicher sind. Wir als FDP sind für die Integration und Inklusion. Aber ob es dafür ein zusätzliches Angebot braucht, ist offen. Gegen die allgemeine Erhöhung der Notschlafstellen sind wir nicht. Das finden wir gut.

Kritisch sehen wir aber auch, wie es auch schon erwähnt wurde, dass die Vergabe des Mandats freihändig war. Hier erwarten wir von der Stadt mehr Transparenz und auch mehr Wettbewerb, damit sich nämlich auch zusätzliche Player ins Spiel bringen können. So oder so: Wir finden, dass es sich bei Notschlafstellen um ein Übergangsangebot für Leute in Notsituationen handeln soll und dass man die Leute auch unterstützt, möglichst schnell wieder ein geregeltes Leben führen zu können. Aus diesen Gründen haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Als Einzelsprecherin Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Ich unterstütze den Nachkredit, weil sich die Situation auf den Strassen deutlich zugespitzt hat. Es braucht zusätzliche Plätze und insbesondere sichere Unterkünfte für Finta-Personen, die mit den bestehenden Angeboten zu wenig erreicht werden. Die Umsetzung mit der Heilarmee, finde ich, ist pragmatisch, fachlich solide und finanziell durch den Kanton gesichert. Damit wird eine konkrete Lücke geschlossen, ohne die Stadt zusätzlich zu belasten.

Präsident: Dann, weil er mehrmals angesprochen wurde, als Einzelsprecher David Böhner. Falls ihr noch weitere Voten habt, meldet euch an.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Einfach noch kurz eine Replik an Bettina darauf, dass es niemand anderen interessiert habe. Laut meinen Informationen stimmt das nicht. Es gab durchaus Organisationen, die Interesse gehabt hätten, namentlich die Stiftung Contact. Die wurden aber nicht kontaktiert. Ich kann nicht an jede Veranstaltung in der Stadtratspause gehen, auch wenn sie sicher interessant ist. Ich hatte damals leider keine Zeit.

Präsident: Merci. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Die Angebote im Bereich der Obdachlosenhilfe beschäftigen die Stadt zurzeit sehr intensiv. Wir haben es gehört: Die Zahl der obdachlosen Menschen ist in Bern in den letzten Jahren stetig angestiegen und die bestehenden Angebote können den aktuellen Bedarf nicht mehr abdecken; nicht im Bereich der Notschlafangebote und auch nicht im Bereich der Aufenthaltsräume.

Jetzt geht es aber um die Notschlafangebote. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben deshalb grosse Anstrengungen unternommen, um die Angebote in der Obdachlosenhilfe zu erweitern. Wir haben beim Kanton erfolgreich beantragt, diese Angebote über den kantonalen Lastenausgleich zu finanzieren. Es ist ja auch eine kantonale Aufgabe. In diesem Zusammenhang wurden in den letzten Monaten mehrere Stadtratsgeschäfte ausgearbeitet. Als erstes Geschäft in diesem Zusammenhang haben wir euch bereits im Juni 2025 einen Nachkredit für das Angebot Pluto sowie für den Betrieb einer provisorischen Notschlafstelle rückwirkend auf den Winter 2024 und 2025 vorgelegt.

Und heute legen wir euch das zweite dieser Geschäfte vor, was das Rechnungsjahr 2025 anbelangt, nämlich eben die neue Finta-Notschlafstelle sowie eine zusätzliche allgemeine Notschlafstelle. Beide Angebote werden gemäss Traktandum 6 in Zukunft ein Teil des Gesamtpaketes der Wohn- und Obdachlosenhilfe für die Jahre 2026-2027 sein. Es geht hier um einen Nachkredit für den Globalkredit 2025 des Sozialamtes. Dieser wird nötig, um die Schaffung einer zusätzlichen Notschlafstelle und eben eine Finta-Notschlafstelle zu ermöglichen.

Wir haben es gehört, wir konnten im Juni die Finta-Notschlafstelle eröffnen und die Nachfrage ist sehr gross. Wir stellen dort auch fest, und das ist vielleicht auch schon ein erster Indikator, dass sehr viele gewaltbetroffene Frauen dort Unterschlupf finden. Es kann gut sein – dieser These werden wir nachgehen –, dass das auch auf eine Unterversorgung, was die Frauenhäuserplätze anbelangt, hindeutet.

Im Bereich der allgemeinen zusätzlichen Notschlafstelle sind wir kurz vor dem Ziel – wir sind eigentlich auf der Zielgeraden –, einen definitiven Standort zu finden. Ich kann insofern kein Update zur SBK geben. Wir sind noch nicht so weit, dass wir das Angebot diesen Winter bereits anbieten können. Und der Winter, das habt ihr selber gemerkt, ist jetzt angebrochen. Wir haben ab dieser Woche ein provisorisches Angebot wieder

hochgefahren. Noch eine Ergänzung zur finanztechnischen Ebene des ganzen Geschäfts. Es wurde bereits erwähnt, dass die Kosten für diese beiden Angebote vollumfänglich in den kantonalen Lastenausgleich eingegeben werden können. Ich will hier noch ergänzen, aber das ist euch wahrscheinlich allen klar, dass es komplex ist. Die Stadt beteiligt sich natürlich über den Lastenausgleich immer auch an den Angebotskosten. So funktioniert dieser Lastenausgleich. Aber das ist ein sehr kleiner Teil. Da innerhalb der Stadtverwaltung die Ausgaben für die Angebote und die Erträge aus dem Lastenausgleich nicht im selben Globalkredit anfallen, ist jetzt ein Nachkredit zum Globalkredit des Sozialamtes nötig. Diesem Nachkredit stehen aber dann die zusätzlichen Erträge in einem anderen Rechnungsposten, nämlich bei uns in der BSS im Direktionsstab, gegenüber.

Ich danke Ihnen sehr für die breite Unterstützung dieser neuen Angebote und für die Unterstützung des Nachkredits. Und wir werden ganz sicher an diesem Thema dranbleiben.

Präsident: Merci. Dann machen wir jetzt schnell den Neustart der Abstimmungsanlage.

2025.BSS.0045

5 Schaffung einer zusätzlichen allgemeinen Notschlafstelle und einer Notschlafstelle für FINTA*: Leistungsvertrag 2025 mit der Stiftung Heilsarmee; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts

Präsident: Das waren etwas lange 70 Sekunden, aber es sollte jetzt funktionieren. Ich bitte euch, an euren Platz zu gehen, damit ihr eure Stimme abgeben könnt. Wir sind immer noch bei Traktandum 5, beim Nachkredit zum Globalkredit des Sozialamts. Wir stimmen ab über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 002

2025.BSS.0045

Annahme

Ja 59

Nein 2

Enthalten 5

Verbal: Christoph Leuppi stimmte fälschlicherweise beim Platz von Carola Christen ab. Korrekt ist: Christoph Leuppi: Ja; Carola Christen: Abwesend.

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen.

2025.BSS.0031

6 Zweijährige Leistungsverträge 2026-2027 im Bereich Wohn- und Obdachlosenhilfe: Verpflichtungskredite

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6. Das sind die zweijährigen Leistungsverträge für die Jahre 2026-2027 im Bereich Wohn- und Obdachlosenhilfe bzw.

die Verpflichtungskredite, die zur Erfüllung dieser Verträge nötig sind. Auch hier erteile ich das Wort für die vorberatende Kommission SBK Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Kommission: In diesem Traktandum geht es, wie bereits vorhin angetönt, um die Erneuerung der Leistungsverträge im Bereich Wohn- und Obdachlosenhilfe. Die aktuellen Leistungsverträge laufen Ende Jahr aus. Es handelt sich um insgesamt vier Leistungsverträge, über die wir jeweils einzeln abstimmen werden. Für die neue Vertragsperiode ist eine Erweiterung vorgesehen, entsprechend der Ermächtigung des Kantons. Wie ich bereits in meinem vorherigen Votum erwähnt habe, sind alle zusätzlichen Angebote ab dem Jahr 2025 zum Lastenausgleich zugelassen und verursachen der Stadt Bern keine Zusatzkosten. Bis jetzt gab es drei reguläre, also zweijährige, Leistungsverträge im Bereich Wohn- und Obdachlosenhilfe, und zwar je einer mit der Stiftung Heilsarmee Schweiz, mit dem Verein Wohnen Bern, mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Region Bern kurz Akip. Neu soll auch der Leistungsvertrag mit dem Verein Rêves-sûrs, der die Notschlafstelle Pluto für junge Menschen betreibt, in denselben Zweijahresrhythmus überführt werden, der eben auch bei den übrigen Angeboten im Wohn- und Obdachlosenbereich gilt. Zudem soll auch die Angebotserweiterung, die wir im vorherigen Traktandum diskutiert haben, also die Finta-Notschlafstelle und die zusätzliche allgemeine Notschlafstelle, in den mehrjährigen Leistungsvertrag der Heilsarmee überführt und der Betrag dieses Leistungsvertrags entsprechend erhöht werden. Die weiteren Erhöhungen der Abgeltung lassen sich auf den Teuerungsausgleich zurückführen.

In der Kommission gab dann vor allem die Suche nach geeigneten Liegenschaften zu reden. Neben der Finta- und der allgemeinen Notschlafstelle, wie wir bereits gehört haben, braucht auch die Notschlafstelle Pluto langfristig neue Räumlichkeiten, um die kantonalen Vorgaben einzuhalten. Für alle drei bestanden bis zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung keine definitiven Lösungen. Die Suche nach geeigneten Liegenschaften betrifft zudem nicht nur die Notschlafstellen selbst. Auch Aufenthaltsräume sind aktuell überlastet. Und es bräuchte eigentlich auch dort neue und vor allem grössere Räumlichkeiten. Uns wurde versichert, dass die Verwaltung mit Hochdruck daran arbeitet, geeignete Liegenschaften für die Notschlafstellen zu finden. In der SBK-Sitzung haben wir dann erfahren, dass die Stadt aktuell für eine potenzielle neue Liegenschaft im Gespräch ist. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings noch nicht viel mehr klar. Wir haben aber vorhin gerade gehört, dass es offensichtlich klappen sollte.

Zum Antrag der GLP kann ich aus Sicht der Kommission nicht Stellung nehmen, da dieser in der Kommissionssitzung noch nicht vorlag und somit auch nicht diskutiert werden konnte.

Die vier Leistungsverträge wurden in der Kommissionssitzung alle mit 10 Ja zu 0 Nein bei einer Enthaltung angenommen. Entsprechend empfiehlt euch die Kommission, alle vier Leistungsverträge anzunehmen.

Präsident: Merci. Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die Leistungsvertragspartner stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, Menschen ohne festen Wohnsitz mit Notschlafstellen, betreutem Wohnen und persönlicher Begleitung zu unterstützen. Sie sorgen dafür, dass Menschen in schwierigen Lebenssituationen nicht völlig allein dastehen. Besonders wichtig ist für uns, dass das Angebot an Notschlafstellen ausgebaut wird – bei der Finta-Notschlafstelle, bei der allgemeinen Notschlafstelle und auch bei der Notschlafstelle für

junge Menschen Pluto. Wir alle wissen: Die bestehenden Angebote sind am Limit. Immer wieder kommt es vor, dass die Betten voll belegt sind. Und das kann für die Menschen verheerende Folgen haben. Wir sehen, dass der Bedarf da ist und wächst. Gerade in den kalten Wintermonaten, wenn Menschen keinen anderen Ort finden, sind diese Plätze überlebenswichtig. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Stadt Bern die Angebote stärkt und auf verlässliche Beine stellt.

Ein Punkt, den ich hier sehr kritisch anmerken möchte, betrifft die kantonale Ermächtigung. Ja, es ist positiv, dass wir dem Kanton Leistungen im Obdachlosenbereich grundsätzlich dem Leistungsausgleich zuführen können. Problematisch ist aber die neue Passage, dass Personen ohne geregelten Aufenthalt davon ausgeschlossen sind. Das heisst konkret: Wer keine Aufenthaltsbewilligung hat, darf in der Regel nicht in einer Notschlafstelle übernachten, ausser in einem absoluten Notfall und höchstens für eine Nacht. Und ganz ehrlich: Das ist schlicht inakzeptabel. Es darf in dieser Stadt nicht passieren, dass Menschen draussen frieren müssen, nur weil sie keine Papiere haben. Die Menschenwürde hängt nicht an einem Ausweis oder einem Stück Papier. Wer hier ist, wer in Not ist, hat Anspruch auf Schutz. Punkt. Wir reden hier nicht über eine migrationspolitische Frage, sondern über Menschen; Menschen, die heute Nacht vor unserer Tür stehen, Menschen, die Schutz brauchen, Wärme, einen sicheren Schlafplatz. Wenn Notschlafstellen gezwungen werden, solche Menschen über Spendengelder zu finanzieren, ist das ein Armutszeugnis für die Stadt und den Kanton. Und wenn ich Stimmen höre, wie heute in einem SRF-Beitrag, das seien ja Leute aus EU- und EFTA-Staaten, die könne man einfach zurückschicken, dann bin ich fassungslos. Nein, diese Leute können wir nicht einfach zurückschicken. Sie kommen aus Kriegs-, aus Krisengebieten, aus repressiven Staaten, aus persönlichen Notsituationen. Oft sind sie auch gesundheitlich angeschlagen. Eine Rückkehr ist nicht nur oft problematisch und gefährlich, sie ist oft einfach schlichtweg nicht möglich. Und es ist unsere Aufgabe, diese Not zu lindern. Menschenrechte gelten für alle, mit oder ohne Aufenthaltsbewilligung. Noch ganz kurz positiv hervorheben möchte ich, dass der Gemeinderat bewusst auf die Kürzungsklausel verzichtet. Das ist ein wichtiges Signal. Die Hilfe für die Schwächsten darf nicht von der Finanzlage abhängen. Wer an der Wohn- und Obdachlosenhilfe spart, spart an der Menschenwürde. Für die SP-JUSO-Fraktion ist klar: Eine soziale Stadt zeigt sich dort, wo Menschen ohne Wohnung nicht vergessen, sondern aktiv unterstützt werden. Diese hier vorliegenden Leistungsverträge sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sagen deshalb klar Ja, und ich bitte euch, das auch zu machen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Wir haben ein Kapazitätsproblem in unseren Notschlafstellen. Betroffen sind Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Es ist uns ein Herzensanliegen, dass jede Person, die ein Bett braucht, auch eines bekommt. Doch wir stehen vor einem Problem: Viele dieser Betten werden von Personen belegt, die zwar ebenfalls Anspruch auf Unterstützung haben, rechtlich gesehen aber an einem anderen Ort untergebracht oder durch eine andere Stelle finanziert werden müssten. Wie beispielsweise die Belegungszahlen des Passantenheims zeigen, werden rund 35% der Plätze von EU- und EFTA-Angehörigen beansprucht, für deren Unterbringung aus unserer Sicht grundsätzlich die jeweiligen Botschaften zuständig wären. Soweit uns bekannt ist, beteiligen sich diese aktuell überhaupt nicht an der Finanzierung der Notschlafstellen. Zudem scheinen die Berner Notschlafstellen aufgrund der zentralen Lage rege von Asylsuchenden genutzt zu werden, die bereits einen Schlaf-

platz in einer abseits gelegenen Asylunterkunft haben. Sie nehmen damit anderen Menschen einen Schlafplatz weg, die ebenso dringend einen benötigen würden.

Es wirkt daher widersprüchlich, wenn die Stadt Bern einerseits Kapazitätsengpässe beklagt und die Leistungsverträge ausweiten will, andererseits aber reine Symptombekämpfung betreibt. Wir haben festgestellt, dass die Datengrundlage, die der Stadt Bern zur Verfügung steht, für eine umfassende Beurteilung der Situation nicht ausreicht. Deshalb hat die GLP, und ich betone: die GLP und nicht die EVP, einen Antrag eingereicht, der fordert, eine solide Datengrundlage zu schaffen und zusätzlich die Aufenthaltsdauer in den Notschlafstellen aufzuschlüsseln. Unserer Meinung nach werden diese Zahlen sowieso bereits erfasst, weil in der aktuellen Statistik das Total der Übernachtungen bereits als Kennzahl abgefragt wird. Eine solche Aufschlüsselung ist Voraussetzung für eine verlässliche Einschätzung der Bedarfsentwicklung, der Aufenthaltsdynamik und der erforderlichen Kapazitäten im Obdachlosenbereich. Denn wir haben ein Grundproblem: Unsere verschiedenen sozialen Auffangsysteme scheinen sich hier zu konkurrenzieren. Sie sollen sich ergänzen, nicht sich gegenseitig aushebeln. Zudem gilt das Subsidiaritätsprinzip. Ebenso wenig dürfen Personen zwischen national, kantonal, städtisch oder spendenfinanzierten Plätzen hin und her geschoben werden, nur um die Statistik zu beschönigen oder Finanzierungslücken zu kaschieren.

Wir müssen die Dinge beim Namen nennen: Die Kapazitätsproblematik ist zu einem grossen Teil hausgemacht. Wir anerkennen, dass der Bereich der Obdachlosenhilfe komplex ist, weil Mittel aus unterschiedlichen Quellen fliessen und der Koordinationsaufwand entsprechend hoch ist. Wir wissen auch, dass es hier um Menschen geht, die persönliche Schicksale tragen und Unterstützung brauchen. Doch als Stadt sind wir für den korrekten Vollzug der geltenden Gesetze verantwortlich. Es darf nicht sein, dass man aufgrund unterschiedlicher sozialer oder politischer Auffassungen wegschaut. Wir leben immer noch in einem Rechtsstaat. Offenbar scheint auch die Zusammenarbeit zwischen der Fremdenpolizei und dem Sozialamt überhaupt nicht zu funktionieren.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er diese Problematik ernst nimmt und konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet. Gerade dort, wo die ursprünglich kurzfristige, notfallmässige Unterbringung zunehmend den Charakter eines längerfristigen Wohnens annimmt, muss sorgfältig geprüft werden, ob eine Weitervermittlung an eine andere Stelle oder andersgelagerte Finanzierung angezeigt ist. Unsere Fraktion hat intensiv darüber diskutiert, wie wir mit den Leistungsverträgen umgehen respektive den Verpflichtungskrediten.

Die GLP ist gegen einen Kapazitätsausbau, der lediglich Symptome lindert, anstatt die Ursachen anzugehen. Uns ist aber bewusst, wie knapp die Frist bis zum Auslaufen der Leistungsverträge ist. Wir haben uns deshalb entschieden, die vorliegenden Verpflichtungskredite mit einem "Ja, aber" anzunehmen. Aber in der klaren Erwartung, dass die Stadt den bestehenden Handlungsbedarf ernst nimmt, die Lage prüft und gezielte Schritte zur Verbesserung unternimmt.

Die EVP wird dem Geschäft hingegen mit einem klaren Ja zustimmen. Sie ist der Ansicht, dass die vier leistungsvertragsnehmenden Institutionen der Not- und Obdachlosigkeit in ihrer ganzen Komplexität begegnen. Die EVP ist überzeugt, dass sich Not in der Theorie oft sehr einfach kategorisieren lässt, es in der Praxis jedoch wesentlich komplexer ist. Ebenso ist die Erfassung von Daten äusserst fordernd, etwa wenn 19 Menschen in der Reihe auf ein Bett warten und sich die erste Person vielleicht gerade übergeben hat und dies zuerst aufgeräumt werden muss.

Wir möchten uns daher im Namen der ganzen Fraktion bei den Institutionen bedanken, die sich tagtäglich für die betroffenen Menschen einsetzen. Wir wissen, dass ihre Arbeit anspruchsvoll ist. Die Finanzierung aus unterschiedlichen Quellen und der hohe

Koordinationsaufwand machen sie nicht einfacher. Dafür gebührt ihnen unser grosser Dank. Zum Schluss bleibt mir nur nochmals zu betonen: Es ist ganz offensichtlich, dass es einen Fehler im System gibt. Bitte helft mit, diesen Fehler zu korrigieren, damit alle, die einen Schlafplatz brauchen, auch wirklich einen bekommen. Vielen Dank.

Präsident: Die SVP teilt sich das Fraktionsvotum. Für den ersten Teil, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte mich zuerst Corina Liebis Ausführungen anschliessen. Auch wir danken den Betreuenden, die eine schwierige Aufgabe erfüllen. Ihr habt gesehen: Die SVP hat vorhin bei Traktandum 5 der Vorlage geschlossen zugestimmt. Hier bei dieser Vorlage lege ich offen: Wenn der Antrag der GLP nicht durchkommt, werden wir grossmehrheitlich Nein stimmen.

Und ich kann euch auch gleich sagen, wieso. Für mich ist klar: Leuten, die in Not sind, muss man helfen. Die Gründe, weshalb Leute in Not sind, lassen wir hier völlig weg. Das spielt auch keine Rolle. Sie haben Anspruch auf Nothilfe. Aber, und jetzt kommt das entscheidende Aber: Leute, abgewiesene Asylbewerber, die beispielsweise in Enggistein untergebracht sind, können doch nicht, wenn sie in Bern sind, das quasi wie eine zweite Dependance anschauen und sagen: Ich gehe nicht mehr zurück. Ich gehe jetzt in die Passantenheime, in die Notfallheime. Oben haben sie einen Platz reserviert und hier unten – und das ist der zweite Ansatz – nehmen sie jemandem den Platz weg, der berechtigt wäre.

Neuer Punkt, Leute aus EU-Staaten, die keine Aufenthaltsberechtigung haben, eben beispielsweise Leute, die keinen Arbeitsvertrag haben oder deren B-Ausweis nicht verlängert wurde oder was auch immer, die die Voraussetzungen nicht erfüllen würden – dafür haben wir ein Rückübernahmeabkommen. Auch da ist klar. Es ist einer gestrandet, wie gesagt, der Asylbewerber, der abgewiesene, der das Postauto nach Enggistein verpasst hat, darüber kann man reden. Aber es geht nicht, dass die Leute teilweise während Tagen und Wochen auf Kosten der Steuerzahler der Stadt den effektiv Berechtigten die Plätze wegnehmen.

Und das ist genau der Punkt, wieso wir sagen: Das muss man eben jetzt anschauen. Den Antrag der GLP unterstützen wir. Ich hoffe, wenn ich ihn unterstütze, ihr ihn nachher nicht deswegen ablehnt. Aber das ist für mich der Punkt: Hilfe denen geben, die Anspruch darauf haben. Wir haben hier in der Stadt Bern arme Leute, die es brauchen. Die sollen den Platz haben. Aber es kann nicht sein, dass jemand quasi eben eine Dependance hat – eine in Enggistein und eine hier in Bern, damit er an beiden Orten sein kann. Oben wissen sie nicht, ob er kommt oder nicht. Er ist vielleicht tagelang oder wochenlang hier, geht dann wieder hinauf. Das kann nicht sein. Das ist nicht der Aspekt der Nothilfe. Und darum ist klar: Eine grosse Mehrheit unserer Fraktion wird, wenn man dem Antrag nicht zustimmt, Nein stimmen.

Wir werden heute auch eine Kleine Anfrage einreichen – ich werde sie im Anschluss an dieses Votum abgeben –, in der wir eben fragen: Seit wann hat der Gemeinderat Kenntnis von dieser Praxis? Das kann man vielleicht allenfalls jetzt hier schon beantworten. Für mich ist sie gesetzeswidrig. Sie verstösst ganz klar gegen übergeordnetes Recht. Und der zweite Punkt: Müsste man nicht auch noch prüfen, ob eine Amtspflichtverletzung oder Begünstigung vorliegen, und auch städtische Ansprüche, wenn man mit städtischen Steuergeldern Sachen unterstützt, die eben von Gesetzes wegen nicht zulässig oder sogar strafbar sind? Es gab ja schon Parlamentarier, die eine Putzfrau beschäftigt oder Leute ohne Aufenthaltsbewilligung untergebracht haben, prominente Leute. Die sind gebüsst worden. Hier gilt genau das gleiche. Und auch der dritte Punkt: Hat man Kenntnis davon, wie vielen Leuten die Plätze effektiv vorenthalten wurden?

Wie gesagt, ich danke den Leuten, die diese Arbeit machen. Aber hier muss man sagen, im Sinne des Steuerzahlers und der Betroffenen: So nicht.

Präsident: Dann für den zweiten Teil des SVP-Votums, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Es ist klar, es ist unbestritten, dass das Angebot von Notschlafstellen zunehmen muss, dass die Nachfrage sehr gross ist, damit wir nicht Leute haben, die in der Stadt pennen müssen, irgendwo unter einer Bank oder was weiss ich wo oder irgendwie unter einer Lüftung, die ein bisschen warm gibt. Wir brauchen die Notschlafstellen. Das ist einfach eine Tatsache. Die kann keine Geiss weg-schlecken.

Jetzt ist es natürlich so, und darauf hat mein Kollege schon hingewiesen, dass offenbar auch ein bisschen Missbrauch stattfindet, indem gewisse Leute quasi Dauermieter sind in einer Schlafstelle, sich gemütlich einrichten, sich einfach dort niederlassen, die sogar zum Beispiel in einer zweiten Notschlafstelle oder in einer Asylunterkunft auch noch eine Gelegenheit haben. Das geht nicht. Und vor allem haben wir heute so eine grosse Nachfrage. Leute, die es wirklich trifft und die das brauchen und die deswegen weggeschickt werden müssen und nichts haben, können wir uns einfach nicht leisten, auch, dass hier plötzlich überall wild, salopp gesagt, "campiert" wird. Das Angebot ist zu klein. Aber es wird auch in dem Sinn, da bin ich auch überzeugt, offenbar eben an jenem oder an diesem Ort missbraucht. Und das benachteiligt andere, die es wirklich nötig hätten. Und das darf nicht sein.

Entsprechend werden wir nachher abstimmen. Alex hat es schon gesagt: Wir werden sicher Stimmfreigabe machen, aber mehrheitlich dagegen sein, falls der Antrag von Corina Liebi nicht durchkommt. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ich äussere mich jetzt gar nicht so sehr zu den zweijährigen Leistungsverträgen, sondern vor allem SVP- bzw. GLP-Antrag – das ist ehrlich gesagt etwas schwierig zu unterscheiden. Die Notschlafstellen, das ist einfach wichtig zu sagen, bieten Menschen in Notlagen vorübergehend Schutz, und zwar wirklich während kurzer Zeit. Es wird darüber argumentiert, wie lange diese Aufenthalts-dauern sind. Und ich weiss nicht, ob ihr schon mal auf so einer Notschlafstelle wart. Ich weiss nicht, ob da jemand wirklich lange bleiben möchte. Und so sind die eben auch gedacht. Und sie erfüllen damit einen Auftrag gemäss Artikel 12 der Bundesverfassung, nämlich der Nothilfe. Und dieses Recht auf Nothilfe ist nicht verhandelbar. Und das gilt für alle Schweizer*innen oder solche ohne Schweizer Pass oder ohne Aufenthaltsbe-willigung, unabhängig von ihrem Status. Wenn man uns darüber schon eine Rechts-lektion erteilen will, schaut man doch zuerst mal zuoberst in der Bundesverfassung nach, was da steht. Denn daraus leiten sich alle weiteren Regeln und Gesetze in die-sem Land ab. Wir möchten aber trotzdem nicht – und das möchte ich wirklich nochmal betonen –, dass bei einer so essenziellen Sache wie der Nothilfe, wie eben in diesem schon zitierten SRF-Beitrag gesagt, ein Unterschied, ein Auspielen von Schweizer*in-nen gegen Ausländer*innen stattfindet. Das ist einfach der falsche Ort, um diese Fra-ge zu stellen. Da geht es wirklich – Babs hat das schon sehr viel besser ausgeführt, als ich das jemals könnte, und es gibt sicher Leute hier drin, die diese Realitäten vor Ort viel besser kennen – um essenzielle Nothilfe, kurzfristige Nothilfe.

Und dieser Antrag ist ein Feigenblatt. Ich finde das wirklich schrecklich, wenn ich mir das anschau – das muss ich offen sagen –, weil man so tut, man mache da etwas

Controlling, und man versteckt sich auch hinter ein paar Worten und man sagt dann nochmal, die Stadt habe ein Kapazitätsproblem in diesen Notschlafzentren. Das ist doch Quatsch. Schaut doch den Bericht an. Wir haben ein Armuts-, ein Prekariatsproblem, wenn schon. Leute verhungern, erfrieren, etc. – vielleicht nicht wie in New York, wie wir es jetzt in den letzten Tagen gehört haben. Aber das ist eine Realität, die auch in der Stadt Bern ankommt. Und das müssen wir adressieren und nicht ein Kapazitätsproblem. Das ist einfach falsch gedacht und auch irgendwie ein die-ganze-Kausalität-noch-nicht-ganz-erfasst-haben.

Wenn man über Enggistein hört, die Leute hätten alle ganz komfortable Situationen in diesen Asyldurchgangszentren – dann hat das eben auch System. Oder? Das ist das Drangsalieren von Abgewiesenen oder von Leuten, die noch in einem Verfahren sind, indem man diese irgendwohin hinausschickt. Und vielleicht müssten wir auch dort etwas genauer hinschauen. Wie wollen wir da eine Menschenwürde reinbringen in solche Leben? Und ich finde halt wirklich: Wenn man das nur finanziell anschaut oder dann aus Kapazitätssicht, dann verpasst man wirklich die wichtigen Fragen: Nämlich den Humanismus und die humanitäre Hilfe, die wir in einem solchen Bereich als Schweiz, als sehr reiches Land, unbedingt zu leisten haben. In dem Sinn lehnen wir diesen Antrag ausdrücklich ab und stimmen den Leistungsverträgen zu. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Die GB-JA!-Fraktion wird selbstverständlich alle vier Leistungsverträge annehmen. Mit diesen Angeboten werden Menschen erreicht und unterstützt, die sich in akuten Notsituationen befinden. Ich habe bereits im Fraktionsvotum zu Traktandum 5 die wichtigsten Punkte erwähnt und möchte mich eigentlich nicht gross wiederholen.

Darum will ich an dieser Stelle vor allem auch noch auf den Antrag der GLP eingehen. Die GB-JA!-Fraktion wird diesen Antrag ganz klar ablehnen. Wie wir alle spätestens in den Medien lesen konnten, hat der Kanton eine neue Regelung eingeführt, dass Personen ohne Aufenthaltserlaubnis keinen Zugang zu Notschlafstellen haben sollen. In diesem Kontext ist der vorliegende Antrag hochproblematisch. Die geforderte Aufschlüsselung nach Herkunft spielt genau in diese Logik des Kantons rein. Das ist aus unserer Sicht absolut unverständlich. Es geht um Notschlafstellen. Wir sprechen hier also von Menschen, die sich in unvorstellbar prekären Notsituationen befinden. Menschen in akuter Not Hilfe zu verweigern, wie unmenschlich kann man sein? Liebe GLP, ich weiss nicht, ob euch das bewusst ist, aber Botschaften sind keine Notschlafstellen. Und konsequente Ursachen- statt Symptombekämpfung bedeutet übrigens Sozialausbau statt Sozialabbau. Damit Notschlafstellen für die betroffenen Personen zugänglich sind, müssen sie möglichst niederschwellig sein. Eine Ausweispflicht ist das Gegenteil von Niederschwelligkeit. Es ist zudem auch nicht die Aufgabe von Menschen, die in Notschlafstellen arbeiten, Ausweiskontrollen durchzuführen. Das Personal im Obdachlosenbereich ist schon so genug belastet. Diese Personen noch zusätzlich unter Druck zu setzen, indem sie Menschen bei Minustemperaturen abweisen müssen, obwohl sie genügend Platz hätten, ist völlig kontraproduktiv. Alle Menschen, und zwar wirklich alle, haben das Recht auf ein sicheres Bett. Es ist fahrlässig und absolut verantwortungslos, Menschen absichtlich auf der Strasse schlafen zu lassen, egal welchen Aufenthaltsstatus diese Person hat. Auch wenn das hier anscheinend nicht allen Menschen ein Begriff ist: Es gibt so etwas, das nennt sich Menschlichkeit. Und auf das Minimum von Menschlichkeit müssen wir uns doch einigen können, dass wir Menschen in Notsituationen nicht allein lassen.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Auch dies ist ein sinnvoller Antrag. Er ist finanzierbar und die Mitte-Fraktion unterstützt das Geschäft vollumfänglich und mit Überzeugung. Ebenso unterstützt die Mitte den Antrag der GLP. Ich habe vorhin Corina sehr gut zugehört. Sie hat gesagt: Wir haben Kapazitätsprobleme. Und das steht auch im Geschäft als Begründung, warum es diese Finanzierung braucht. Und wenn wir Kapazitätsprobleme haben, geht es darum, dass wir möglichst allen Menschen tatsächlich auch eine Unterkunft bieten können. Ebenso hat Corina vorhin sehr klar gesagt: Es gibt Menschen, die die Möglichkeit haben oder die an einem anderen Ort eine Unterkunft haben und somit einer Person einen Platz wegnehmen, die keine andere Möglichkeit hat. Und es kann nicht sein, dass man sich dann sozial konkurrenziert. Ebenso steht im Antrag – wer ihn gelesen hat –, es geht um eine Statistik. Statistiken sind Zahlen, die eine Übersicht und eine Transparenz schaffen. Nur dann können wir eben auch darüber sprechen, wie genau wir diese Kapazitätsprobleme verbessern und die Situation lösen können. Ebenso steht weder in diesem Antrag noch im Geschäft des Gemeinderates, dass man sich jetzt nur auf diese Leistungsverträge beschränkt und keine anderen Massnahmen in diesem Bereich mehr ergreift, wenn es um die Lösung der Probleme geht, die wir mit den steigenden Zahlen in der Obdachlosigkeit haben. Das eine tun und das andere nicht lassen. Das heisst, dass wir mit einer besseren Übersicht, mit Zahlen, die sogar auch schon vorhanden sind, mehr Transparenz schaffen, damit wir die Kapazitätsprobleme effizienter lösen können und selbstverständlich im Rahmen des absolut Möglichen möglichst allen und so vielen Menschen wie möglich eine Unterkunft bieten können, die sie benötigen.

Präsident: Für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL-PdA-TIF nimmt die Verpflichtungskredite selbstverständlich an. Wir möchten uns bedanken bei der städtischen Verwaltung, dass sie das Thema so gut behandelt und da in der letzten Zeit vorwärts gemacht hat. Das spricht für eine soziale Stadt.

Ich komme jetzt auch noch auf den Antrag der GLP zu sprechen. Wir finden: Es ist durchaus interessant, solche Statistiken zu sehen. Aber wenn wir dann merken, was der Hintergedanke daran ist, dass es darum geht, Kategorien verschiedenen Menschen zu machen, die verschiedene Anrechte haben – die einen darf man in der Kälte lassen, weil sie ja keine Aufenthaltsbewilligung haben, die anderen nicht –, dann machen wir nicht mit und würden sogar die Organisationen, die die Notschlafstellen betreiben, auffordern: Hört auf, Statistiken zu machen, weil sie gegen die Menschen verwendet werden. Ja, Corina, wir pflichten dir bei: Es gibt tatsächlich einen Fehler im System. Dieser Fehler heisst Armut. Der Fehler heisst nicht verschiedene Pässe der Menschen. Der Fehler im System heisst Enggistein, wohin Leute ganz weit weggeschickt werden, ohne dass sie überhaupt die Möglichkeit haben, hier anzukommen. Es gibt ganz viele Fehler. Der Fehler heisst Wohnungsnot. Selbstverständlich. Das muss angegangen werden und nicht diese Kategorien, mit denen die Leute gegeneinander ausgespielt werden. Darum lehnen wir diesen Antrag ab.

Präsident: Als Einzelvotum, Barbara Keller. Allfällige weitere Einzelvoten könnt ihr anmelden.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Es ist respektlos, wenn hier vorne gesagt wird, die Leute hätten eine zweite Dependance. Geht es euch eigentlich noch? Niemand kommt freiwillig in eine Notschlafstelle, niemand. Glaubt mir, ich habe schon alle Notschlafstellen in der Stadt Bern besucht. Es handelt sich hier um Menschen, die kein Zuhause, kein Geld, keine Sicherheit und oft kein soziales Netz haben. Es geht um akute Hilfe. Es ist weder Aufgabe der Stadt noch des Kantons, hier harte Abschreckung zu betreiben. Wer das fordert, spielt mit Menschenleben, und das ganz bewusst, und erreicht in der Praxis nichts ausser Elend auf unseren Strassen. Wir lassen niemanden erfrieren, denn Menschenwürde gilt für alle.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP), Einzelvotum: Ich weiss nicht, ob ihr die Sprengkraft des ersten Votums der SP mitbekommen habt. Aber ich hoffe sehr stark, es war ein Missverständnis. Denn ich habe bei euch zwischen den Zeilen so verstanden, dass ihr tatsächlich wegen diesem Passus im kantonalen Leistungsvertrag, der Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus aus der Notschlafstelle ausschliesst, bereit wärt, das Geld nicht mehr beim Kanton im Lastenausgleich einzuchargen? Ist das tatsächlich eure Absicht, dass ihr das Geld beim Kanton nicht mehr holen wollt? Aus finanzpolitischer Sicht fände ich das wirklich sehr schwierig. Wir müssen einfach als Stadt das Gesetz vollziehen, wie es ist. Ich kann es gut finden oder schlecht finden. Ich will das hier gar nicht werten. Aber wir sind als Stadt für den Vollzug verpflichtet. Zu der GFL möchte ich gerne sagen, dass wir tatsächlich Kapazitätsprobleme haben und Béatrice Wertli hat es vorhin schon angesprochen: Das steht im Fall im Stadtratsvortrag drin, das habe ich mir nicht aus den Fingern gezogen. Es geht doch darum, dass wir das Geld, das wir einsetzen, so einsetzen, dass möglichst viele Leute oder alle Leute Zugang zu einem Schlafplatz haben. Und wir wollen Nothilfe sicherstellen, dass eben genau die, die sie brauchen, sie bekommen und die, die schon an einem anderen Ort versorgt sind, dort ihren Schlafplatz nutzen. Mein Ziel ist, dass alle Leute, die einen Schlafplatz brauchen, einen haben. Nichts anderes. Ich lasse mir hier auch nichts anderes unterstellen.

Zu den Botschaften, liebes GB: Ich habe nicht gesagt, diese Leute sollen in den Botschaften übernachten. Ich habe gesagt, wir sollten schauen, dass die Botschaften ihre Staatsangehörigen finanzieren, die in den Notschlafstellen übernachten. Das ist ein anderes Argument. Das ist ein finanzpolitisches Argument.

Und jetzt vielleicht noch ganz kurz zum Schluss zu meinem Antrag. Also, ich finde es schon ein bisschen stossend von links, dass ihr einfach bereit seid, komplett auf Transparenz und auf Statistiken zu verzichten, einfach aus politischen Gründen, weil ihr Angst habt, dass euch das um die Ohren fliegt. Es tut mir leid. Also wir versuchen doch hier einfach eine gute Lösung für Leute in einer Notsituation zu finden. Und es wäre, uns etwas unterstellen, wenn ihr das Gefühl habt, dass wir das nicht wollen. Und ich glaube, es ist ganz klar geworden aus meinem ersten Votum heraus, dass wir versuchen, hier eine gute Lösung zu finden. Helft uns doch, die Fehler, die wir haben, zu bereinigen, damit wir ein System haben, das funktioniert, sodass es allen Menschen hier in dieser Stadt gut geht.

Präsident: Als zweiter Einzelsprecher hat Alexander Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe zwei Punkte, die ich gerne ausführen möchte. Der erste ist: Es wird Enggiststein kritisiert. Ich kenne es nicht. Aber man muss klar sehen: Das sind Rückföhrzentren. Die sind abgenommen. Dann haben wir beim

Bund Fachstellen, die schauen, ob die in Ordnung sind. Sind die organisatorisch in Ordnung? Sind die so ausgebaut, dass man dort sein kann? Es kann nicht eine Wunschlösung sein, indem jemand sagt: Ich wäre lieber in Bern im Passantenheim, denn da habe ich die besseren Möglichkeiten am Abend als dort oben. Und das ist für mich ein ganz zentraler Punkt. Das hat nichts mit Menschenverachtung zu tun. Das ist ganz klar. Wir haben hier gesetzliche Vorgaben, die man umsetzen muss. Und dann wurde gesagt, Leute aus EU-Ländern seien aus Kriegsgebieten. Also wir haben Leute aus Portugal, Leute aus Rumänien. Die kann man sehr wohl zurückführen. Ich bin gerne bereit, ein längeres Gespräch zu führen darüber, welches EU-Land heute im Krieg ist, das kriegerische Ereignisse im Rahmen der EU hat. Ich bin gespannt, ich lasse mich nach der Pause aufklären.

Und jetzt komme ich eigentlich zu dem Punkt, der mich veranlasst hat, nach vorne zu kommen. Ich will hier kein juristisches Seminar machen: Aber ihr müsst mal nachlesen, was Nothilfe ist. Nothilfe, ich stütze mich auf den Bundesgerichtsentscheid – damit alle mitschreiben können – BGE 142 I, Seite 6. Dort ist eben klar gesagt, ich zitiere jetzt: "Das Grundrecht gemäss Artikel 12 BV garantiert aber nicht ein Mindesteinkommen. Verfassungsrechtlich gebunden ist nur, was für ein menschenwürdiges Dasein unabdingbar ist und von einer unwürdigen Bettelexistenz zu bewahren vermag. Der Anspruch umfasst einzig die in einer Notlage im Sinne einer Überbrückungshilfe unerlässlichen Mittel in Form von Grundversorgung, um überleben zu können. Und Artikel 12 BV geht weiter und umfasst eine auf die konkreten Umstände zugeschnittene minimale individuelle Nothilfe. Sie beschränkt sich" – gut aufpassen – "auf das absolut Notwendige und soll die vorhandene Notlage beheben. Insofern unterscheidet sich der verfassungsmässige Anspruch auf Hilfe in Notlagen vom kantonalen Anspruch auf Sozialhilfe, der umfassender ist." Und genau das ist jetzt zu entscheiden, meine Damen und Herren. Wenn jemand in Enggistein ein Bett hat, Verpflegung hat, dann kann der vielleicht, wenn das Postauto abgefahren ist, eine Nacht hier in Bern übernachten – wenn er einen schweren Kopf hatte, weil er abgestürzt ist, vielleicht noch 2 Nächte, aber sicher nicht mehr, sicher nicht während Tagen und Wochen – und genau dasselbe für einen EU-Bürger, der keine Berechtigung hat, den man zurückführen kann. Den muss man zurückführen. Dazu kann man nicht einfach – Trial-and-Error – sagen: Jetzt kann er noch den Sommer bleiben, denn er hat jetzt noch jemanden kennen gelernt und daher kann er hierbleiben. Nein, dazu muss man eben mit den Botschaften Kontakt aufnehmen. Und das ist auch die Aufgabe der Sozialbehörde und nicht des kleinen Heilsarmee-Mitarbeiters. Aber den muss man orientieren. Wenn ein Wirt Leute ohne Anwesenheitsberechtigung während Tagen im Hotel übernachten lässt oder wenn irgendwie ein Kollege, den ich von der Mongolei kenne, über 3 Monate in der Schweiz bleibt, obwohl das Visum abgelaufen ist, bekomme ich eine Busse. Dann kann der Feuz nicht sagen: Ich habe es nicht gewusst, er ist jetzt halt 6 Monate geblieben. Das sind die Voraussetzungen. Lest noch einmal: Nothilfe. Und wenn ihr Leuten helfen wollt, die SVP hat das bei Traktandum 5 gemacht, dann müsst ihr auch die Konsequenzen und die Missbräuche bekämpfen. Es wird wahrscheinlich jetzt bei uns mehr Nein geben nach den Voten, die teilweise von den Grünen gehalten wurden, als es zuerst gegeben hätte.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: In meinen Augen verfolgt der GLP-Antrag nur ein einziges Ziel. Menschen nach Herkunft, sprich nach Blut und Geburt, zu unterscheiden, zu kategorisieren und zu priorisieren. Das ist moralisch und humanitär verwerflich.

Ich benutze hierbei bewusst das Wort "Blut", da es sich genau darum handelt. Die Antragstellenden fragen nicht nach dem Aufenthaltsstatus der bedürftigen Menschen, was ebenfalls zu verurteilen wäre. Nein, sie argumentieren mit Kapazitätsengpässen – dafür gibt es historisch übrigens auch andere Begriffe – und wollen Menschen in Bern in hier Geborene und nicht hier Geborene unterteilen. Was so banal – und auch dieses Wort benutze ich bewusst - als technische Statistik daherkommt, liefert erfahrungsgemäss eine Steilvorlage für menschenverachtende Politik. Zuerst grenzen wir Ausländer*innen und Sans-Papiers von Obdach und Würde aus, weil bei diesen Menschen der Konsens leider tief in unsere gesellschaftliche Mitte reicht, was weh tut. Darum meine Frage an euch: Wen wollen wir uns danach vornehmen? Auch in der Gesundheits- und Alterspflege haben wir Engpässe, Kapazitätsengpässe. Was dort? Mich "grüseln" es. Es wurde gesagt, die Ratslinke lehne die Statistik ab. Ja, aber nicht aus politischen Gründen, sondern aus historischer Erfahrung. Und liebe Journalisten, Sie fragen uns ja immer wieder: Die GFL – was ist eigentlich der Unterschied zur GLP? Braucht es sie noch? Einen der ganz grossen Unterschiede seht ihr heute hier.

Präsident: Nächster Einzelsprecher, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Wenn ich rundherum schaue, ich glaube, wir sind alles ausschliesslich Schweizer*innen, vor allem die Mitglieder dieses Rates. Sonst wären wir ja nicht hier. Das macht die Diskussion einiges absurder. Ich hatte das Privileg, als Schweizer im Ausland zu arbeiten, namentlich beispielsweise in Indien. Ich habe dort mal beim Apéro am 1. August jemanden vom Konsulat in Mumbai gefragt: Wenn ich jetzt nach Hause muss, geben Sie mir dann Geld dafür? Und das geht gar nicht so einfach. Das ist ein Riesenpapierkrieg in einer Schweizer Botschaft oder in einem Schweizer Konsulat, bis man überhaupt ansatzweise Geld kriegt. Zuerst wird mal abgeklärt: Gibt es keine Verwandten? Jetzt hier zu erwarten, dass die 80 diplomatischen Vertretungen einfach mal Geld geben, weil jemand von ihnen in Not ist, ist schlicht naiv, völlig unrealistisch. Stellt euch mal den ungarischen Roma vor, der auf der Strasse bettelt. Ich habe schon einige gesehen in unserer Stadt. Denkt Ihr ernsthaft, die ungarische Botschaft würde ihm helfen? Die werden als erstes sagen: Das ist kein Ungar. Nach völkischem Denken der dortigen Regierung ist er das auch nicht. Nach diesem Denken bin ich auch kein voller Ungar, weil ich ein Viertel Jude bin. Seid dahingehend ein bisschen realistisch, was Ihr eigentlich verlangt. Wenn jemand in Not ist, braucht diese Person Nothilfe. Und darum geht es, dass diese Person das von unserer Stadt bekommt – und nicht von jemand anderem.

Präsident: Dann ist es so: Barbara Keller hat eigentlich bereits zweimal gesprochen. Sie fühlt sich aber angesprochen von einem vorgängigen Votum. Ich erlaube ihr, eine kurze persönliche Erklärung abzugeben.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Es wurde gesagt, ich hätte gesagt, dass wir das Geld vom Kanton für diese Leistungen nicht mehr möchten. Das habe ich nicht gesagt. Zum Glück schreibe ich mein Votum immer auf. Ich habe folgendes gesagt: Zwar ist es positiv, dass die Leistungen im Obdachlosenbereich grundsätzlich dem Lastenausgleich zugeführt werden können. Problematisch ist aber, dass Personen ohne geregelten Aufenthalt davon ausgeschlossen sind.

Präsident: Als weitere Einzelsprecherin, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Wenn in diesem Saal verlangt wird, dass bedürftige Menschen in Kategorien unterteilt werden, dann schweige ich nicht, auch dann nicht, wenn man es als Statistik umformuliert, liebe Mitte. Dass es dabei um die Allervulnerabelsten in unserer reichen Stadt geht – ja, ich sage reiche Stadt, denn wir leben in einem der allerreichsten Länder dieser Welt –, das erschüttert mich ehrlich gesagt im Innersten. Und ich finde es unserem Gremium unwürdig. Ich weiss zudem auch nicht, wie man darauf kommt, dass Botschaften für Notschlafstellen zuständig sein sollten – wenn schon, dann wären es übrigens die Konsulate und nicht die Botschaften. Ich war selbst schon konsularische Angestellte, und zwar in einem Land mit grosser Armut. Und ich kann daher nur das Votum meines Vorgängers Szabolcs unterstreichen. Und die Würde des Menschen ist unantastbar.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Wir haben schon viel über die neuen Angebote im Bereich der Wohn- und Obdachlosenhilfe geredet. Wir haben jetzt hier bei diesem Traktandum das Gesamtpaket für 2026-2027, das wir mit diesen Leistungsverträgen verhandeln. Und das zielt ab auf die besonders vulnerablen Personengruppen, darauf, dass wir denen eine Unterkunft bieten können und so die Obdachlosigkeit zu verhindern versuchen. Ich will, bevor ich auf diese Debatte eingehe, einfach noch kurz allen Trägerschaften ganz herzlich danke sagen. Wir arbeiten mit Wohnen Bern schon seit Jahren sehr gut zusammen – die passen ihre Angebote auch immer wieder bedarfsgerecht an –, mit der Heilsarmee, mit der Akib und neuerdings mit dem Verein Rêvesûrs. Vielen Dank an dieser Stelle, engagiert ihr euch. Und vielen Dank, seid ihr so gute und verlässliche Partner*innen für uns.

Zur Diskussion, die heute Abend aufgrund des Antrags betreffend die statistische Erhebung hinsichtlich der Staatszugehörigkeit stattfindet: Als erstes muss ich einige Dinge zurechtrücken und operativ einordnen, bevor ich auch noch politisch auf den Antrag eingehe. Zuerst zu den Fakten: Es gab keine Intervention des Kantons. Das ist eine Zeitungssente, die auch heute wieder in den Medien stand. Vielmehr hat der Kanton Schritt für Schritt in die neuen Ermächtigungen einen neuen Passus eingeführt. Die Erhebung von Kennzahlen, wie sie gefordert sind, wird vom Kanton aber nicht verlangt. Wir erfüllen mit dem Betrieb unserer Obdachlosen-Strukturen den kantonalen Auftrag. Dieser bestimmt also, welche Werte zu erheben sind. Und das, was der Antrag fordert, fordert der Kanton nicht ein. Eine zusätzliche Erhebung wäre nur mit einem administrativen Mehraufwand für die Leistungsanbietenden verbunden. Der ist aber nicht budgetiert und vom Kanton entsprechend des aktuellen Auftrages auch nicht ermächtigt worden. Diejenigen Institutionen, welche im Auftrag der Stadt Bern Obdachlosenhilfe sicherstellen, bieten Menschen in einer Notlage vorübergehend Schutz und Obdach. Sie haben also einen humanitären Auftrag. Und dieser basiert auf den Vorgaben, welche die Bundesverfassung für die Hilfe in Notlagen in Artikel 12, der heute auch schon erwähnt wurde, definiert. Der Artikel 12 der Bundesverfassung gehört zu den Menschenrechten und definiert deren Schutzbereich. Das ist politisch nicht verhandelbar und für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gültig. Das Sicherstellen der Hilfe in Notlagen ist ebenso wenig zeitlich beschränkt. Die Hilfe ist so lange zu erbringen, bis die Notlage beseitigt werden konnte. Das ist auch die Rechtsprechung unseres Bundesgerichtes und die zeigt auch, dass das Recht auf Hilfe in Notlagen nicht beschränkt werden darf, um fremdenpolizeilichen Zielsetzungen zu dienen.

Es ist also nicht so, dass wir uns hier in einem illegalen Bereich bewegen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind gemäss der Bundesverfassung humanitär in der Pflicht. Es stellen sich zusätzlich hinsichtlich der Erhebung von Personendaten in so einem Umfeld, wie der Antrag vorschlägt, auch viele juristische Fragen. Es ist davon auszugehen, dass wir hier einerseits ein Datenschutzproblem erhalten würden. Und falls die Daten für einen fremdenpolizeilichen Zweck verwendet werden sollten, würde dies der Bundesverfassung widersprechen, und wir hätten als Stadt ein Problem. Sicher wäre, dass die anbietenden Institutionen im Falle, wenn es in diese Richtung ginge, diese Statistiken so zu erheben, unter Druck gerieten, Menschen, welche bei ihnen an die Tür klopfen, das Recht auf Nothilfe zu verwehren und sie abzuweisen. Sie müssten immer entscheiden: Darf ich jetzt oder darf ich nicht? Es geht hier um Nothilfe und Menschen, die anklopfen, weil sie in einer Notsituation sind.

Und wir wissen auch, dass eine Ausweispflicht dazu führt, dass die Angebote hochschwelliger werden und Menschen in Not, welche Angst vor fremdenpolizeilichen Massnahmen haben, sie schon gar nicht erst aufsuchen würden. Und das heisst, und das ist jetzt hier der springende Punkt in dieser Diskussion, das wurde heute Abend auch schon mehrmals gesagt: Wir würden Menschen in lebensbedrohliche Lagen bringen, obwohl wir hier ein Angebot haben, um genau dies zu verhindern. Oder das andere Szenario: Noch mehr Leute werden gezwungen, sich auf der Strasse, in den Velostationen, in Hauseingängen oder Tiefgaragen aufzuhalten. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass wir nicht finden, dass das ein menschenwürdiges Umfeld ist für Übernachtungen. Und an diejenigen, die sich vielleicht gerne wünschen, dass diese Menschen gar nicht hier wären, weil sie ja rückgeführt werden sollten: Nur weil ihr euch das wünscht, heisst das nicht, dass sich diese Personen einfach in Luft auflösen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind hier, sie leben hier mit uns in unserer Stadt und auch darüber hinaus. Und es gibt eben keine anderen Notangebote für sie. Diese Strukturen existieren nicht. Und die Vorstellung, ich will das auch noch betonen, dass die Botschaften sich für diese Personen verantwortlich fühlen und ein eigenes Notangebot aufbauen, ist ziemlich realitätsfremd.

Alle Menschen in Not haben Menschenrechte und sie haben ein Recht darauf, dass wir humanitäre Hilfe anbieten. Es ist unsere Pflicht. Und diese Hilfe ist nicht strafbar, sondern notwendig, um ein Minimum an Würde und Sicherheit zu bieten. Und dieser Antrag: Wir können jetzt sagen, es gehe einfach nur um die Erhebung von Daten. Aber ich frage mich, wofür ihr die Daten erheben wollt, wenn ihr daraus nicht irgendwelche Schlüsse ziehen wollt. Vielleicht wollt ihr ja dafür eigene städtische Unterkünfte aufmachen, die nur für illegalisierte Menschen da sind? Ich habe diese Diskussion nicht so interpretiert. Vielmehr zielt dieser Antrag darauf ab, Konsequenzen zu ziehen, wer Zugang zu unseren Nothilfeangeboten hat und wer nicht. Ich bitte euch, diesen Antrag abzulehnen.

Und ich will zum Schluss noch etwas Grundsätzliches festhalten. Es ist gerade in politischen Abwägungen und Diskussionen selten einfach schwarz-weiss. Aber wir leben momentan in einer Zeit, in der sich lange als Konsens verstandene roten Linien am Verschieben sind. Das und die immer breiter abgestützte Entmenschlichung ganzer Personengruppen machen mir Angst. Und es ist jetzt der Zeitpunkt, sich zu entscheiden, auf welcher Seite man steht. Und es ist wiederum eine Frage von schwarz und weiss, wenn wir über rote Linien reden und wenn wir über Menschenwürde reden. Und wollt ihr Teil sein beim Verschieben der roten Linien, Teil sein von Entmenschlichungstendenzen? Oder seid ihr auf der Seite, um dem entgegenzuhalten? Das Einsteigen in eine Logik, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus keinen Zugang zu Nothilfeangeboten erhalten sollen, kann ich nicht anders deuten als das Einsteigen auf eine Verschie-

bung dieser Linien. Und wir reden nicht einfach von einer statistischen Angabe einer Gruppe. Wir reden von Menschen, die teilweise im Alter von 13 Jahren eine lange Reise über das Mittelmeer überlebt haben, hierhergekommen sind, dann in ein Bundesasylzentrum gekommen sind und nach wenigen Tagen, Wochen irgendwo auf dem Gurnigel oder irgendwo unterirdisch untergebracht worden sind, die einen abschlägigen Entscheid bekommen haben, ohne Perspektive hier sind und hier versuchen zu überleben. Und für die gibt es keine Strukturen. Und es kann nicht sein, dass wir hier jetzt sagen: Wir verwehren euch eure Nothilfe. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Offenbar sind wir uns nicht ganz einig, ob das wirklich für alle Menschen genau gleich gilt. Mich macht das ehrlich gesagt ziemlich traurig.

Präsident: Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen als erstes ab über den Antrag, den ihr als Tischvorlage vor euch habt.

Antrag 1

GLP

Die Kredite für die zweijährigen Leistungsverträge 2026–2027 im Bereich Obdachlosenhilfe sind nur unter der Bedingung zu sprechen, dass die Jahresbelegungsstatistik Obdachlosenbereich in den Anhängen der jeweiligen Leistungsverträge um detaillierte Kennzahlen zur Aufenthaltsdauer ergänzt wird. Aus den Daten muss klar ersichtlich sein, wie viele Personen – aufgeschlüsselt nach Herkunft (CH, E, A) – wie viele Nächte, Wochen oder Monate in den jeweiligen Institutionen verbleiben. Die Darstellung soll eine vollständige Verteilung nach Aufenthaltsdauer ermöglichen.

Abstimmung Nr. 001

2025.BSS.0031: Antrag 1

Ablehnung

Ja	18
Nein	45
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Dann stimmen wir ab über das Geschäft des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 002

2025.BSS.0031: Verpflichtungskredite

Annahme

Ja	51
Nein	5
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt. Es ist 18.57 Uhr. Ich verzichte darauf, jetzt noch ein neues Traktandum zu starten. Ich zähle aber auf euch, damit wir wirklich spätestens 20.30 Uhr beschlussfähig sind und starten können. Und ich würde mich persönlich freuen, wenn wir heute zumindest die Hälfte der Traktanden noch schaffen würden.

Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

13.03.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Monique Iseli	Chantal Perriard
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Simone Richner
Natalie Bertsch	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Gourab Bhowal	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Lea Bill	Anna Jegher	Fabian Rüfenacht
Laura Binz	Raffael Joggi	Judith Schenk
David Böhner	Nora Joos	Lukas Schnyder
Laura Brechbühler	Barbara Keller	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Fuat Köçer	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Jelena Filipovic	Christoph Leuppi	Johannes Wartenweiler
Dominik Fitze	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Seraina Flury	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Karel Ziehli
Helin Genis	Szabolcs Mihályi	
Thomas Glauser	Tanja Miljanović	

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard	Carola Christen	Salome Mathys
Mirjam Arn	Stephan Ischi	Esther Meier
Michael Burkard	Nora Krummen	Ronja Rennenkampff

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried SUE	Matthias Aebischer TVS	Ursina Anderegg BSS
--------------------------	------------------------	---------------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2025.SR.0040

7 Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus; Ablehnung

Präsident: Geschätzte Anwesende, wir sind beschlussfähig und haben eine funktionierende Anlage. Entsprechend begrüsse ich euch zur zweiten Sitzung des heutigen Abends. Wir sind bei Traktandum Nummer 7. Es geht um einen Vorstoss zum Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus. Ich informiere euch darüber, dass der Vorstoss in ein Postulat gewandelt wurde. Er bleibt aber vom Gemeinderat bestritten und entsprechend haben die Einreichenden das Wort. Ich weiss nicht, wer das Votum hält. Für die Einreichenden hat das Wort Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Einreichenden: Der vorliegende Vorstoss wurde von Saunanutzenden des Weyermannshaus verfasst. Sowohl ihnen und der JA! ist bewusst, dass der Zeitpunkt für unsere Motion eher ungünstig ist und das Anliegen bereits mit einem Antrag beim Baukredit oder im besten Fall beim Projektierungskredit hätte eingebracht werden müssen. Damit die Nutzenden sich für den Weiterbestand der Sauna einsetzen können, mussten sie aber zuerst über die Schliessung der Sauna Bescheid wissen. Deshalb unser Zuspätkommen im demokratischen Prozess. Nun aber zum Inhalt des Vorstosses. Wir fordern den Gemeinderat auf, explizit im Westen von Bern die Möglichkeit zum Saunieren mit Schwimmen sicherzustellen. Wie bei anderen Service Public-Angeboten hat der Gemeinderat dort einzuspringen, wo keine Privaten ein bezahlbares Angebot ermöglichen. In anderen Stadtteilen mag es stimmen, dass Private bezahlbare Saunawagen oder Jurten betreiben. Im Westen von Bern ist dies jedoch bis jetzt nicht wirklich der Fall. Neben der Sauna im Gäbelbach gibt es kein Angebot, bei dem Menschen für unter 20 Franken saunieren können. Wenn die Sauna im Weyermannshaus wegfällt, ist der Weg von Bethlehem, Bümpliz oder gar Oberbottigen zur nächsten bezahlbaren Sauna – abgesehen von der im Gäbelbach – dann doch relativ weit. Anstatt den kompletten Abbau des städtischen Saunaangebots zu fordern, appellieren wir an den Gemeinderat, zumindest dort einzuspringen, wo kein bezahlbares privates Saunaangebot zur Verfügung steht. Saunieren muss auf dem ganzen Stadtgebiet finanziell zugänglich sein. Gerade für Menschen mit einem kleinen Portemonnaie hat die Stadt passende Angebote zu ermöglichen. Wenn zum jetzigen Zeitpunkt keine Sauna mehr im Weyermannshaus untergebracht werden kann, muss zumindest geprüft werden, ob die Stadt eine Alternative in Form eines Saunawagens im Freibad schaffen kann. Wir wandeln die Motion deshalb in ein Postulat um.

Präsident: Dann könnt ihr euch für die Fraktionsvoten anmelden. Einen schnellen Finger hatte für die Fraktion SVP, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Es kommt fast nie vor, dass ich die Junge Alternative JA! für einen Vorstoss lobe und ihnen auch danke. Vielleicht braucht es etwa 450 000 Parallelwelten, damit das passiert. Und zwar muss ich sagen, dass ich natürlich auch ein gewisses Eigeninteresse habe: Ich lebe seit 1997 in Bümpliz und gehe seit etwa genauso langer Zeit im "Weyerli" in die Sauna. Und ich muss sagen, es ist verrückt, was man da macht. Eine so schöne Sauna, die man vor weniger als zehn Jahren saniert hat. Man könnte sogar fast sagen Luxus saniert. Es gibt dort eine schöne Sauna mit Dampfbad und einem schönen Bereich zum Abkühlen, was toll ist. Ich erinnere mich sehr gerne daran, wie ich mit den früheren Stadtratskollegen Kurt Mäusli und

Walter Christen, beides Gewerkschaftssozis aus Bümpliz, in der Sauna zusammensass und wo wir politisiert haben. Als ich vor rund 30 Jahren die erste Runde gedreht habe – ich war bereits einmal im Stadtrat –, haben wir dort über die Stadtpolitik und auch über Stadtratsvorstösse gesprochen. Also man kann sagen, dass dort eigentlich gelebte Demokratie praktiziert wurde. Natürlich habe ich auch so ein bisschen Stammtischgespräche geführt. Es ist tatsächlich so, wie die junge Alternative sagt: Es ist das einzige günstige Angebot im Westen von Bern. Also ich habe übrigens immer noch Kärtchen, die ich damals gekauft habe. Das ist so ein 10er-Abo, mit dem man für 160 Franken oder 16 Franken pro Eintritt baden gehen und anschliessend in die Sauna gehen kann. Das ist ein ganz klarer Fall, da es sonst eigentlich überhaupt nichts gibt. Da muss ich sagen: Die links-bourgeoisen Stadträtinnen und Stadträte aus den Gebieten, die nicht aus Bümpliz, Bethlehem oder Brünnen kommen, sagen immer: Ja, wir haben natürlich ein Herz für Bümpliz, Bethlehem und Brünnen. Aber wenn es nachher darum geht, dass man dann wirklich mal Farbe bekennen sollte, macht man es natürlich dann offensichtlich nicht. Das ist natürlich jetzt gerade auch ein bisschen ein Angriff in Anführungszeichen meinerseits. Ich weiss, dass ich mich ein bisschen zurückhalten muss. Aber den Sozialdemokraten, die sehr stark in Bümpliz sind, denen sollte es eigentlich bewusst sein. Das ist das Angebot, das man ausüben kann, ohne das Portemonnaie überzustrapazieren oder ohne das man zu tief ins Portemonnaie greifen muss. Zum Beispiel im Vergleich zum Westside ist es schon deutlich günstiger. Ich habe auch noch nachgeschaut: Im Wylerbad hat man die Sauna schon 2015 beerdigt. Das ist erledigt. Das war übrigens früher das gleiche Bad. Im Hirschengraben ist es auch so. Die Sauna ist, glaube ich, seit zwei Jahren nicht mehr vorhanden. Deswegen möchte ich euch allen ans Herz legen, dem Postulat zuzustimmen, damit wir die Sauna erhalten können. Für uns gilt doch Bern West zuerst und nicht zuletzt.

Präsident: Als Nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich glaube, Bernhard, du wirst Freude an meinem Votum haben. Auch wenn ich anders als du denke: Kein Stadtteil darf zuerst kommen, genauso wenig wie kein Land zuerst kommen darf. Wir werden das Postulat aus den Gründen, die du eigentlich auch ganz gut ausgeführt hast, mehrheitlich annehmen. Als Quartierbewohner des Stadtteils 3, quasi dein Nachbar, freue ich mich dann auch, vielleicht den neuen Saunawagen oder was es wird, einmal in Anspruch zu nehmen. Aber das ist eine gute Sache. Wir finden, das muss man prüfen, und wir werden das Postulat mehrheitlich annehmen.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Als Einzelvotum, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich danke den Vorrednerinnen und Vorrednern sowie der JA! für den super Vorstoss. Schade, dass er jetzt in ein Postulat gewandelt worden ist, aber wahrscheinlich hätte er nur so eine Mehrheit gefunden. Ja, die Sauna erachte ich als sehr wichtig für den Stadtteil Bümpliz-Bethlehem. Es ist ein niederschwelliges Angebot, das man so erhalten sollte. Der Preis ist absolut fair, vor allem, wenn man ihn mit anderen Angeboten in der Stadt Bern vergleicht. Wenn ihr zum Beispiel einen Tageseintritt für die Sauna im Schweizerhof löst, dann seid ihr schnell mal bei 60 oder 70 Franken. Im Bernaqua sind es 30 bis 40 Franken. Ihr müsst wissen, dass für viele Leute im Westen von Bern die Sauna essenziell ist. Das ist für viele der kleinste Luxus, den sie sich gönnen können. Viele Leute gehen in die Wellness-Ferien

und machen ein paar Mal Urlaub. Für sie ist das die einzige Möglichkeit, sich wirklich einmal zu entspannen und sich etwas zu gönnen. Darum sagt Ja zum Postulat der JA!.

Präsident: Gibt es weitere Einzelvoten? Als Einzelsprecher, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Es ist selten bei uns über ein Geschäft so diskutiert worden, wie über die Sauna. Es ist eigentlich schön, denn es sagt recht viel aus: Was wollen wir als Stadt machen? Was ist unsere Aufgabe und was nicht? Wir haben in der Fraktion – jetzt mache ich fast ein Fraktionsvotum – verschiedene Meinungen gehabt. Gerade jetzt, da es ein Postulat ist, gibt es viele, die es annehmen werden. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir dafür eine Eis- und Wasserstrategie gemacht haben. Wieso erstellt man eine Strategie, wenn man sie am Ende doch ganz anders umsetzt? Deshalb finde ich, wenn man eine Strategie hat, sollte man die durchziehen. Ich werde dort leider ablehnen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ihr wisst, dass ich kein grosser Sportler bin und auch kein grosser Saunagänger. Ich muss jedoch sagen, dass wir eine Eis- und Wasserstrategie haben, die meiner Meinung nach unvollständig ist. Für mich ist es ein Bedürfnis. Im Hirschengraben habe ich ein paar Mal darum gekämpft, dass im Maulbeerbäd die Sauna bleiben soll. Jetzt hat man das aber abgeklemmt. Im "Weyerli" gibt es eine funktionierende Sauna, die gut ist, die klemmt man ab. Ich sage es jetzt ganz ehrlich: Ich werde wahrscheinlich nie in die Sauna gehen, denn ich bin nicht ein Saunagänger. Ich gehe lieber ins Restaurant, als das ich in eine Sauna gehe. So kennt ihr mich auch. Aber lasst den Leuten doch das, wenn sie dorthin gehen wollen. Es ist in ein Postulat gewandelt worden. Ich danke auch der Linken, die bereit ist, hier diesem Vorstoss zuzustimmen. Mir geht es nicht darum, das hohe Lied des Liberalismus zu singen. Hier geht es darum, der Bevölkerung der Stadt Bern etwas zukommen zu lassen. Darum werde ich hier Ja stimmen. Ich wollte mich zuerst enthalten, jetzt stimme ich aber Ja.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Auch ich habe mir die genau gleichen Gedanken gemacht, die wir gerade gehört haben. Mir ist bewusst, dass das ein Bedürfnis von vielen Saunagängern ist. Es ist die letzte Chance, damit wir das jetzt noch durchbringen können, dass wir eine Sauna haben. Darum werde ich mich für die Sauna entscheiden.

Präsident: Das nächste Einzelvotum kommt von Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Als Phil-1-Absolvent habe ich gut zugehört, was da linguistisch alles abgegangen ist. Ich glaube, ich stimme dann zu, wenn wir der Eis- und Wasserstrategie auch noch den Dampf beifügen. Wenn wir sie Eis-, Wasser- und Dampfstrategie nennen, dann stimmt es. Dann haben wir auch das Problem der Dampfzentrale gelöst. Merci vielmals, danke.

Präsident: Dann hat Ursina Anderegg das Wort für den Gemeinderat.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Mit der Wassersportstrategie hat sich der Gemeinderat bewusst dafür entschieden, keine städtischen Saunabetriebe mehr zu führen. Jetzt nach dieser Diskussion stellt sich mir schon auch die Frage, inwiefern es eine öffentliche Aufgabe ist, einen Gratisstammtisch für schwitzende Spitzenpolitiker subventionieren zu müssen. Der Gemeinderat hat aber auch noch andere Gründe, weshalb er diesen Vorstoss ablehnt. Beispielsweise wollen wir keine städtischen Saunabetriebe mehr weiterführen, da das Besucher*innen-Interesse sehr gering ist, der Kostendeckungsgrad ungenügend und die Personalkosten hoch sind und der Raum in den Hallenbädern begrenzt ist. Das sind Themen, die uns in der Infrastrukturdiskussion beschäftigen. Zudem will die Stadt auch die privaten Anbieter im Sauna- und Wellness-Bereich nicht konkurrenzieren. Im bürgerlichen Lager ist das ja immer ein Argument, das zählt vielleicht jetzt auch noch. Vielleicht kann ich noch ein, zwei Leute umstimmen. Sie stellt daher dort Angebote und Infrastrukturen zur Verfügung, die Private nicht oder nur schwer übernehmen können, beispielsweise ein ganzes Hallenbad. Bei Saunas ist das aber nicht der Fall, wie die vielen privaten Angebote zeigen, die in den letzten Wintersaisons aufgetaucht sind. Es sind vor allem in der Wintersaison sehr viele auch kleinere Vereine mittlerweile mit Saunaangeboten unterwegs. An der Aare kann an verschiedensten Orten sauniert werden. Auch einige Fitness- oder Wellnesszentren bieten Saunas und Dampfbäder an. Darunter hat es durchaus auch kostengünstige Angebote. Wichtig zu erwähnen ist mir hierbei, dass die Stadt – über das Sportamt – private Anbieter*innen von Saunamöglichkeiten gerne dabei unterstützt, wenn es darum geht, einen Platz zu finden und auch den öffentlichen Raum zu nutzen, wie die beliebten Saunajurten in der Lorraine oder der Saunawagen im Camping Eichholz zeigen. Im Bauprojekt Weyermannshaus ist keine Sauna eingeplant. Das Stimmvolk hat dieses Projekt in dieser Form am 9. Februar von diesem Jahr genehmigt. Im Bauprojekt gibt es keine Raumreserven, welche eine nachträgliche Projekterweiterung mit einer Sauna zulassen würde. Daher müsste das Vorhaben in der Planung angepasst werden, was sowohl erhebliche Mehrkosten mit sich bringen würde als auch eine Verzögerung der Realisierung. Deshalb ist der Gemeinderat dagegen. Zudem dürfte es sich bei dieser Erweiterung um eine wesentliche Änderung des Projektes handeln, was eine erneute Abstimmung zur Folge hätte, was wiederum auch einen Zeit- und Kostenfaktor mit sich bringt. Aus all diesen Gründen lehnt der Gemeinderat diesen Vorstoss auch als Postulat zum Erhalt des Saunabetriebs im "Weyerli" ab.

Präsident: Merci vielmals. Wir stimmen somit über den Vorstoss in der Form des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 003

2025.SR.0040:

Annahme als Postulat

Ja	41
Nein	25
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat überwiesen.

2024.TVS.0052

8 Gesamtsanierung Seftausteg; Nachkredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8: Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Gesamtsanierung des Seftaustegs, das heisst den Nachkredit. Ich erteile das Wort für die vorberatende Kommission PVS, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanović (GFL) für die Kommission: Für die Sanierung des Seftaustegs, den wir im April 2024 behandelt haben, wird ein Nachkredit von 875'000 Franken beantragt. Grund sind unerwartete Mehrkosten: 300'000 Franken für eine separate provisorische Brücke für die Werkleitungen. 1,01 Mio. Franken Mehrkosten für die Baufirma aufgrund von Preissteigerungen bei Material und Arbeit plus die hohe Auslastung auf dem Markt. Dann noch 110'000 Franken für zusätzliche Planung und Koordination. Die Gemeinde Bremgarten beteiligt sich mit 540'000 Franken. Für die Stadt Bern bleiben 730'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung und 145'000 Franken zulasten der Stadtentwässerung. Die Kommission PVS empfiehlt mit 10 Ja, bei einer Enthaltung die Annahme beider Kredite.

Präsident: Du darfst das Fraktionsvotum gerne anhängen, denn ich gehe davon aus, dass es Anträge geben wird. Es gibt Diskussionsbedarf. Deshalb kannst du gerne das Fraktionsvotum machen und ihr könnt euch für weitere Fraktionsvoten anmelden.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Die Fraktion GFL steht diesem Geschäft kritisch gegenüber. Dies liegt weder an der Brücke selbst noch primär an der Anbieterin, auch wenn der verlangte Preis aus unserer Sicht deutlich zu hoch ist. Aber so funktioniert der sogenannte freie Markt: Angebot und Nachfrage, Fairness ist optional. Was uns aber zunehmend stört, ist dieses ewige gleiche Muster. Man wartet mit Sanierungen, bis es nicht mehr anders geht und dann muss es auf Teufel komm raus sofort sein. Dabei fallen regelmässig hohe Mehrkosten an und Teilprojekte können teilweise nicht mehr koordiniert werden, wie beispielsweise bei der Lorraine-Brücke. Manchmal bleibt keine Zeit für eine neue Ausschreibung mehr, wie hier beim Seftausteg. Da muss die Kröte geschluckt werden, egal wie gross sie ist. Das ist ärgerlich und letztlich auch nicht besonders demokratisch. Wir setzen in diesem Parlament viel Gutes um. Aber manchmal ist es eben auch ein bisschen wie bei den Teletubbies: Winke, winke und durch – egal, ob ein Geschäft wirklich gut geplant, finanziert oder koordiniert ist.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten zu diesem Geschäft? Dann hat das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben gar nichts gegen den Seftausteg, dass man den sanieren muss. Den Seftausteg braucht es auch. Als wir im Vortrag von diesen Problemen gelesen haben, war es wirklich so, dass ein Unternehmen seine Offerte eingereicht hat, die anderen haben keine eingereicht bzw. wollten keine einreichen. Bei diesen Kosten – kleine Beträge sind mir relativ gleichgültig – war die Fraktion dieses Mal doch der Meinung, dass man eine Rückweisung machen und prüfen sollte, ob wir ein günstigeres Projekt machen können. Es geht auch um grosse Beträge. Es kann dann durchaus auch so sein. Wie ihr seht, verrete ich hier keine extreme Kampfposition und ich sage nicht, dass es eine Katastrophe ist. Ich weiss, dass es beim Bauen manchmal passieren kann. Es kann sein, dass man das sagen würde. Dann ha-

ben wir auch von anderen Leuten gehört, dass es allenfalls teurer werden könnte. In diesem Fall müssten wir wiederum eine Rückfallposition einnehmen. Aber ich bin einfach der Meinung, diese Kosten können wir dem Steuerzahler gegenüber nicht verantworten. Wir können ihm nicht erklären, warum wir bei diesen Mehrkostenüberschreitungen einfach eine Carte Blanche geben. Andere Unternehmen haben gesagt, dass es vielleicht eben dann wieder anders herauskommen könnte. Deshalb sind wir auch der Meinung: Ihr wisst, eine Rückweisung bedeutet nicht, dass die Brücke 15 Jahre weg ist. Der Gemeinderat kann dann rasch wiederkommen, kann die Sachen ausschreiben und dann können wir sie wieder sanieren. Aber ich finde, so leichtfertig dürfen wir mit dem Geld des Steuerzahlers nicht umgehen. Ihr seht, wie wir es formuliert haben: "...ein günstigeres Projekt vorzulegen, dabei zu prüfen, verschiedene Unternehmungen anzuschreiben, respektive zur Offertstellung einzuladen." Wenn man dann sieht, dass es nicht geht, dann akzeptieren wir das auch. Dann müssen wir das so machen. Da sich die Stadt Bern aber immer wieder so vorführen lässt, bin ich – obwohl ich ein grosses Herz für Unternehmer habe – im Sinne eines Wettbewerbs und eines sorgfältigen Umgangs mit Steuergeldern der Meinung, dass der Rückweisungsantrag in seiner jetzigen Form sinnvoll wäre. Ihr seht, was wir geschrieben haben. Es rächt sich einfach, dass wir nur ein Angebot haben, deshalb bitte ich, dem zuzustimmen. Ihr seht, ich nehme keine Kampfposition ein. Aber einfach bei diesen Kosten sollte "reculer pour mieux sauter" angestrebt werden. Es geht hier nicht um 10% oder 20%, da würde ich nichts sagen, da wäre ich nicht einmal nach vorne gekommen. Hier bin ich jedoch der Meinung, dass wir es schuldig sind, die Abklärungen zu unternehmen.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass der Seftausteg saniert werden und der Bevölkerung für die nächsten 30 Jahre zur Benutzung zur Verfügung gestellt werden soll. Deshalb werden wir den Kreditantrag annehmen. Aber mit einem grossen Aber: Als der Baukredit vor anderthalb Jahren im Stadtrat angenommen wurde, war bereits bekannt, dass die Marktlage sehr angespannt ist und die Unternehmungen, welche solche Brückensanierungen vornehmen können, stark ausgelastet sind. Dies hätte man bereits damals bei der Berechnung des Kreditantrages berücksichtigen müssen. Auch das Argument, dass, weil nur eine Firma eine Offerte eingereicht hat, die Kosten höher sind, greift nicht. Denn gemäss Beschaffungsgesetz dürfen die Firmen nur eine Offerte machen. Es dürfen keine Angebote gemacht werden. Da die einzige Firma, welche die Offerte eingereicht hatte, nicht wissen konnte, dass keine anderen Unternehmen ein Angebot abgeben werden, hat sie die bestmögliche Offerte eingereicht. Unabhängig, wie viele andere Offerten es noch gegeben hätte. Der Offertenpreis ist somit der gleiche und ob es günstiger Angebote gegeben hätte, ist reine Spekulation. Für uns ist es deshalb nicht ganz nachvollziehbar, dass jetzt die Sanierungskosten mehr als doppelt so hoch sein sollen wie vor eineinhalb Jahren. Was ist das Wichtigste bei einer Brücke? Ich glaube, da sind wir uns in diesem Saal alle einig, nämlich die Tragfähigkeit und die Statik. Für uns ist es deshalb schwierig zu verstehen und auch ein bisschen fahrlässig, dass bei einem Brückensanierungsprojekt nachträglich festgestellt wird, dass die Statik ungenügend ist. Da läuten bei uns die Alarmglocken. Dafür möchten wir nicht der Verwaltung die Schuld zuweisen, denn sie hat sich von Externen beraten lassen. Aber wir wünschen uns, dass die Verwaltung die Analysen und Berichte von Dritten besser hinterfragt, dass sie mehr Mut und Zivilcourage hat, um bei den wichtigsten Punkten kritisch hinzuschauen und unbequem zu sein. Mit anderen Worten, die Fraktion der FDP unterstützt dieses Geschäft inhaltlich,

aber mit dem Prozess und den Begründungen der Mehrkosten ist sie nicht ganz einverstanden. Den Antrag der SVP lehnen wir ab, obschon er uns eigentlich sympathisch ist. Aber uns fehlt der Glaube, dass man eine günstigere Lösung finden kann. Merci.

Präsident: Als Nächstes – mit dem schönsten T-Shirt des Abends – für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Lieber Stadtratspräsident, danke für die Blumen. Bis zum bitteren Ende, das ist das Motto für heute Abend. Ich werde nicht alles wiederholen, was Thomas jetzt und die anderen vorher schon gesagt haben und was ich auch in meinem Votum vorbereitet habe. Aber das muss ich nicht noch einmal aufwärmen. Wir werden dem aus 2 Gründen zustimmen: Erstens gibt es wirklich keine andere Option. Dass es wirklich günstiger kommt, wenn man es noch einmal ausschreibt, kann man sich, glaube ich, nicht vorstellen. Man muss sich auch vorstellen: Wenn man jetzt nochmal ein neues Projekt machen will, dann gibt es nochmals Kosten, die dann entstehen, etc. Es ist aber doch unschön, wenn plötzlich solche Kosten daherkommen. Aber das ist leider so und nobody is perfect. Das Ziel ist, dass man aus solchen Projekten lernt, und darum werden wir den Antrag der SVP ablehnen und diesem Kredit zustimmen.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich habe eigentlich nichts mehr inhaltlich hinzuzufügen, weil die letzten zwei Voten wirklich hervorragend waren. Auch wir werden dem zustimmen und die Rückweisung nicht annehmen.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecherin Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Werte Anwesende, nur ganz kurz. Ich kann mich noch an die Debatte erinnern, als wir den Ausführungskredit freigegeben haben. Der Antrag lautete, dass man unbedingt Schrauben statt Nieten verwenden müsse, da dies viel günstiger sei. Ich habe es jetzt ein bisschen verpasst, aber ich hätte eigentlich den Antrag machen sollen, dass man wieder Nieten statt Schrauben reinnehmen könnte. Denn auf das kommt es nämlich jetzt auch nicht mehr darauf an. Ich lasse es jetzt sein, aber aus denkmalpflegerischer Sicht wäre es schöner gewesen, die Nieten zu machen. Wenn ihr das nächste Mal so Anträge macht, denkt daran, es könnte sonst auch noch Nachträge geben, Merci.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ursula Stöckli, ich glaube, das war beim Schönausteg, wenn ich mich nicht täusche. Okay, aber ich weiss noch, dass dieser Punkt dort auch diskutiert wurde. Aber vielleicht trotzdem kurz zum Seftausteg: Mir wurde von der Gemeinde Bremgarten zugetragen, dass es vermutlich günstiger gekommen wäre, einfach einen neuen Steg zu bauen. Aber das geht wahrscheinlich nicht wegen der Denkmalpflege. Ich finde jetzt ehrlich gesagt, dass das so ein Ministeg ist, dass man da vielleicht mal hätte ein denkmalpflegerisches Auge zudrücken können. Zum Offenverfahren ist es halt auch so, dass es gewisse Hinweise gibt, dass die Firma technisch wusste, dass sie der einzige Anbieter ist und den Preis nach oben treiben konnte.

te. Da ist dann eben wirklich die Frage, wie die Stadt auf das reagiert. Ob man einfach hätte warten und den Steg sperren sollen. Ich weiss auch nicht, was die Lösung gewesen wäre. Es ist aber sicher wieder ein eher unrühmlicher Fall und erinnert mich auch etwas an eine andere Episode, ein anderes Projekt, nämlich an die schöne Grasburg. Da haben wir auch noch Geld hinterhergeworfen, weil es dann nicht gut genug war und so. Ich glaube wirklich, die Stadt muss da ein Auge darauf halten, dass sie die Kosten im Griff behält.

Präsident: Merci, dann hat jetzt das Wort für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich versuche noch einmal ein bisschen zu ordnen, damit Sie wissen, um was es geht. Die Gesamtanierung des Seftaustegs kostet fast doppelt so viel, als ursprünglich geplant. Das haben Sie von Tanja Miljanovic gehört. Das ist unschön, ist aber leider kaum zu vermeiden. Vor eineinhalb Jahren haben Sie einen Kredit von 1,5 Mio. Franken bewilligt und nun müssen wir einen Nachkredit von 875'000 Franken beantragen. Dies aus zwei Gründen: Sie haben das ein bisschen mitbekommen. Der eine war so nicht vorhersehbar, der andere hat mit der aktuellen Marktsituation im Korrosions- und Metallbausektor zu tun. Aus statischen Gründen können wir die Leitungen nicht der Brücke anhängen, sondern müssen neben dem Steg eine separate Werkleitungsbrücke erstellen. Das war für uns bei Projektbeginn nicht vorhersehbar und hat nun deutliche Mehrkosten zur Folge. Der zweite Grund ist die Situation auf dem Markt. Auch das haben Sie gehört, ging doch bei uns nur eine einzige Offerte ein. Eine Situation, die wir auch bei anderen Projekten erleben. Dieser ausgedünnte Markt treibt die Preise in die Höhe – gerade im Metallbausektor eben. Das hat nicht nur für uns finanzielle Folgen. Somit komme ich zum Rückweisungsantrag der SVP. Aufgrund des Auftragsvolumens mussten wir die Arbeiten öffentlich ausschreiben, das mussten wir tun. Das haben wir vor gut einem Jahr gemacht und es gab, wie gesagt, nur eine einzige Offerte. Weil wir bei der Sanierung des Schönausstegs eine ähnliche Situation erlebt haben, entschieden wir uns, die Arbeiten nicht noch einmal auszuschreiben. Es bestünde sogar das Risiko, dass mögliche Angebote noch höher ausfallen würden als das aktuelle, und das wäre sicher nicht im Sinne des Antrags der SVP, im Gegenteil.

Präsident: Merci, dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über den Rückweisungsantrag.

Antrag 1

SVP

Rückweisung:

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, dem Stadtrat ein günstigeres Projekt vorzulegen, dabei zu prüfen, verschiedene Unternehmungen anzuschreiben, respektive zur Offertstellung einzuladen.

Abstimmung Nr. 004

2024.TVS.0052: Antrag 1

Ablehnung

Ja	5
Nein	63
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Somit stimmen wir über den Nachkredit ab.

Abstimmung Nr. 005

2024.TVS.0052

Annahme

Ja	63
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2025.SR.0329

9 Farbsack-Abfuhr: Verzicht auf die Einführung und Beendigung des Pilotversuchs

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 9 und 10, die wir gemeinsam behandeln. Traktandum 9, Sachgeschäft: "Farbsack-Abfuhr: Verzicht auf die Einführung und Beendigung des Pilotversuchs" sowie Traktandum 10, Sachgeschäft mit fakultativem Referendum: "Container-Pflicht angepasstes Konzept und Kredit." Ich kann euch bereits bekannt geben, dass wir bei Traktandum 10 punktweise über die einzelnen Anträge des Gemeinderats, wie sie im Vortrag genannt sind, abstimmen werden. Für die vorberatende Kommission PVS hat für beide Geschäfte das Wort, Tanja Miljanovic. Tanja Miljanovic dürfte theoretisch jetzt 25 Minuten reden.

Tanja Miljanović (GFL) für die Kommission: Zuerst zum Farbsacksystem: Der Gemeinderat beantragt, auf die stadtweite Einführung des Farbsacksystems zu verzichten. Der entsprechende Pilotversuch wurden von Juni 2022 bis März 2025 in den Stadtteilen 3, 4, 5 und 6 durchgeführt. Ziel war es, recycelbare Wertstoffe direkt im Haushalt getrennt zu sammeln. Die Bevölkerung bewertete den Versuch zunächst mehrheitlich positiv oder sehr positiv. Nach Einführung der Sackkosten im April 2024 ging aber die Nutzung sehr stark zurück. Die Teilnahmequote fiel unter 10%. Auch ökologisch und ökonomisch blieb das Projekt hinter den Erwartungen zurück. Die Ökobilanz wäre nur bei einer Beteiligung von über 20% positiv ausgefallen. Die jährlichen Zusatzkosten wurden auf 1,4 Mio. Franken geschätzt. Und der Preis pro Sackrolle, um das ganze System kostendeckend betreiben zu können, die wären so zwischen 55 und 110 Franken pro Rolle. Eine technische Umsetzung wäre an sich immer noch möglich, aber aufgrund der geringen Akzeptanz und der hohen Kosten ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass er das System so nicht realisieren kann und möchte den Pilotversuch per Ende März 2026 beenden.

Nun zur Container-Pflicht: Hier beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Konzept zur Einführung einer angepassten Container-Pflicht in den Stadtteilen 2 bis 6 im Grundsatz zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig die Umsetzung sowie die Ausarbeitung einer neuen Teilrevision des städtischen Abfallreglements in Auftrag zu geben. Verfolgt wird – wie der Gemeinderat schreibt –, ein pragmatischer, gestaffelter Einführungsansatz in zwei Phasen. Die Phase 1 beginnt ab dem ersten Quartal nächstes Jahr mit einer freiwilligen, unentgeltlichen Ausstattung von Privatliegenschaften mit geeigneter In-

frastruktur. Für diese erste Phase beantragt der Gemeinderat zwei Kredite: Zunächst einmal 1 Mio. Franken als Verpflichtungskredit für die Umsetzungsplanung und die Erarbeitung des neuen Reglements mit den folgenden Eckwerten: die Container-Pflicht für Kehrlicht und Papier-Karton, eine Ersatzabgabe für Liegenschaften, bei denen keine Container-Lösung möglich oder gewünscht ist, die Definition von privaten und öffentlichen Stand- und Bereitstellungsplätzen und eine abgestufte Einführung mit abgestimmtem Abfuhrhythmus. Gleichzeitig beantragt der Gemeinderat 1,1 Mio. Franken als Investitionskredit für die freiwillige unentgeltliche Abgabe von Containern an Privatliegenschaften mit geeigneter Infrastruktur. Damit wäre die erste Phase quasi abgeschlossen und in der Phase 2 ab Sommer/Herbst 2026 sollen die neuen Kredite für die Umsetzung und die Teilrevision des Abfallreglements in den Stadtrat kommen. Das ist notwendig, weil das angepasste Konzept nicht kompatibel ist mit der 2021 beschlossenen, aber nie in Kraft gesetzten Reglementsänderung. Darum braucht es eben diese Teilrevision, die dann noch einmal hier in den Stadtrat kommt. Auf dieser Grundlage, also diesem Abfallreglement, das wir dann hier vermutlich verabschieden werden, wird es verschiedene Verordnungen des Gemeinderates geben. Dazu gehören vor allem die Staffelung der Einführung, die Höhe und die Staffelung der Ersatzabgabe, die Übergangsfristen, die Ausnahmen und der Umgang mit städtebaulich oder denkmalpflegerisch anspruchsvollen Fällen. Der Stadtteil 1 ist nicht Teil dieses Konzepts. Die Gesamtkosten für die Umsetzung, also über diese zwei Phasen hinaus, werden auf 6,5 Mio. Franken geschätzt. Damit kommen wir eigentlich schon ein bisschen zur Zusammenfassung der Kommissionsdiskussion. Die Kommission hat beide Geschäfte – Farbsack und Container-Pflicht – differenziert und mehrheitlich eigentlich positiv beurteilt. Beim Farbsacksystem wurde der Aufwand von 3,5 Mio. Franken kritisiert, der in ein letztlich gescheitertes System floss. Der Verzicht wurde jedoch mehrheitlich als folgerichtig und auch konsequent gewertet. Die Abstimmung erfolgte einstimmig. Die Container-Pflicht an sich hat zu mehr Diskussionen geführt. Das neue Konzept wurde mehrheitlich begrüsst, insbesondere wegen den Vorteilen, wie wir es eigentlich schon von Anfang an hatten, also Arbeitsschutz, Sauberkeit und Alltagstauglichkeit. Aber einzelne Mitglieder äusserten Vorbehalte gegen eine Pflichtlösung und plädierten für mehr Anreize. Wir haben auch über die Standortfrage diskutiert, also wo die Container prioritär aufgestellt werden sollen: auf den Trottoirs oder im Strassenraum. Dabei haben wir auch den erforderlichen Platzbedarf erörtert. Da hat eine Kommissionsmehrheit beschlossen, dass die Verwaltung und der Gemeinderat nun prüfen sollen, dass die öffentlichen Standorte priorisiert werden und wie man das verankern kann, ohne zu überregulieren. Wir haben auch über die Ersatzabgabe und ihre soziale Gerechtigkeit gesprochen oder über die Möglichkeit der Kostenabwälzung auf die Mietenden. Pro Wohnung würde das, falls jetzt der Vermieter nicht mitmacht, 35 bis 50 Franken etwa zusätzlich im Jahr kosten. Dann gab es noch verschiedene praktische Fragen zur Umsetzung bei engen Platzverhältnissen, Bäumen oder Fassaden, aber die Verwaltung verwies auf bestehende Richtlinien und die Bereitschaft zu einzelfallspezifischen Lösungen. Das Fazit ist: Die Kommission unterstützt das zweistufige Vorgehen mehrheitlich mit der Erwartung, dass die Umsetzung transparent, sozialverträglich und mit Augenmass erfolgt. Der Bericht wurde mit 7 Ja, 3 Nein und einer Enthaltung zur Kenntnis genommen. Das neue Konzept mit 10 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme angenommen und die Kredite wurden mit 8 Ja, 2 Nein und einer Enthaltung angenommen.

Präsident: Du kannst gerne das Fraktionsvotum anhängen und alle weiteren dürfen sich anmelden.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion begrüsst, dass das Farbsacksystem abgeschossen wird. Uns tut es lediglich mit Blick auf das städtische Portemonnaie etwas leid, dass der Stadtrat nicht bereits vor einem Jahr unserem Antrag, das Farbsackprojekt sofort zu beenden, gefolgt ist. Dann hätten wir jetzt das gleiche Resultat, aber mehrere 100'000 Franken mehr im Beutel statt im Sack. Die allgemeine Container-Pflicht begrüssen wir, solange sie pragmatisch und mit mehr Fingerspitzengefühl und Flexibilität als bisher umgesetzt wird. Das konische Design der kleinen Container ist für die 17-Liter-Säcke nicht optimal ausgelegt. Die Säcke liegen schräg und beanspruchen beinahe das doppelte Volumen, sodass ein Vierfamilienhaus mit dem kleinen Container sowohl mit den 17 als auch mit den 35 Liter Säcken an die Grenzen gelangt. Der grössere Container aber wird es in vielen Quartieren nicht durch das Gartentor schaffen, auch dort, wo ich wohne zum Beispiel. Wir sehen bei vielen anderen operativen Punkten eigentlich auch noch deutliches Potenzial und hoffen deswegen, dass der Gemeinderat den versprochenen Pragmatismus und die Flexibilität tatsächlich auch lebt.

Präsident: Merci, dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion AL-PdA-TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL-PdA-TIF-Fraktion begrüsst an und für sich, dass es bei den Containern vorwärts geht und auch, dass das abgetrennt wurde vom Farbsacksystem. War es nicht zuletzt unser Rückweisungsantrag, den wir dann modifiziert haben, der diese Trennung vollzogen hat? Wir sind gerne das willige Werkzeug des Gemeinderates, wenn es sein muss. Jedenfalls wundern wir uns. Deshalb haben wir eigentlich die punktweise Abstimmung beantragt. Wir fragen uns, wieso man jetzt 1,1 Millionen für Container ausgeben muss, die man dann privaten Eigentümern überlässt, damit diese ihre Container vielleicht doch noch benutzen. Also ich meine, es muss sowieso letztendlich für alle die gleichen Regeln gelten, meinetwegen mit Ausnahmen. Aber dass man jetzt hier eine Million und mehr in die Hand nehmen will, um Leute, die wahrscheinlich nicht motiviert genug sind, sich selbst einen zu kaufen, dazu zu bringen, einen zu benutzen und ihn nicht einfach ins Haus zu stellen, wenn man ihnen einen kostenlosen Container gibt, erschliesst sich uns irgendwie nicht. Also wir finden das trotzdem eine ziemliche Stange Geld und deshalb wird unsere Fraktion den zweiten Kredit von 1,1 Mio. Franken ablehnen und wir würden euch einladen, dasselbe zu tun.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Nora Joss.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: Angesichts der langen Vorgeschichte dieser beiden Geschäfte ist es sinnvoll, dass nun die Container-Pflicht und die Farbsackabfuhr separat weiterverfolgt oder eben gerade nicht weiterverfolgt werden. Zum Farbsack-Trennsystem: Schon von Beginn weg war nicht eindeutig, ob die Einführung des Farbsack-Trennsystems einen ökologischen Nutzen hat. Es wurde angenommen, dass durch die Reduktion von Privatfahrten zu den Entsorgungshöfen und dem Recycling des Kunststoffes CO₂-Emissionen eingespart werden können. Sicher war die Prognose jedoch nicht. Aufgrund der grossen Unsicherheiten bezüglich des ökologischen Nutzens begrüsst die GB-JA!-Fraktion, dass auf die Einführung der Farbsackabfuhr vorerst verzichtet wird und sich die Stadt auf das Essenzielle konzentriert. Auf die Einführung der Container-Pflicht. Im Gegensatz zum Farbsack-Trennsystem ist der Nutzen von Containern klar. Jeder Container verbessert längerfristig die Gesundheit der Arbeitenden

von Recycling und Entsorgung Bern, da im Arbeitsalltag weniger schwere Müllsäcke aufgehoben werden müssen. Die GB-JA!-Fraktion stimmt deshalb der Umsetzung der Container-Pflicht zu. Es ist gut, dass die Verwaltung seit der letzten Abstimmung nochmals über die Bücher gegangen ist, und die gesetzlichen Randbedingungen erneut im Detail geprüft haben. Die zweiphasige Einführung sowie die Ersatzabgabe sehen wir als gute Vorgehensweise, um möglichst viel beim Gesundheitsschutz zu verbessern. Bezüglich Stand- und Bereitstellungsplätze der Container: Wir hoffen, dass möglichst viele Containerplätze im privaten Raum untergebracht werden können. Bei Containerplätzen im öffentlichen Raum sind diese prioritär im Strassenraum unterzubringen und nicht auf dem Trottoir. Es darf nicht sein, dass wir in der ganzen Stadt flächendeckend aufgrund der Einführung der Container-Pflicht eine Verschlechterung der Fusswege haben und uns vom städtischen Ziel eines hindernisfreien öffentlichen Raums, wieder weiter entfernen. Der Gemeinderat muss sicherstellen, dass trotz Container-Pflicht Menschen mit Seh- oder Gehbehinderung sich zukünftig noch sicherer zu Fuss fortbewegen können. Wir verstehen, dass die Verwaltung in Anbetracht der zahlreichen Vorgaben eine gewisse Flexibilität benötigt. Die Entscheidung, ob öffentliche Containerplätze im Strassenraum oder auf dem Trottoir untergebracht werden, ist jedoch eine politische Entscheidung. Der Masterplan "Fussverkehr" und die Energie- und Klimamassnahme, welche vorsieht, die Hälfte der Parkplätze abzubauen, zeigen jedoch klar, öffentliche Containerplätze sind auf Kosten von Parkplätzen oder von MIV-Flächen zu bauen und nicht auf Kosten des Langsamverkehrs. Wir nehmen die beiden PVS-Anträge entsprechend an. Es ist zu prüfen, wie die Forderungen im Abfallreglement aufzunehmen sind. Die SVP-Anträge lehnen wir alle ab. Sie wurden nicht in der Kommission diskutiert und es scheint uns, als wurde wild nach möglichen Gründen gesucht, um die Containereinführung zu verhindern. Aus Sicht der GB-JA!-Fraktion ist die Containereinführung aufgrund des Gesundheitsschutzes der Mitarbeitenden notwendig. Wir sind gespannt auf das überarbeitete Abfallreglement und wie die Umsetzung der Container-Pflicht im Detail ausgestaltet wird. Wir fordern, dass der Gemeinderat seine Ziele bezüglich hindernisfreien Raums, Förderung des Fussverkehrs und Parkplatzabbau einhält.

Präsident: Als Nächstes folgt Janosch Weyermann mit dem ersten Teil des Fraktionsvotums der SVP.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion begrüsst den Verzicht auf die Einführung sowie die Beendigung des Pilotversuchs dieses unsäglichen Farbsack-Trennsystems. Wir gehörten von Anfang an zu den Kritikern. Man hat uns damals ausgelacht und nicht geglaubt. Wir haben immer gesagt, dass das Konzept nicht aufgehen kann. Jetzt 5 Jahre später stellt man fest, es geht wirklich nicht auf und man hat einfach wieder einmal Millionen ausgegeben, bis man darauf gekommen ist, dass man das wirklich nicht umsetzen kann. Man hat damals leider auch der Stimmbevölkerung nicht reinen Wein eingeschenkt, was eben die Umsetzung anbelangt, dass dort noch einige Hürden sind oder eben unüberwindbare Hürden, was wir schade finden. Aber wir sind froh, kommt die Geschichte jetzt endlich zu einem Ende. Nichtsdestotrotz, offenbar hat es nicht gereicht, dass man das Konzept nicht umsetzen konnte, man will jetzt wieder etwas Neues machen. Man will jetzt die Container-Pflicht einführen. Man will in der ganzen Stadt so eine Container-Wüste schaffen, in dem man quasi vor jeder Liegenschaft so einen widerlichen Container – ich kann es fast nicht anders sagen – platziert. Und so verschandelt es eigentlich ein bisschen das Stadtbild, was ich schade finde. Unsere Fraktion fände es viel besser, wenn man viel mehr Quartiersammelstellen

mit diesen Unterflurböden oder Sammelstellen macht, damit die Leute ihren Abfall dort entsorgen können. Dann hätte man auch nicht so viele Abfallsäcke vor den Häusern. Das wäre viel angebrachter und sinnvoller. Dann müssten auch die Mitarbeitenden von "Entsorgung und Recycling Bern" die Abfallsäcke nicht mehr hochheben. Wir lehnen die jetzt beantragte Container-Pflicht mit dem Kredit und einer entsprechenden Anpassung beziehungsweise Teilrevision des Abfallreglements daher klar ab. Uns erschliesst sich auch nicht ganz, wie das mit dem Gleichheitsgebot vereinbar sein soll, wenn beispielsweise der UNESCO-Perimeter plötzlich ausgenommen wird. Dann hat jeder, der ein Haus in der Altstadt hat, einfach einen Jackpot. Alle anderen können nachher einen Container hinstellen. Die Absurdität liegt eigentlich darin – wenn ihr im Vortrag unter Szenario 3 schaut –, dass selbst jemand, der eine Liegenschaft hat und einen Container aufstellen will, aber die baulichen Massnahmen es einfach nicht erlauben, künftig eine solche Abgabe zahlen müsste. Was ja wirklich völlig absurd ist, denn selbst jemand, der gewillt wäre, muss zahlen. Das passt nicht. Darum sind wir hier auch schon in den Startlöchern, um das Referendum zu ergreifen, wenn die Vorlage dann offenbar nächstes Jahr kommen soll, weil es auch eure Wählerinnen und Wähler trifft. Es wurde auch angesprochen, dass, wenn jemand keinen Container dazustellen, die Kosten einfach auf die Mieten abgewälzt werden. Ihr seid diejenigen, die Jahr für Jahr mit den gleichen Parolen in die Wahlen zieht: Günstige und bezahlbare Wohnungen. Und darum müsst ihr hier eigentlich auch ganz klar Nein stimmen und nicht Ja.

Präsident: Zweiter Teil des Fraktionsvotums, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke meinem Vorredner. Es gibt einen Spruch: "Alter Wein in neuen Schläuchen." Ich würde sagen, das, was wir jetzt vor uns haben, ist Essig. Zum Glück verfolgt man die Abfalltrennung nicht mehr weiter. Aber an dieser Container-Pflicht hält man fest. Das habe ich vor vier oder fünf Jahren schon gesagt: In Neubauquartieren sind Container eine saubere und gute Lösung. In alten Quartieren, also nicht nur in der Altstadt, sondern beispielsweise auch in der Optingenstrasse, habt ihr teilweise eben keine Vorgärten. Es sind zwar herrschaftliche Häuser, aber ihr habt keine Vorgärten. Da könnt ihr gar keine Container hinstellen. In der Jubiläumsstrasse im Kirchenfeld sind die Vorgärten oberhalb des Trottoirs und im unteren Teil könnt ihr es auch nicht machen. Und deshalb bin ich auch der Meinung, dass das der völlig falsche Ansatz ist. Ich habe es damals schon vor vielen Jahren gesagt, als die Quartierkommission Stadtteil 4 beim Migros im Egghölzli ein Ersatzstandort für einen Container gesucht hat. Die Quartierkommission hat anderthalb Jahre gesucht, denn niemand wollte den Containerplatz vor dem Haus haben. Das sind genau die Probleme, die wir haben. Deshalb haben wir einen ganz einfachen Antrag und wenn wir den durchbringen, haben wir die ganze Sache erledigt. Die Container-Pflicht ist auf Neubauquartiere zu beschränken. Wenn man das so gemacht hätte, hätten wir all diese Probleme nicht. Das habe ich damals auch dem Hauseigentümerverband gesagt. Leider hat er die Parolen dann nicht unterstützt und sich neutral verhalten. Ihr müsst auch nicht meinen, dass die Leute nachher, wenn sie den Kehricht nicht mehr abends oder morgens rausstellen müssen, der alten Nachbarin helfen, wenn sie um 7.15 Uhr bittet ihren Abfall runterzubringen. Das, wenn sie auf den Bus oder auf den Zug nach Zürich müssen. Da wird man wahrscheinlich auch nicht eine grosse Unterstützung haben. Deshalb bin ich auch aus Gründen der Barrierefreiheit und des Ortsbildschutzes dagegen, das habe ich euch immer gesagt. Die Stadt hat sich völlig überrascht gezeigt, dass die Denkmalpflege Einwände dagegen hat. Ich habe das in meinen Anträgen schon früher immer gesagt. Eine Container-Pflicht ist sehr störend, und zwar nicht nur

in der Altstadt, sondern auch in anderen Gebieten. Wir sind davon überzeugt und bitten darum – auch wenn der Antrag von der SVP ist –, uns zu unterstützen, die Containerpflicht auf Neubauquartiere zu beschränken. Nachher der nächste Antrag Nummer 4: "Die Container-Pflicht hat die Anliegen der Barrierefreiheit und die Grundsätze der Behindertengerechtigkeit zu respektieren." Gemäss dem Bundesgericht ist es bis 200 oder 300 Meter zulässig mit dem Abfall zu laufen. Ich bin der Meinung, das ist zu weit. Verzichtet doch darauf und schafft hier keine Probleme, die ihr nicht braucht. Nachher Antrag 5: "Die Containerpflicht habe auf das Strassen-, Quartier- und Strassenbild Rücksicht zu nehmen." Denkt einfach daran: Jeder, der so einen Sammelcontainer vor dem Haus hat und das nicht will – meistens macht man es ja am liebsten beim Nachbarn vor dem Haus – hat ein Problem. Wenn jemand aus dem Eichholz nach Hause kommt und eine Party hatte, wird die ganze Zeit Glasflaschen in die Container werfen. Natürlich ist es verboten, aber es wird trotzdem passieren. Dann habt ihr ein Problem. Oder wenn die Container überfüllt sind, legen die Leute den Müll daneben. Dann sind die Leute, die den Müll daneben haben, die Leidtragenden. Dann leite ich zum Antrag Nr. 6 über: "Die Containerpflicht habe die Grundsätze der Hygiene zu beachten. Lästige Geruchsimmissionen, insbesondere in den Sommermonaten, sind durch geeignete Massnahmen zu verhindern." Denkt daran im Sommer, wenn ihr dann Windeln, Meerfrüchte und solche Sachen habt, dann stinkt es grauenhaft. Von dem her, wenn ihr eben nicht die unterirdischen Container-Anlagen habt, wird es dann vor allen Schlafzimmer-Fenster stinken. Verzichtet darauf und stimmt dem Antrag zu. Ebenfalls für mich wichtig: "Es seien wirksame Massnahmen gegen «Kehrrichtnomaden», wilde Deponierungen und störende Lärmimmissionen zu ergreifen." Der letzte Antrag ist für mich eigentlich auch wiederum bezeichnend. Jetzt sind die Gebühren noch relativ bescheiden. Aber ihr habt es auch beim Parkieren gesehen: Wenn dann die Stadt wieder einmal zu wenig Geld hat, dann wird man dort wiederum erhöhen, die Schrauben ansetzen. Für mich muss ganz klar sein, dass hier das Kosten- und Äquivalenzprinzip respektiert wird. Sonst habt ihr dann plötzlich nicht Jahresgebühren von 130 Franken, sondern dann Jahresgebühren von 1'480 Franken oder noch viel, viel höher. Dann wird man eine Begründung finden. Und denkt daran, meine Damen und Herren, ihr macht einen Abbau der Leistungen. Bis jetzt ist dieser widerliche Abfall zweimal pro Woche abgeführt worden, jetzt wird er einmal pro Woche abgeführt. Wenn ihr keinen Container vor dem Haus habt, müsst ihr noch weit laufen und dann soll man dazu noch mehr zahlen. Als Mieter, als Hauseigentümer, deshalb ganz klar Nein. Merci für die Unterstützung.

Präsident: Die Fraktion SP-JUSO, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Bei Traktandum 9 beantragt der Gemeinderat, auf das Farbsack-Trennsystem zu verzichten und den Pilotversuch einzustellen. Die SP-JUSO-Fraktion wird dem Gemeinderat hier folgen, obwohl wir natürlich bedauern, dass das vom Volk angenommene Konzept nicht umgesetzt werden kann. Wir verstehen aber die Argumentation des Gemeinderats und können nachvollziehen, weshalb das gemacht werden muss. Eine eigenständige Farbsackabfuhr wäre zu teuer, das hat das Pilotprojekt gezeigt, und es wären auch keine Verbesserungen für das Klima erwartbar. Es hat sich auch gezeigt, dass zwei Hürden bestehen: Die Hauseigentümerschaft musste erstens zustimmen und das war bei Mietwohnungen oft nicht der Fall. Zweitens waren die kostenpflichtigen Farbsäcke für Haushalte mit tiefen Einkommen nicht erschwinglich und wir finden, dass nicht nur privilegierte Personen davon profitieren sollen. Insofern verstehen wir, dass dem Farbsack-Trennsystem im wahrsten Sinne des Wortes eine Abfuhr erteilt werden soll. Zu Traktandum 10: Bereits zu Beginn der

Diskussion im Stadtrat vor einigen Jahren und bei der Volksabstimmung hat die SP immer wieder betont, dass der Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden für uns an erster Stelle steht. Mit dem vorliegenden Antrag auf eine Container-Pflicht für Kehrrecht und Papier sowie Karton wird dieses Ziel in unseren Augen verfolgt. Die gesundheitliche Belastung der Mitarbeitenden von "Entsorgungen Recycling Stadt Bern" wird bei einer erfolgreichen Umsetzung sinken. Wir stehen auch klar hinter dem Fernziel des Gemeinderats, nämlich dass in der Stadt keine Kehrrecksäcke oder Papierbündel mehr rumstehen sollen. Die von der Stadt durchgeführte repräsentative Umfrage gibt dem Gemeinderat ebenfalls Rückenwind. Zerrissene Abfallsäcke sind ein grosses Ärgernis und die Container-Lösung stösst nach wie vor auf breite Zustimmung. Wir begrüssen insbesondere, dass der Gemeinderat schnell vorwärts machen will. Das gestaffelte Vorgehen, auch das Anreizsystem mit der Ersatzabgabe, finden wir sinnvoll und erfolgsversprechend. Bereits im ersten Quartal 2026, also in zwei Monaten, werden kostenlos Container an Privatliegenschaften im Stadtteil 3 ausgeliefert. Nach den Anpassungen des Abfallreglements, das wir nächstes Jahr behandeln werden, werden auch die ersten öffentlichen Standplätze der Container realisiert werden können. In einem Jahr also schon wird das Gesamtkonzept umgesetzt sein. Bei der Ausgestaltung der Ersatzabgabe muss aber sichergestellt werden, dass diese Abgabe nicht auf die Mieterschaft abgewälzt werden darf. Der Gemeinderat ist hier angehalten, bei den Gesprächen und der Kommunikation mit der Grundeigentümerschaft besonders darauf zu achten. Der Gemeinderat führt in der Beilage die Kriterien für private und öffentliche Container-Standplätze aus. Das haben wir gehört, das haben wir in der Kommission diskutiert. Die beiden PVS-Anträge werden wir hier unterstützen im Sinne einer inklusiven Stadt Bern. Die Anträge der SVP werden wir jedoch ablehnen, weil wir nicht zu stark in die Umsetzung eingreifen möchten und jetzt vorwärts gehen wollen. Aus diesen Gründen werden wir dem Konzept und den Krediten in allen Punkten zustimmen.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Irina Straubhaar.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Mit Matthias Aebischer darf oder muss sich bereits der dritte Gemeinderat mit diesem Geschäft beschäftigen. Es zeigt, wie harzig sich das Geschäft gestaltet. Das Geschäft ist mit hehren Zielen gestartet, aber vielleicht mit zu wenig Pragmatismus angegangen worden. Mittlerweile ist das Geschäft aber eher auf einen praktischen Umgang mit der Container-Pflicht zusammengeschrumpft. Mit dem Zusammenschrumpfen fehlt dem Geschäft aber auch eine klare Ausrichtung. Anders ausgedrückt: Von den ursprünglich hehren Zielen ist nur noch der Arbeitnehmerschutz übriggeblieben – und selbst der wird nur teilweise erreicht. Auch wenn wir nicht in Abrede stellen wollen, dass eine gewisse Verbesserung erreicht werden kann. Schon von Anfang an haben wir in Bezug auf die Container-Pflicht kritisiert, dass dazu zu wenig Abklärungen getroffen wurden und die Machbarkeit zu wenig gesichert ist. Wir haben aber den Eindruck, dass die jetzt vorgesehene Neuausrichtung der Containerpflicht den sehr unterschiedlichen Voraussetzungen Rechnung trägt. Wer die Regelung genau angeschaut hat, wird festgestellt haben, dass die Pflicht mittlerweile so abgeschwächt wurde, dass eher von einer Containerförderung gesprochen werden kann. Der pragmatische Umgang mit der Container-Pflicht hat zur Folge, dass zwei Systeme langfristig parallel laufen müssen. Was wiederum eher unglücklich ist. Bezüglich des Stadtbildes und der Alltagstauglichkeit waren wir uns in unserer Fraktion nicht einig, ob Abfallsäcke oder Container besser sind. Wir haben aber auch nicht primär auf dieses Argument abgestellt. Wenn wir trotzdem noch einen Mehrwert sehen in dieser Container-Förderung, sagen wir emotionslos Ja, nehmen die Anträge der PVS an und

lehnen die Anträge der SVP ab, weil sie aus unserer Sicht die Umsetzung der Container-Pflicht zu fest behindern. Wir unterstützen ebenfalls den Verzicht auf eine Farbsackabfuhr. Der Gemeinderat hat in seinem Vortrag nachvollziehbar erläutert, wieso ein Verzicht sinnvoller ist als eine Weiterführung.

Präsident: Als Nächstes für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir alle sind es gewohnt, dass Debatten um die Farben in der Stadt Bern geführt werden. Wir wollen eigentlich mehr Farben in Bern, aber eher politisch und weniger bei den Säcken. Andere möchten auch sonst mehr Farben, zum Beispiel bei der Regenbogenfahne. Das ist ja alles schön. Hier sind wir uns, glaube ich, jetzt alle einig: Die Farbsack-Abfuhr war ein Reifall – auch wenn das Volk sie angenommen hat. Aber wenn man sich die Kosten anschaut – sowohl die des Projekts als auch die nachher –, macht das einfach keinen Sinn. Ökologisch hat es anscheinend auch nicht diesen Benefit gegeben. Darum muss man sagen, dass der Gemeinderat nach langem Ringen jetzt dort die richtige Entscheidung getroffen hat. Dann grundsätzlich zu diesen Containern. Grundsätzlich macht es schon Sinn, das so zu machen und auch dass man die Innenstadt ausklammert. Es ist so eine Güterabwägung: Wo will man jetzt die zusätzlichen Stellen machen? Da verstehe ich die SVP jeweils schon nicht ganz. Denn es wird ja auch viel mehr Platz benötigt, wenn alle Stellen berücksichtigt werden, an denen die Container abgestellt werden. Wo sie denn sein sollen, erschließt sich mir auch noch nicht ganz. Zweitens müssen dann die alten Leute, Abfallsäcke dorthin tragen. Deshalb macht ein Container für viele Leute doch noch Sinn. Matthias Aebischer hat uns auch erzählt, dass er durch Europa gereist ist. Er hat gesagt, dass einige Städte das pragmatisch handhaben und es dort super funktioniert. Ich habe ihm dann gesagt: "Du bist aber noch nie in Catania gewesen, oder? Denn dort in Sizilien sieht es ein bisschen anders aus." Aber nun zum Punkt, der hier wichtig ist, glaube ich: Die Städte setzen das wahrscheinlich relativ pragmatisch um. Vielleicht nicht ganz so schweizerisch, indem sie Millimeter genau nachmessen, ob das Trottoir jetzt 1,25 Meter oder 1,30 Meter ist. Denn dann wird es eben immer kompliziert. Das Argument, dass es nicht ganz fair ist, wenn ich ein Haus habe und das nicht machen kann, verstehe ich auch nicht ganz. Denn wenn ich zum Beispiel ins Militär will und dienstuntauglich bin, muss ich gleichwohl eine Abgabe zahlen. Es gibt in verschiedenen Situationen immer Ungerechtigkeiten. Wenn ich ein Haus habe, wo das nicht geht, ja, ist es halt Pech und es sind auch nicht Beträge, die so hoch sind. Ich möchte aber doch dafür plädieren, dass man die Container-Pflicht möglichst pragmatisch umsetzt. In den Strassenzügen, in denen es nicht geht, sagt man eben, dass es dort nicht geht. Zu den Anträgen: Die Anträge der SVP lehnen wir ab. Zum Teil, weil sie einfach schlecht geschrieben sind, und zum Teil haben sie einfach auch nichts mit dem hier zu tun. Dass man es auf Neubauquartiere beschränken soll, muss man nicht extra reinschreiben. Denn niemand käme auf die Idee, in einem Neubauquartier kein Abfallkonzept umzusetzen. Das ist ja logisch, das macht jeder. Wenn man ein neues Haus baut, überlegt man sich ja vorher, wo der Abfall hinkommt. Also das ist eigentlich selbstredend. Wir müssen für den Rest eine Lösung finden. Dort muss ich schon sagen: Die Anträge der PVS, sind genau das, was wir nicht wollen. Dort spricht man von einem Trottoir, der zweieinhalb Meter breit ist. Also, jetzt muss mir mal jemand sagen, wo ihr ein Trottoir findet, das so breit ist. Zweieinhalb Meter, das ist von hier bis hier rüber. Dann kann man das wahrscheinlich auf keinem einzigen Trottoir machen. Darum bitte ich euch, diese Anträge abzulehnen. Denn sonst, wenn genau das durchkommt, werden wir auch das ganze Geschäft ablehnen oder uns enthalten. Denn damit würde man

diese pragmatische Haltung aufgeben, wenn man dort wieder irgendwelche Meter-Sachen machen will. Man muss schon die freie Bewegung anschauen, aber an der Strasse, wo ich wohne, laufen nur die paar Leute durch, die dort wohnen. Dort muss man nicht messen, wie breit das Trottoir ist. Da kommt ein Rollstuhl durch und dort ist auch nie Verkehr auf der Strasse. Also man muss doch dort pragmatische Lösungen und nicht Meterlösungen prüfen. Darum bitte ich euch, dass ihr die Anträge ablehnt, damit wir ein pragmatisches Konzept machen können und dort auch vorwärtskommen.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Ursula Stöckli. Falls es Einzelvoten gibt, könnt ihr euch anmelden.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Wir sprechen als Fraktion zu den Traktanden 9 und 10. Man kann das Geschäft folgendermassen zusammenfassen: Lange hat es gedauert, viel hat es gekostet, gut ist es nicht geworden. 2017 ist es gestartet. Die Mängel waren bei diesem Projekt offensichtlich. Also ich will sie schon gar nicht mehr alle aufzählen. Man hat das Scheitern wirklich kommen sehen. Man musste nur 10 Minuten in den Quartieren verbringen und es war absolut klar: Es hat keinen Platz für die Container. Man wollte es einfach nicht sehen, denn die Einwände kamen von der falschen Seite. Dann wollte man es erst recht nicht hören und nicht sehen. Einzig die FDP, die Mitte und die SVP haben es erkannt und den Nein-Abstimmungskampf allein geführt. Und das Volk hat den Märchen geglaubt und das Geschäft angenommen. Die Ideologie hat damals vorerst gesiegt.

Doch die Realität hat die Stadt eingeholt. Die Pilot-Teilnehmer fanden die Farbsäcke übrigens nur so lange toll, wie sie gratis waren. Und man hat ja auch immer in den Vorträgen gelesen, wie doch der Pilot sehr, sehr erfolgreich ist. Als die Säcke kostenpflichtig wurden, ist dann die Begeisterung verflogen. Man hätte ja auch schon während dem Pilotprojekt fragen können, ob man dafür zahlen würde. Trotzdem finden wir es mutig, ein angenommenes Volksabstimmungsgeschäft endlich zu begraben und zu sagen, es funktioniert nicht. Davor ziehen wir als Fraktion den Hut, auch wenn die Einsicht doch ein bisschen früher hätte kommen können. Es hat mehrere Vorstösse gegeben – auch von grüner Seite –, es sind alle abgelehnt worden. Man hat die Augen verschlossen und wollte es durchziehen. Darum ist es eben bedenklich, dass man fast 10 Jahre gewurstelt hat – ich kann es nicht anders sagen –, und dabei 3,5 Mio. Franken ausgegeben hat, um den Entscheid schlussendlich so zu bringen, wie er da ist. Das stärkt nicht unbedingt das Vertrauen in die Verwaltung. Die Lehre daraus sollte sein, dass man nicht ideologisch politisiert und auch einmal auf diejenigen hört, die man nicht hören will. Denn die könnten ja auch einmal recht haben. Da besteht definitiv Verbesserungsbedarf, was das Zuhören angeht.

Zum Traktandum 10: 2021 haben wir das Geschäft in der alten Festhalle besprochen. Ich habe bereits damals gesagt, es gibt eine Containerwüste und das ist "grusig". So wie sich die Stadt das vorgestellt hat, war es einfach nicht realisierbar. Einmal mehr hat auch hier eine vernetzte Gesamtanalyse gefehlt. Man behauptet zwar, dass man die gemacht hat. Also Container sind an gewissen Orten gut. Bei Neuüberbauungen kann man die logischerweise realisieren. Trotz aller Erkenntnisse, die man jetzt hat, kommt man wieder mit der gleichen Vorlage und denselben Vorgehensweisen. Es wird wieder scheitern. Das Thema Gesundheitsschutz haben wir auch schon oft besprochen. Ihr lacht auch immer auf den Stockzähnen, wenn ich mit dem Thema Exoskelett komme. Das will man nicht hören, denn es ist etwas Modernes. Nein, es müssen jetzt wegen des Gesundheitsschutzes Container bereitgestellt werden. Der Gesundheitsschutz ist jetzt auch wieder nicht realisierbar. Es hat ein paar Container. Und es gibt die gan-

ze Altstadt sowie andere, die keine Container haben. Das Thema Gesundheitsschutz ist einfach nicht adäquat abgedeckt. Auch nicht mit dieser Container-Pflicht. Eine allgemeine Container-Pflicht zu fordern – das ist auch wieder eine Ideologie und nicht eine Realität –, ist einfach fahrlässig und erinnert einfach wieder an das Desaster, das wir jetzt haben. Offenbar will man wirklich keine Lehren daraus ziehen und fährt genau so weiter. Anstatt die Bevölkerung von diesen Containern zu überzeugen und sie dafür zu begeistern, werden die Berner und Bernerinnen zu einem Container gezwungen. Auch dort, wo es eben keinen Sinn macht, entweder aus geografischen oder architektonischen Gründen oder auch wegen der Verhältnismässigkeit. Die Eigentümer sind dann verpflichtet, so einen Standplatz bereitzustellen. Das ist wirklich auch sehr fragwürdig. Dann gibt es Container-Standorte. Für die Kontrollpolizei braucht es sicher auch noch ein paar Fachstellen.

Am Schluss komme ich noch zum Stadtbild: Zweimal pro Woche ein paar farbige Säcke – ich meine jetzt die blauen – auf der Strasse zu haben, ist optisch immer noch besser zu ertragen als eine dauerhafte Containerwüste. Denn die Container, die stehen 7 mal 24 Stunden draussen. Das haben wir im Jahr 2021 schon gesagt, es ist "grusig". Und ich verstehe nicht, wieso der Gemeinderat Aebischer unbedingt als "Container-Mättu" in die Geschichte eingehen will. Die Container-Pflicht ist definitiv zu diktatorisch. Wir stehen einer vernünftigen Einführung von Containern in Neubausiedlungen positiv gegenüber. Damit zu den Anträgen: Die PVS-Anträge lehnen wir ab. Die SVP-Anträge nehmen wir an. Wir halten fest: Die FDP-Fraktion sagt einfach definitiv Nein zur Container-Pflicht. Denn die Stadt Bern hat einen Entsorgungsauftrag und nicht einen Erziehungsauftrag. Darum Nein zu dieser Container-Pflicht.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Rat? Als Einzelsprecher Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Das Votum hat mich gerade ein bisschen provoziert, was ich so gehört habe. Denn als Spezialist für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz muss ich meiner Vorrednerin ganz klar widersprechen. Denn ein Exoskelett ist nicht so cool, wie das hier angepriesen wurde, denn sonst würde sich das nämlich in der Industrie durchsetzen und das tut es nämlich gar nicht. Man kann schon gegen die Container-Pflicht sein und über diktatorische Massnahmen reden. Die Stadt Bern als Arbeitgeberin, und da gehören wir als Stadtrat auch dazu, ist verpflichtet, zuerst einmal alle technischen Massnahmen umzusetzen, um die Mitarbeitenden in ihrer Gesundheit zu schützen. Und das heisst halt mit dem Container den Abfall zu heben und nicht mit einem Exoskelett. Darum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Container-Pflicht ist etwas, was der Stadt Bern guttut, so wie in anderen Städten eben auch.

Präsident: Gut, dann hat jetzt das Wort für den Gemeinderat, ich nenne ihn jetzt einfach Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich habe mir überlegt, ob ich nach dem Votum der Stadträtin Stöckli überhaupt noch etwas sagen soll oder ob ich alles umschreiben soll. Nein, ich sage jetzt das, was ich vorgehabt habe. Es wurde jetzt viel geredet über diese Container-Pflicht und über diese Farbsackabfuhr. Die meisten Fakten liegen, auch dank der detaillierten Ausführung der Kommissionssprecherin, auf dem Tisch, sodass ich noch zwei, drei grundsätzliche Gedanken erläutern kann. Als ich zu Jahresbeginn mein neues Amt in Angriff nahm, erklärte man mir gleich zu Beginn, dass es in der Abteilung Entsorgung und Recycling dann noch eine grosse Baustelle gäbe, das Farb-

sack-Trennsystem. Es war dann mehr oder weniger mein erstes Geschäft, in das ich mich im Detail einlesen durfte. Ich habe mich mit der Historie, Berichten und Protokollen befasst. Ich hatte unzählige Sitzungen und ich würde behaupten, dass ich heute ein Container- und Farbsackspezialist bin. Bei der Aufarbeitung dieser Geschichte stellte ich mir natürlich auch die Frage: Hätte man das Ganze verhindern können? Oder meine ganz persönliche Frage bei solchen Aufarbeitungen ist immer: Hätte mir das auch passieren können? Ich habe die Antwort bereits in der Kommission und auch an der Medienkonferenz gegeben. Ich wäre genau am selben Ort gelandet. Das hätte mir also auch passieren können, denn dieser Fall ist so komplex und vertrackt, dass es schwierig war, die beiden Projekte Farbsackentsorgung und Container-Pflicht auseinanderzuhalten. Erst spät hat man realisiert, dass in der Stadt Bern auf die Schnelle keine umfassende Container-Pflicht zustande kommt, die obligate Basis für das ganze Projekt. Schauen wir vorwärts, oder besser gesagt, Sie haben vorwärtsgeschaut und den Gemeinderat im letzten Jahr beauftragt, das Projekt zu teilen in ein Projekt Container-Pflicht und in ein Projekt Farbsackabfuhr.

Bei der Farbsackabfuhr – ich kann es kurz machen – empfiehlt Ihnen der Gemeinderat aus ökologischen und ökonomischen Gründen, den Versuch zu beenden. Mit den verbleibenden rund 400 Teilnehmer*innen ist das separate Einsammeln zweimal die Woche weit weg von einer nachhaltigen Entsorgung und auch finanziell geht es in die falsche Richtung. Jährlich resultiert zurzeit ein Minus von einer halben Million Franken. Beim zweiten Geschäft, bei der Container-Pflicht, empfiehlt Ihnen der Gemeinderat nun einfach einmal zu starten, ganz nach dem Motto: "Jeder Container zählt." In einem ersten Schritt möchten wir im Frühling den Stadtteil 3 mit Containern beliefern, denn dort sind uns die Verhältnisse nach den bisherigen Arbeiten bestens bekannt. Wer in einem anderen Stadtteil wohnt, einen geeigneten Containerstandort hat und die Stadt anfragt, erhält ebenfalls bereits einen Container. Ausgenommen bei all diesen Überlegungen ist die Altstadt, der Stadtteil 1. Dieser wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft. Sollten Sie dem Geschäft zustimmen, beauftragen Sie uns zudem, die für die Umsetzung notwendigen Anpassungen beim Abfallreglement zu erarbeiten und Ihnen diese im nächsten Jahr vorzulegen. Für diese Arbeiten empfehlen wir Ihnen, zulasten der Erfolgsrechnung von Entsorgung und Recycling einen Planungskredit einer Million Franken freizugeben sowie 1,1 Mio. Franken für die sofortige Auslieferung der Container Anfang nächsten Jahres. Dieser Betrag beinhaltet auch die Gratisabgabe der Container, Sie haben das gehört. Ich bin überzeugt von diesem pragmatischen, unkomplizierten Vorgehen. Es kommt den Beladerinnen und Beladern zugute, welche nicht mehr schwere Lasten heben müssen. Man sieht am Morgen bald keine aufgerissenen Kehrriechsäcke mehr. Es entlastet die Quartiersammelstellen und das neue System ermöglicht eine Entsorgung für die Stadtbernerinnen und Stadtberner rund um die Uhr. Und noch etwas: Parallel zur Projektplanung haben wir die Stadtberner Bevölkerung zum Thema Entsorgung befragt. 95% der Leute sind mit der Entsorgung hier in Bern sehr zufrieden oder zufrieden. Das freut mich natürlich sehr. Vier von fünf Personen begrüssen eine zukünftigen Container-Abfuhr in der Stadt Bern, beurteilen also einen Systemwechsel hin zu Containern als positiv. Ich bitte auch Sie, der Vorlage zuzustimmen. Noch zu den Anträgen: Den beiden Anträgen der PVS-Kommission können wir in dieser Form zustimmen. Das habe ich ja bereits so in der Kommissionssitzung gesagt. Es sind Prüfaufträge, Herr Stadtrat Lutz, Prüfaufträge. Die Anträge 3 bis 8 der SVP hingegen lehnen wir allesamt ab. Die Container-Pflicht auf Neubauquartiere zu beschränken, wäre nicht das, was unser Konzept will. Für das Strassenbild gibt es klare Richtlinien, welche wir mit dem Stadtplanungsamt am Erarbeiten sind. Der Rhythmus der Kehrriechabfuhr ändert sich nicht: Zweimal pro Woche, Herr Feuz, zweimal pro Woche. Somit än-

dert sich auch die Leistung der Stadt nicht – Thema „Gebührenreduktion“. Und die Geruchsemissionen nehmen nicht zu – Stichwort „mehrmalige Leerungen“ im Sommer. Und Kehrichtnomaden und wilde Deponien wird es mit dem neuen System gemäss unseren Einschätzungen weniger geben als heute. Weiter ins Detail gehen möchte ich hier nicht, bin aber gerne noch für individuelle Gespräche dazu zu haben, denn ich bin ein Container-Spezialist geworden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über das Sachgeschäft bei Traktandum 9 ab.

Abstimmung Nr. 007

2025.SR.0329

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt einstimmig das Ende des Farbsack-Trennsystem-Pilotversuchs beschlossen.

2025.SR.0330

10 Containerpflicht: Angepasstes Konzept und Kredit; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 9 und 10: siehe Traktandum 9.

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 10, der Container-Pflicht. Wir stimmen hier als erstes über die vorliegenden Anträge ab. Als erstes stimmen wir ab über Antrag 1 PVS.

Antrag 1

PVS

Es ist zu prüfen, dass öffentliche Containerstandplätze und Bereitstellungsplätze im Strassenraum und nicht auf dem Trottoir vorgesehen werden bzw. dass Plätze im Strassenraum priorisiert werden.

Abstimmung Nr. 008

2025.SR.0330: Antrag 1

Annahme

Ja	52
Nein	16
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir stimmen ab über Antrag 2 PVS.

Antrag 2

PVS

Bei zentralen Bereitstellungsplätzen und Containerstandplätzen auf dem Trottoir ist die Einhaltung einer verbleibenden Trottoirbreite von mindestens 2.5m zu überprüfen.

Abstimmung

2025.SR.0330: Antrag 2

Annahme

Ja 49

Nein 18

Enthalten 2

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 3 SVP.

Antrag 3

SVP

Die Containerpflicht sei auf Neubauquartiere zu beschränken.

Abstimmung Nr. 010

2025.SR.0330: Antrag 3

Ablehnung

Ja 12

Nein 57

Enthalten 0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir stimmen über Antrag 4 ab SVP.

Antrag 4

SVP

Die Containerpflicht habe die Anliegen der Barrierefreiheit und die Grundsätze der Behindertengleichstellung zu respektieren.

Abstimmung Nr. 011

2025.SR.0330: Antrag 4

Ablehnung

Ja 12

Nein 57

Enthalten 0

Präsident: Auch hier abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 5 SVP.

Antrag 5

SVP

Die Containerpflicht habe auf das Strassen-, Quartier- und Strassenbild Rücksicht zu nehmen.

Abstimmung Nr. 012

2025.SR.0330: Antrag 5

Ablehnung

Ja	12
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Auch der ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 6 SVP.

Antrag 6

SVP

Die Containerpflicht habe die Grundsätze der Hygiene zu beachten. Lästige Geruchsimmissionen, insbesondere in den Sommermonaten, sind durch geeignete Massnahmen zu verhindern (z.B. mehrmalige Leerungen in der Woche im Sommer).

Abstimmung Nr. 013

2025.SR.0330: Antrag 6

Ablehnung

Ja	12
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Dieser Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 7 SVP.

Antrag 7

SVP

Es seien wirksame Massnahmen gegen «Kehrrichtnomaden», wilde Deponierungen und störende Lärmimmissionen zu ergreifen.

Abstimmung Nr. 014

2025.SR.0330: Antrag 7

Ablehnung

Ja	12
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Auch dieser Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen noch ab über Antrag 8 SVP.

Antrag 8

SVP

Es sei sicher zu stellen, dass die Gebühren für die Abfallentsorgung nicht das Äquivalenzprinzip verletzen; angesichts des Rückgangs der Leistungen sind die «Kosten der Gebühren» allgemein wesentlich zu reduzieren.

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die Leistungen der Stadt (Abfallentsorgung) vermindert werden, und der Abfall nicht mehr, wie bisher vor dem Haus deponiert werden kann, ev. weiter Weg bis zum nächsten Container.

Abstimmung Nr. 015

2025.SR.0330: Antrag 8

Ablehnung

Ja	12
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Dieser Antrag wird wenig überraschend abgelehnt. Wir stimmen jetzt ab über die Anträge des Gemeinderats. Wie eingangs gesagt, stimmen wir einzeln darüber ab. Wir sind also beim Vortrag des Gemeinderats. Wir stimmen als erstes über Ziffer 1 ab.

Abstimmung Nr. 016

2025.SR.0330: Ziffer 1

Annahme Ziffer 1

Ja	56
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Wir stimmen über Ziffer 2 ab.

Abstimmung Nr. 017

2025.SR.0330: Ziffer 2

Annahme

Ja	56
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Auch hier stimmt ihr zu. Wir stimmen über Ziffer 3 ab.

Abstimmung Nr. 018

2025.SR.0330: Ziffer 4

Annahme

Ja	55
Nein	12
Enthalten	2

Präsident: Auch hier stimmt ihr zu. Wir stimmen über Ziffer 4 ab.

Abstimmung Nr. 019

2025.SR.0330: Ziffer 4

Annahme

Ja	49
Nein	16
Enthalten	4

Präsident: Ihr stimmt zu. Zum Schluss stimmen wir über Ziffer 5 ab. Eigentlich erübrigt sich das, aber wenn ihr jetzt den Gemeinderat mit den oberen 4 Ziffern beauftragen wollt, müsst ihr nochmal Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 020

2025.SR.0330: Ziffer 5

Annahme

Ja	55
Nein	12
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt auch dieser Ziffer 5 zugestimmt.

2024.SR.0344

11 Postulat Matthias Humbel/Michael Ruefer (GFL)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Velostrasse Schösslistrasse unterbruchsfrei gestalten; Annahme

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 11. Das ist ein Postulat der GFL/EVP: Velostrasse Schösslistrasse. Das Postulat ist bestritten. Somit haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Ich habe diesen Vorstoss von Alt-Stadtrat Matthias Humbel übernommen. Er sitzt auf der Tribüne. Gerne sage ich kurz etwas zu unserer Forderung. Die Velostrasse Schösslistrasse: Sie gehört zu einer der acht bestehenden Velostrassen in der Stadt Bern und führt von der Laupenstrasse runter Richtung Loryplatz. Auf ihrem 700 Meter langen Weg durchkreuzt sie namentlich die Zieglerstrasse, die wie ein Riegel wirkt, der diese zwei Teile der Schösslistrasse, dieser Velostrasse, teilt. Und das ist ein Problem, weil man da natürlich immer arg abbremsen muss oder sogar nicht mal mehr weiterkommt, weil häufig beidseits der Querung Autos stehen, die einem am Weiterfahren hindern. Oder man muss zum Teil auch sehr gut schauen, wer da von unten hochrast oder runterrast, denn das ist so eine Hanglage, die sehr stark zum schneller Fahren einlädt. Entsprechend ist diese Velostrasse halt wirklich an einem etwas ungünstigen Ort. Aber sie ist sehr wichtig. Denn es ist eben auch kein leichtes entlang der Effingerstrasse, das heisst entlang der Tramgleise in den Westen Berns Richtung Holligen zu kommen. Entsprechend ist diese Velostrasse tatsächlich unerlässlich. Unsere Forderung bzw. unser Prüfauftrag ist, dass sich der Gemeinderat diese Situation bzw. diesen Knotenpunkt anschaut: die Querung der Zieglerstrasse. Der Gemeinderat soll Massnahmen auflegen, wie man dort die Situation für Velofahrende verbessern kann. Positiv ist vielleicht schon Folgendes zu berichten: Ich habe bei den Verkehrszählungen noch kurz nachgeschaut und die Zieglerstrasse hat zwischen 2023 und 2024 15% des MIV verloren. Das ist eigentlich eine sehr positive Entwicklung. Da macht sich halt auch die ganze zentrale Verkehrsachse und

die Verkehrsdosierung entlang des Bahnhofs langsam aber sicher bemerkbar. Das wird sicher auch dabei helfen, diese Kreuzungssituation in den Griff zu bekommen. Möglichkeiten wären bessere und deutlichere Bodenmarkierungen. Aber auch die Signalisation ist heute noch zu dürftig mit diesen kleinen Dreiecken oder natürlich würde Tempo 30 helfen. Wir befinden uns hier auf dem Basisstrassennetz des Gemeindestrassennetzes. Wir machen euch beliebt, diesem Postulat zuzustimmen und sind gespannt auf die Antwort und die Massnahmen des Gemeinderats.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Um es ultrakurz zu machen: Wir werden dem auch zustimmen. Ich bin sehr dankbar für diesen Vorstoss, denn ich nutze diese Velostrasse gefühlt mindestens einmal pro Woche. Beim Queren der Hauptstrasse sowie der weiteren, sehr engen Kreuzung ist mir jedes Mal nicht ganz wohl. Von dem her ist es wichtig, dass das geprüft wird.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Sichere Velorouten finden wir auch gut, sie sollten aber in ein Gesamtnetz eingefügt werden und nicht ein Flickenteppich sein. Die Postulanten fordern, dass die Route der Schösslistrasse gegenüber dem ÖV oder dem MIV priorisiert wird. Wer die lokalen Gegebenheiten kennt, der stellt fest, dass die geforderten Massnahmen so nicht umsetzbar oder auch nicht tauglich sind. Die Zieglerstrasse ist eine verkehrsorientierte Achse, wie auch schon gesagt worden ist. Es ist eine wichtige Sammelstrasse für den MIV. Durch das Projekt ZBB (Zukunft Bahnhof Bern) werden die Achsen noch zusätzlich belastet werden. Das zeigt eine Simulation: Auch wenn es jetzt vielleicht 15% abgenommen hat, es wird künftig zunehmen durch den Mehrverkehr, der eben nicht mehr durch den Bahnhof geführt werden wird. Dass zwischen den bisherigen Knoten Inselplatz und Kreuzung Ziegler-/Effingerstrasse noch ein Kreisel oder ein Lichtsignal installiert werden sollte, ist schlichtweg nicht praktikabel. Es fehlt der Platz dazu. Auch, dass das Vortrittsregime angepasst werden sollte, ist beim Vergleich der Verkehrsmengen nicht praktikabel. Vorstellbar wäre lediglich, eine Sperrfläche auf dem Belag aufzumalen, wo die Velofahrer die Zieglerstrasse kreuzen. So würde der MIV bei stehendem Verkehr, also bei einer Kolonne, die Querfahrbahn nicht blockieren. Die Fraktion FDP lehnt den Vorstoss ab und nimmt den Prüfbericht an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Ich gehöre auch zu den Leuten, die fast täglich durch die Schösslistrasse fahren, wie Matthias oben auf der Tribüne. Und ich kann euch sagen, es ist nicht nur sehr unpraktisch, sondern auch gefährlich, durch die Kolonnen zu fahren. Vor allem, wenn sie bergauf stehen, muss man nachher irgendwie versuchen, um die zum Teil sehr grossen Autos herumzusehen, um zu erkennen, ob von oben ein Auto kommt. Sonst wartet man halt einfach lange. Ich sehe, dass gewisse Sachen auch schwierig umzusetzen sind. Aber gerade darum ist das Postulat ja da, damit man prüfen kann, was könnte man noch machen. Eine Sperrfläche zu markieren wäre sicher schon einmal eine gute Lösung, denn es gibt immer wieder Autofahrer, die gar nicht checken, dass vielleicht noch Velo kreuzen wollen und nachher gerade im

Weg stehen, wenn man direkt durch möchte. Also darum bitte unterstützt doch das Postulat. Wir stimmen Ja dazu.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Der Gemeinderat hat Verständnis für das Anliegen der Postulant*innen und beantragt dem Stadtrat deshalb, das Postulat als erheblich zu erklären. Dies, obwohl sein Handlungsspielraum beim Übergang Schlösslistrasse-Zieglerstrasse äusserst gering ist. Die Zieglerstrasse ist eine Hauptstrasse. Das haben wir so noch nicht gehört. Es ist nicht nur eine wichtige Strasse, sondern eine Hauptstrasse. Auf diesen gelten die Vortrittsregeln nach eidgenössischem Strassenverkehrsgesetz, das heisst, Fahrzeuge auf der Hauptstrasse haben immer Vortritt. Bei der Prüfung des regionalen Basisstrassennetzes vor einem Jahr wurde die Zieglerstrasse als Hauptstrasse bestätigt. Dies ist übrigens Aufgabe der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, in welcher ich die Stadt Bern in der Kommission Verkehr vertrete. Die Zieglerstrasse wird also wohl noch lange eine Hauptstrasse bleiben. Da wir jedoch die Situation auch als unbefriedigend taxieren, sind wir bereit, das Ganze trotz des eingeschränkten Handlungsspielraums noch einmal zu prüfen und zu versuchen, die Lage mit zum Beispiel zusätzlichen Bodenmarkierungen zu verbessern. Sie wurden bereits angetönt. Wir geben unser Bestes. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Dann kommen wir zur Abstimmung über das Postulat.

Abstimmung Nr. 021

2024.SR.0344

Annahme

Ja	52
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2024.SR.0343

12 Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten?; Annahme/Prüfungsbericht

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 12. Auch das ist ein Postulat, das ursprünglich von Matthias Humbel auf der Zuschauerbühne eingereicht wurde. Es geht darum die Schwarztorstrasse als Allee zu gestalten. Der Gemeinderat beantragt Annahme und Prüfungsbericht. Das Postulat ist aber aus den Reihen des Rats bereits bestritten worden. Entsprechend haben auch hier die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Bevor mir die Augen zufallen, versuche ich nochmals mich voll zu konzentrieren. Letzten Sommer habe ich mir einmal abends den Spass gemacht, vom Monbijou aus alles zu Fuss hochzulaufen: vorbei an der Gu-

tenbergstrasse, der Belpstrasse, der Schwarztoranlage, der Zieglerstrasse, meinem Areal die Brunnmattstrasse bis hoch zum Loryplatz. Da war dieses Pop-Up im Sommer. Und es war, glaubt mir, selbst um 19 Uhr abends, an einem schönen Sommerabend, noch eine Qual. Denn ab der Höhe Ziegelstrasse gibt es auf der zweiten Hälfte der Schwarztorstrasse keinen einzigen Baum mehr, der irgendwelchen Schatten spenden könnte. Dazu kommen zahlreiche Lichtsignale, relativ viel Autoverkehr und ganz zum Schluss noch beidseits parkierte Autos. Man fragt sich, für wen wurde hier eigentlich gebaut? Für Leute, die Bäume hassen und Hitze sowie Autos lieben. Im Vortrag des Gemeinderats wird erwähnt, dass bereits im Rahmen anderer Projekte alles Mögliche geprüft wurde, um hier für ein besseres Stadtklima und mehr Wohlbefinden zu sorgen. Aber wegen der vielen Leitungen, für Fernwärme, Gas und Wasser und allen möglichen Swisscom-Leitungen, sei in diesem Perimeter fast nichts möglich. Wenn, dann nur im Zuge einer grossen Strassensanierung, die aber gerade nicht anstehe. Das mag ja alles zutreffen, aber Klimaanpassung besteht nicht nur aus grossen Bäumen. Auch Kleinvieh kann eben Mist machen in solchen, wie ich es nennen würde, deprivierten Zonen. Auch weniger Asphalt mit Schwammstadtelementen, weniger Autos, die herumstehen und öffentlichen Platz belegen, all das hilft. Wenn man zu ambitioniert zu Werke geht, kommt man nicht voran. Man wartet dann rasch einmal ein Jahrzehnt auf das nächste Grossprojekt. Auch hier muss ich etwas mit den Verfassern dieser Antwort schimpfen. Weder bei der Überbauung Brunnmatt-Ost, die es ja schon ein paar Jahre gibt, noch aktuell beim Meinen-Areal hat man daran gedacht, nicht nur in den Innenhöfen, sondern auch zur Strasse hin etwas Raum für Entsiegelung und Begrünung zu belassen. Bei historischen Blockrandbebauungen wendet man ja diese Vorgartenregel an. Warum denkt eigentlich niemand bei Neubauarealen daran? Das ist bewährt und eigentlich in unserem Gesetz, im Stadtrecht, verbrieft. Ein weiterer Aspekt, den ich noch kurz erwähnen möchte und der in meinen Augen in der Antwort des Gemeinderats wirklich zu kurz kommt, sind die Parkplätze. Sie stehen nämlich in der Schwarztorstrasse zum Teil beidseitig, zumindest im oberen Abschnitt gegen den Loryplatz. Es gibt auch dort Abschnitte – ich habe das wirklich mit der Verwaltung nochmals im Detail abgeklärt –, vor allem im südlichen Bereich der Schwarztorstrasse, bei denen man tatsächlich Bäume mit Wurzeln setzen könnte, da dort eben keine Leitungen durchführen. Man soll doch das bitte nochmal genau prüfen. Die neue Tiefgarage im Meinen-Areal, die sollte ja auch helfen, dass oberirdische Parkplätze aufgehoben werden können. Auch wenn sie dem Klima nicht sehr zuträglich ist, weil da keine Bäume gepflanzt werden können. Ja, Leitungen hin oder her, die Platzverhältnisse zwischen Loryplatz und Brunnmattstrasse sind sehr grosszügig und etwas Asphaltknacken und Cooling sollten doch möglich sein. Hier fehlt es in der Antwort des Gemeinderats etwas an Kreativität unserer Meinung nach.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion GB/JA!, Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: Die GB-JA!-Fraktion begrüsst die Forderung des Postulats. Wir finden es wichtig, möglichst viele Bäume in der Stadt zu pflanzen. Bäume haben eine grosse Wirkung, um die Stadt klimaverträglicher zu gestalten und sind eine wichtige Klimaanpassungsmassnahme. Die Schweiz wird heisser, trockener, schneeärmer und kämpft künftig mit heftigeren Regenfällen. Dies kommt aus dem neusten Bericht der Klimaforschenden des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie hervor. Der Bericht sagt, dass jede vermiedene Erwärmung einen messbaren Beitrag leistet zum Klimaschutz und den Aufwand für die Anpassung reduziert. Deshalb ist es wich-

tig, regelmässig das Pflanzen von Bäumen zu prüfen. Der Abschnitt auf der Schwarztorstrasse zwischen Loryplatz und dem Meinen-Areal ist alles andere als Grün. Eine Begrünung wäre dringend nötig und eine gute Alternative zu den Parkplätzen, die momentan dort viel Platz einnehmen und zur Klimaschädlichkeit der Stadt beitragen. Gemäss Prüfungsbericht sind die Leitungen das Problem. Wir sehen ein, dass es deshalb nicht sinnvoll ist, eine Baumallee zu pflanzen. Wir finden es aber wichtig, dass der Gemeinderat solche Prüfungen regelmässig vornimmt und auch mögliche Alternativen prüft. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat das Bedürfnis anerkennt und das Postulat bei zukünftigen Sanierungen der Schwarztorstrasse berücksichtigt. Allgemein wünschen wir uns mehr Mut vom Gemeinderat, Begrünungs- und Biodiversitätsprojekte schneller voranzutreiben. Die GB-JA!-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären und den Prüfungsbericht annehmen.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Ich kann mich eigentlich nur meinen beiden Vorredner*innen anschliessen. Es wurde fast schon alles gesagt. Wir nehmen das Postulat und den Prüfungsbericht an. Wir wünschen uns aber einerseits vom Gemeinderat ein bisschen mehr Fantasie. Man könnte sehr kreativ sein. Es müssen nicht immer nur tiefwurzelige Bäume sein. Man kann auch mit Töpfen und ähnlichen flexiblen, mobilen Elementen arbeiten. Andererseits könnte man aber auch Vorstösse ein bisschen mehr in diese Richtung und nicht nur auf die Bäume fokussiert einreichen. So ein bisschen Kreativität würde dieser Stadt auch guttun.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP lehnt den Vorstoss zur Prüfung einer durchgehenden Baumallee an der Schwarztorstrasse ab. Zwar verstehen wir das Anliegen nach mehr Bäumen in der Stadt grundsätzlich. Sie sollten aber nur dort gepflanzt werden, wo es dann auch wirklich Sinn macht. Auf dem von den Postulanten gewünschten Abschnitt fehlt einerseits der Raum, aber auch die Notwendigkeit nach einer Baumallee. Zudem hat es vis-à-vis vom alten Swisscom-Würfel bereits einen kleinen Park mit genug Bäumen. Durchgehende Baumalleen brauchen ein Gesamtkonzept, das fehlt hier. Alleen schränken teilweise auch die Sichtweiten ein, was sich negativ auf die Verkehrssicherheit auswirkt. Gerade für den Veloverkehr ist das Laub, das jetzt im Herbst von den Bäumen fällt, ein potenzielles Risiko für Unfälle. Es gibt hier also Zusatzaufwände für die Strassenreinigung. Alles in allem ist der Vorstoss, auch wenn er von der Zuschauertribüne kommt, nicht durchdacht. Es fehlt das Gesamtkonzept und der Nutzen steht in keinem Verhältnis zu den prognostizierten Kosten. Zudem wird man den Verdacht nicht los, dass es sich einmal mehr um einen Angriff auf die Stellplätze des motorisierten Individualverkehrs (MIV) handelt. Wir lehnen darum das Postulat ab, den Prüfungsbericht nehmen wir an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP): Ich will es nicht gross verlängern. Wir lehnen ebenfalls diesen Vorstoss klar ab. Den Prüfungsbericht nehmen wir an. Wir sind immer für mehr Bäume, denn das gefällt uns. Aber dort ist es der falsche Ort. Ihr habt auch Leitungen und es ist schon gesagt worden, dass es problematisch ist. Und ich appelliere immer noch. Wir haben Grünflächen, aber was macht die Stadt Bern? Was macht ihr Rot-Grünen? Ihr

macht all unsere Grünflächen kaputt. Ihr macht Grünflächen kaputt im Viererfeld-Mittelfeld. Wir haben jetzt dort auch noch Probleme mit der Entsorgung, das wisst ihr. Wir haben dort offenbar einen Boden, über den Feuz immer gesagt hat – das war während der Landesausstellung –, es wird dann dort Probleme geben und man kann nicht bauen. Ihr macht das Gaswerkareal kaputt. Ihr wollt jetzt den Springgarten kaputt machen. Da haben wir zum Glück jetzt einen Vorstoss eingereicht, der versucht, das zu verhindern. Ihr macht all unsere Grundlagen kaputt. Ihr meint – ich bringe diesen Spruch immer wieder –, dass ihr mit ein paar Plastikkübeln und Sträuchern am Helvetiaplatz oder an der Thunstrasse das Klima retten könnt. Das ist der falsche Ansatz. Ihr müsst die wertvollen Grünanlagen und Grünalleen als grüne Lungen erhalten. Das wäre grüne Politik. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Matthias Aebischer. Er verzichtet auf ein Votum. Dann stimmen wir ab. Als erstes stimmen wir ab, ob ihr das Postulat überweisen wollt.

Abstimmung Nr. 023

2024.SR.0343

Annahme

Ja	50
Nein	12
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Dann stimmen wir noch ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annehmen wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 024

2024.SR.0343: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	62
Nein	1
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

2024.SR.0342

13 Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz; Annahme

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 13, ein Postulat: Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz. Auch dieser Vorstoss ist bestritten. Auch hier haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanović (GFL) für die Einreichenden: Der Eigerplatz ist verkehrspolitisch nach wie vor ein Brennpunkt. Seit seiner Neugestaltung 2017 funktioniert die Verkehrsführung für den Langsamverkehr hier nicht. Velos und Fussgänger*innen teilen sich an

mehreren Stellen zu enge oder zu unklare Wege. Konflikte sind hier Alltag, nicht Ausnahmen. Besonders unübersichtlich wird es rund um die Querung zur Zieglerstrasse oder beim Coop. Velofahrende weichen Fussgänger*innen aus, die wiederum versuchen Velos auszuweichen, oft mitten oder umringt vom Mischverkehr mit dem motorisierten Verkehr. Wir fordern mit diesem Postulat keine Totalsanierung. Aber wir wollen eine vernünftige Prüfung, wie sich die Situation durch einfache Massnahmen verbessern lässt: klare Markierungen, bessere Signalisation, vielleicht kleine bauliche Anpassungen. Der Gemeinderat hat dazu bereits Zustimmung signalisiert und genau das braucht es jetzt auch, den politischen Willen zur Nachbesserung. Die Verkehrsplanung in anderen Städten zeigt, dass Entflechtung wirkt. In Amsterdam oder Utrecht etwa werden Wege von Anfang an systematisch getrennt und dort, wo das nicht möglich ist, werden sie klar und konsequent geführt. Das bringt nicht nur mehr Sicherheit, sondern fördert auch die Akzeptanz für den Langsamverkehr als ernst zu nehmende Verkehrsform. Unser Ziel ist keine Luxusplanung, unser Ziel ist, dass sich Menschen auf dem Velo oder zu Fuss sicher, intuitiv und stressfrei über den Eigerplatz bewegen können, vom Quartier Richtung Stadt und zurück. Dafür braucht es keine Millionen, aber ein gewisses Mass an Entschlossenheit und die beginnt mit einer sorgfältigen Prüfung. Genau dazu fordern wir den Gemeinderat und den Stadtrat auf.

Präsident: Gibt es hier Fraktionsvoten? Für die Fraktion GB/JA!, Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Der Eigerplatz ist kein Ort, wo sich Velofahrende oder Fussgänger*innen besonders sicher und willkommen fühlen. Das war bereits bei der Planung klar und hat sich nach der Eröffnung leider bestätigt. Davon abgesehen, dass der Platz auch gestalterisch einiges vermissen lässt, etwa Bäume oder Aufenthaltsqualität, bleibt vor allem die Verkehrsführung ein echtes Problem. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst die Prüfung von Massnahmen, wie die Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr verbessert und Konflikte entschärft werden können. Wir werden das Geschäft annehmen, denn der Eigerplatz ist heute ein Flickwerk mit vielen Stolperfallen für Fussgänger*innen und Felgenbrechern für Velofahrende. Die Einreichenden zeigen exemplarisch auf, wie problematisch die Verbindung von der Tscharnerstrasse Richtung Zentrum ist. Das ist und bleibt tatsächlich die zentrale Route für das ganze Quartier zwischen Tscharner- und Schwarzenburgstrasse. Doch auch andere Stellen, etwa die Führung der Velo-Hauptroute über das Gleis-Dreieck ist heute wirklich schlecht gelöst, umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat bei der Prüfung den ganzen Eigerplatz in den Blick nimmt. Für die GB-JA!-Fraktion ist dabei klar, dass der Gemeinderat bei der Prüfung mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Hindernisfreiheit konsequent mitdenken muss. Eine Verbesserung der Verkehrsführung für Velo und Fussgänger*innen darf nicht zu neuen Hürden führen. Im Gegenteil, sie muss genutzt werden, um den Eigerplatz inklusiv und barrierefrei zu gestalten. Zum Schluss und für uns besonders zentral: In der Antwort schreibt der Gemeinderat, dass sie mit etwas Farbe das Problem lösen wollen. Doch wir finden, ein Pinselstrich reicht hier nicht. Wenn wir Sicherheit ernst nehmen, dann müssen auch bauliche Massnahmen in Betracht gezogen werden. Genau das verlangt auch das Postulat und fordert die GB-JA!-Fraktion, um den Eigerplatz sicher, velofreundlich und barrierefrei zu gestalten.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Für den Gemeinderat hat das Wort, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Wie der Postulant respektive die Postulantin richtig beschreibt, sind die Verkehrsströme auf dem neu gestalteten Eigerplatz für alle nicht einfach zu erfassen. Das erachten auch wir so, das erachte auch ich so und wir empfehlen deshalb, das Postulat als erheblich zu erklären. Aber damit keine allzu grosse Euphorie aufkommt, möchte ich klar betonen, dass wir Massnahmen im Bereich Markierungen und Signalisation ins Auge fassen. Eine komplette Neugestaltung erachten wir nach dem erst 2017 fertiggestellten Eigerplatz als ein nicht nachhaltiges Unterfangen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Wenn ihr das Postulat erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 025

2024.SR.0342

Annahme

Ja	50
Nein	10
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir hätten jetzt noch 10 Minuten Sitzungszeit, aber es ist immer ein wenig heikel, ob man noch ein neues Traktandum beginnt oder nicht. Wir haben letzte Woche überzogen. Das hat einige ein bisschen hässig gemacht. Das kompensiere ich heute und erlaube mir, die Sitzung etwas früher zu beenden. Bitte hört aber noch kurz zu: Wir werden von der heutigen Sitzung das Traktandum 17, das ist der Erwerb von Liegenschaften, das heisst die Verlängerung des Rahmenkredits sowie auch Traktandum 18, die dringliche Interpellation, auf die Sitzung vom 20. November verschieben. Ihr werdet also morgen eine neue Traktandenliste erhalten. Ansonsten bleibt alles für nächste Sitzung, wie es bereits kommuniziert wurde. Denkt daran, Dominik zu gratulieren und dann in 100 Minuten Valentina zu gratulieren. Merci und einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 14 | 2025.SR.0019

Interfraktionelle Motion: Pilotprojekt Hollandknoten, sichere Kreuzung für Velofahrende; Annahme

Traktandum: 15 | 2025.SR.0030

Postulat Metro-Parking: Weniger Fahrten in der Altstadt dank neuer Bewirtschaftung; Annahme

Traktandum: 16 | 2025.SR.0039

Motion: Handwerkerparkplätze von der Schützenmatte ins Metro Parking verschieben; Annahme

Traktandum: 17 | 2018.FPI.000031

Erwerb von Liegenschaften; Verlängerung Rahmenkredit

Traktandum: 18 | 2025.SR.0270

Dringliche Interpellation: Massiver Mietzinsanstieg nach Sanierung der PVK an der Bahnstrasse

Traktandum: 19 | 2025.SR.0022

Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung

Traktandum: 20 | 2025.SR.0020

Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung

Traktandum: 21 | 2025.SR.0023

Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos stärken; Fristverlängerung

Traktandum: 22 | 2025.SR.0031

Motion: Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen; Annahme/Begründungsbericht

Traktandum: 23 | 2025.SR.0021

Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld; Antwort

Traktandum: 24 | 2025.SR.0054

Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken; Ablehnung Punkt 1, Annahme Punkte 2 und 3

Traktandum: 25 | 2025.SR.0072

Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen; Pkt. 1+2 Ablehnung/Pkt. 3+4 Annahme

Traktandum: 26 | 2025.SR.0100

Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen; Annahme

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/4141228746.php>

2025.SR.0360 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Umbau Bahnhof Bümpliz Nord – Sperrung der Personenunterführung

2025.SR.0364 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Der Springgarten soll grün bleiben!

2025.SR.0365 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Berner Wirtschaft unter Strom

2025.SR.0361 | Motion | Eingereicht

Motion: Fernwärme-Ausbau: Chance für Anpassung an Klimawandel nutzen

2025.SR.0371 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Chantal Perriard (FDP): Erhalt der charakteristischen Sitzbänke beim Lischetti-Brunnen in der Postgasse

2025.SR.0356 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Gestaltung und Wirksamkeit der Begegnungszone Mittelstrasse

2025.SR.0357 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Nutzung der Notschlafstelle Pluto durch unbegleitete minderjährige Asylsuchende

2025.SR.0358 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: EU/EFTA-Bürger:innen in Berner Notschlafstellen

2025.SR.0359 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Mängel in der innerstädtischen Zusammenarbeit im Bereich der Obdachlosenhilfe

2025.SR.0362 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser SVP: Abgewiesene Asylbewerber und EU-Ausländer ohne gültige Aufenthaltsberechtigung, die nicht nur «nothilfemässig» während einer Nacht sondern während Tagen und Wochen auf Kosten der Stadt in öffentlichen Passantenheimen logierten: Wieso wurde diese gesetzeswidrige Praxis toleriert? Werden nun diesbezüglich Konsequenzen gezogen? Werden z.B. Verfahren wegen Amtspflichtverletzung, Begünstigung Verstösse städtisches Recht geprüft? Wurden dadurch die gesetzeswidrige Praxis nicht berechnigte Schutzbedürftige um ihre Rechte geprellt?

2025.SR.0363 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Kosmetische Namensänderungen in Zeiten finanzieller Not?

2025.SR.0366 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Pensionierungsanlass in der Dampfzentrale von Alter Stadt Bern

2025.SR.0369 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: NFFS – Kann es der Kanton doch nicht besser?

2025.SR.0367 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP/Natalie Bertsch, GLP/Thomas Glauser, SVP: Clabi (classes bilingues) Bern: «Wott ig nid, denn chan ig nid!». Wieso wurden die Vorteile für die Sprachförderung nicht höher gewertet? Wieso wurde der Versuch so rasch abgebrochen? Wieso fand man keinen geeigneten Standort für den Zyklus 3?

2025.SR.0368 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Schutz der Stadt Bern vor Spionageaktivitäten

2025.SR.0370 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Poserfahrten auf Berner Strassen: Was unternimmt die Stadt gegen die Plage?

Schluss der Sitzung: 22.21 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

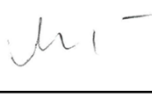
13.03.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi